

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Löhne der Eisenbahner.

Für das Etatsjahr 1910 sind in Titel 1, 2 und 3 der Betriebsausgaben 560 980 000 M. für Besoldungen, Wohnungsgeldzuschüsse, Remunerierung von Hilfsarbeitern, Löhne und Stellenzulagen, Dienstkleidungszuschüsse usw. veranschlagt. Dieser Summe steht als wirkliche Ausgabe des Jahres 1908 gegenüber die Summe von 542 789 988 M. Es sind also für das Etatsjahr 1910 gegenüber der wirklichen Ausgabe des Jahres 1908 nur 18 190 012 M. mehr vorgesehen. Die Zahl der Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeiter des Betriebes (ausschließlich der Bahnunterhaltungs- und Werkstattarbeiter) betrug im Durchschnitt des Jahres 1908 332 695 und für das Etatsjahr 1910 344 168 Personen, also gegenüber dem Bedarf im Jahre 1908 11 473 mehr. Die Eröffnung neuer Bahnlinien, die Vermehrung der Personen- und Güterzüge sowie eine Reihe im Interesse des Verkehrs liegender sonstiger Maßnahmen erfordern eine Mehrbeschäftigung von Beamten und Arbeitern. Insgesamt kommen in Zugang 12 673 Köpfe, dagegen in Abgang rund 1200 Köpfe, die aus Anlaß der Einrichtung des deutschen Staatsbahnwagenverbandes und anderer im Interesse der Wirtschaftlichkeit getroffenen Maßnahmen eripart werden.

Zu ganzem ergibt sich durch die Mehreinstellung von insgesamt 11 473 Bediensteten gegenüber der Ausgabe des Jahres 1908 eine Mehrausgabe von rund 13 903 000 M. Der verbleibende Rest der Mehrausgabe mit rund 4 287 000 M. wird in der Hauptsache durch Steigerung der Einkommensbezüge des Dienstpersonals begründet, und zwar werden davon etwa 2 287 000 M. für Beamte und rund 2 000 000 M. für die Erhöhung der Löhne der Hilfsbediensteten und der Betriebsarbeiter in Anspruch gebracht. Von einer allgemeinen Erhöhung der Löhne ist bei einer verhältnismäßig so winzigen Summe natürlich nicht die Rede, vielmehr ist diese Ausgabesteigerung in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß das vorhandene Arbeiterpersonal mit dem zunehmenden Beschäftigungsalter in höhere Lohnsätze aufrückt. Unter den Begriff „Löhne“ rechnet die Eisenbahnverwaltung aber auch folgende Ausgaben: die Belohnungen als Anerkennung für eine langjährige, vorwurfsfreie Dienstzeit oder für sehr gut bestandene Prüfungen, für besondere Leistungen im Dienste oder im Interesse der von der Verwaltung geförderten gemeinnützigen Bestrebungen, als Reiseentschädigungen an Vorstandsmitglieder der diesen Bestrebungen dienenden Vereine bei Teilnahme an deren auswärtigen Versammlungen, endlich als Entschädigung für die den Gehilfen und Hilfskräften im unteren Dienste bei Verletzungen erwachsenden Unkosten.

Beder aus dem Etat noch aus den Berichten der Eisenbahnverwaltung über die Betriebsergebnisse ist die Zahl der Betriebsarbeiter genau festzustellen. Die Gesamtzahl der Bediensteten, ausschließlich der Bahnunterhaltungs- und der Werkstattarbeiter, ist für 1910 auf 344 168 veranschlagt. Bringen wir davon sämtliche Beamte, 177 152 Köpfe, sowie die neuanzustellenden 11 473 Hilfsbediensteten und Arbeiter in Abzug, so ergibt sich die Zahl von 155 543 Arbeitern, denen günstigstenfalls die zur Erhöhung der Löhne im Etat vorgesehene Summe von rund 2 000 000 M. zugute kommen könnten. Da die Lohnerhöhungen nach festen Regeln in ein- und mehrjährigen Fristen erfolgen und im Minimum 10 Pf. pro Tag betragen, so ergibt sich, daß nur ein Teil der Betriebsarbeiter auf eine Lohnerhöhung aus den 2 000 000 M. rechnen kann. Auf den Durchschnitt berechnet, würde die Erhöhung 3 1/2 Pf. pro Tag betragen!

Für die gewöhnliche Unterhaltung der baulichen Anlagen sind 88 300 Arbeiter mit einem Lohnaufwand von 72 406 000 M. veranschlagt. Im Jahre 1908 betrug die wirkliche Ausgabe an Löhnen, mit Einschluß der an Unternehmer gezahlten Lohnbeträge, bei einer Beschäftigung von 82 942 Köpfen rund 67 473 000 M. Für das Etatsjahr 1910 sind sonach 5358 Arbeiter und 4 933 000 M. Lohn mehr vorgesehen. Eine Erhöhung der Lohnsätze ist auch hier nur insoweit in Betracht gezogen, als sie sich aus dem Aufrücken der Arbeiter in den Lohnstufen des Lohnetats ergibt. Durchschnittlich betrug der Lohn der Bahnunterhaltungsarbeiter im Jahre 1908 pro Tag 2,71 M. und nach dem Voranschlag für 1910 würde der Durchschnittslohn auf ganze 2,73 M. steigen! Also nach einer zweijährigen Frist eine Lohnsteigerung von durchschnittlich 2 Pf. pro Tag!

Für die Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und der maschinellen Anlagen sind im Etat 74 558 Arbeiter (Werkstattarbeiter) und 95 434 000 M. Lohn vorgesehen, während im Jahre 1908 im Durchschnitt 69 808 Arbeiter beschäftigt wurden, die insgesamt 88 687 952 M. an Lohn erhielten. In den Eisenbahnwerkstätten wird bekanntlich unter einem eigenartigen Akkordsystem gearbeitet. Die dort beschäftigten Arbeiter sind eingeteilt in: 1. Handwerker, 2. Handwerksmäßig ausgebildete Werkstattarbeiter und 3. Sonstige Werkstattarbeiter. Alle drei Gruppen teilen sich wieder in solche, die a) in Tagelohn, b) in Stücklohn arbeiten. Den höchsten Durchschnittsverdienst erzielten im Jahre 1907 die Handwerker im Stücklohn mit 4,60 M., den niedrigsten die sonstigen Werkstattarbeiter im Tagelohn mit 3,17 M. Im Gesamtdurchschnitt betrug 1907 der Lohn der Werkstattarbeiter 3,94 M. Nach dem Ergebnis für 1908 be-

trug in diesem Jahre der Durchschnittslohn der Werkstattarbeiter 4,23 M. und nach dem Voranschlag für 1910 würde der Durchschnittslohn der Werkstattarbeiter auf 4,26 M. steigen.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1909 ist zurzeit nicht möglich. Im vorjährigen Etat waren 71 764 Werkstattarbeiter mit einem Lohnaufwand von 90 423 000 M. veranschlagt, was einem Durchschnittslohn von 4,30 entspricht und einen Rückgang des Durchschnittslohnes der Werkstattarbeiter um 3 Pf. pro Tag gegenüber dem des Jahres 1908 bedeutet. Ob das tatsächlich der Fall war, wird sich erst aus dem Betriebsbericht der Eisenbahnverwaltung für das Jahr 1909 ergeben.

Fest steht aber schon jetzt, daß die Eisenbahnarbeiter den Rückgang der Löhne aus dem Betriebe der Staatseisenbahnen ganz besonders fühlen, und das um so mehr, als die Verteuerung der Lebensmittel und notwendigen Gebrauchsgegenstände eine erhebliche allgemeine Lohnaufbesserung erforderten! Statt dessen soll das im Etat veranschlagte Mehr an Löhnschüssen im Betrage von 23 662 334 Mark gegenüber 1909 auch wieder aus den Knochen der Arbeiter herausgewirtschaftet werden!

Steigende Flut.

Aus dem Ruhrbecken wird uns geschrieben: Die rheinisch-westfälischen Grubenherren machen entgegen ihren Versprechungen und Beteuerungen jetzt alle Anstrengungen, um möglichst große Arbeitermassen in das Ruhrbecken zu werfen. Agenten, z. B. solche der „Eisenkirchener Bergwerksgesellschaft“, reisen in den östlichen Provinzen umher, versprechen denselben den Arbeitern das Blaue vom Himmel, nur um jenes Arbeitermaterial zu erhalten, nach dem die Grubenherren ganz besonderes Verlangen haben. Ost- und Westpreußen sowie der nördliche Teil der Provinz Posen sind die beliebtesten Verbejehgebiete; besonders gern sucht man die masurischen Lande nach Arbeitskräften ab. Hier sind die Arbeiter nach Anschauung der Werksgehilfen noch nicht angekränkt von dem bösen revolutionären Geist unserer Tage, der zum großen Leidwesen der Grubenherren die Arbeiter anderer Gegenden Deutschlands und des Auslandes schon gepackt hat.

Zu Hunderten sind neuerdings Arbeiter in den vorgenannten Provinzen durch Agenten angeworben und in das Ruhrbecken verschleppt worden. Das hat eine nicht geringe Erregung in der Ruhrbevölkerung hervorgerufen. Weiß man doch hier, daß diese Anwerbung nichts mehr und nichts weniger als eine Proboskation der Ruhrbergarbeiter bedeutet. Fremde Arbeiter stehen zu Dutzenden, und kommen die angeworbenen Arbeiter an, zu Hunderten vor den Arbeitsnachweiskontoren. Dagegen haben einheimische Bergarbeiter durch den Arbeitsnachweis Arbeit vielfach nicht erhalten!

Hierfür einige Beispiele: Ein gemäßigter Verbändler aus dem Essener Revier hat zwar einen Anlegerschein bekommen, konnte aber keine Arbeit erhalten. So lief er von einer Grube zur anderen, um auf den Bechen immer wieder zurückgewiesen zu werden. Dieser Arbeiter hatte die Abkehr ordnungsgemäß ausgestellt, also lag Kontraktbruch nicht vor! Ein anderer Bergarbeiter, ein Dauer, sollte dann erst Arbeit erhalten, wenn er Schlepperarbeit annehmen wollte. Ferner ist festgestellt worden, daß Arbeiter, die Grubenordnungsgemäß verließen, aber auf Nachbargruben anfangen wollten, von den Betriebsführern dieser Bechen zurückgewiesen wurden. Da mehrere derartige Fälle bisher und aus allen Bezirken des Ruhrbeckens bekannt geworden sind, so scheinen die Abmachungen zwischen den einzelnen Bechen eines Bezirks, Arbeiter von einander nicht anzunehmen, immer noch zu bestehen! Ausrufungen der Betriebsführer lassen auch darauf schließen. Die „Essener Volkszeitung“ weiß zu melden, daß am Sonnabend, den 9. Januar, 6 einheimische Arbeiter, die infolge des Fallissements ihres Arbeitgebers außer Arbeit waren und sich um Arbeit auf dem Arbeitsnachweis Eisenkirchener meldeten, Arbeit nicht erhielten, weil keine Arbeit vorhanden sein sollte. Tags zuvor aber war ein Trupp von mehreren hundert Mann aus dem Osten angelangt, die sämtlich untergebracht worden wären, hätten sie alle die Arbeit aufgenommen! Es handelte sich hier um die Angeworbenen für die Bechen Rhein-Elbe und Alma der Eisenkirchener Bergwerksgesellschaft. Als die Leute aber erfuhren, daß die Lohnverhältnisse nicht dem entsprachen, was ihnen versprochen worden war, forderten sie in größerer Zahl ihre Papiere zurück, teils um nach ihrer Heimat zurückzufahren, teils um anderwärts unterzukommen. Nur ein kleiner Bruchteil der Angeworbenen nahm die Arbeit auf. Also war Beschäftigung für die sechs Mann und für andere vorhanden, aber die Grubenherren wollen möglichst fremde Arbeiter, gute brave und sehr bescheidene Leute haben, nicht solche, die, wie gesagt, schon vom bösen revolutionären Geist unserer Tage angegriffen sind.

Mehr Glück hatte man auf der Zeche Konifagius, wo kürzlich zirka 100 Kugelworbene aus Westpreußen anlangten. Diese sahen vollständig an. Da sie zum Teil aber früher städtische Arbeiter waren, gelang es, diese Leute als Mitglieder dem Bergarbeiterverband zuzuführen! Konifagius gehört Eisenkirchener Bergwerksgesellschaft. Wie wir erfahren, will diese Gesellschaft allein 1000 neue Arbeiter auf ihren Schächten anlegen! Man sieht also, daß der Arbeitsnachweis wirklich nicht so loyal gehandhabt wird, wie es die Grubenherren der Öffentlichkeit weismachen wollen. Vielmehr trifft genau das ein, was wir von dem Zentralarbeitsnachweis im Ruhrbecken erwartet haben. Nicht einmal die fähigen Söflichkeitformen werden in den Nachweiskontoren durch

die angestellten Beamten gewahrt und es wird nicht lange dauern, dann werden Schumannsposten diese Bureau's zu bewachen haben — nach berühmten Mustern!

Unter starkem Polizeiaufgebot sieht man jetzt angeworbene Arbeiter durch die Straßen ziehen, ob zum Schutze der Angeworbenen oder aus Furcht, daß diese Betrogenen rebellisch werden, ist nicht recht ersichtlich. Fest steht aber, daß die Hunderte und Tausende Arbeiter, die aus dem Osten unseres Vaterlandes nach dem Westen hineingeschleppt werden, die Prätorianer der Werkskapitalisten sein sollen, nicht nur für den kommenden drohenden Kampf, sondern auch für andere Fälle. Um dieses Ziel zu erreichen, pfeifen die Grubenherren auf abgegebene Versprechungen und Beteuerungen. Sie halten diese den Arbeitern ebensowenig wie der Öffentlichkeit, die man durch die Sägung des Arbeitsnachweises täuschte, daß vom 1. Januar an das Anwerben von Arbeitern aus dem Osten durch Agenten nicht mehr stattfinden sollte. Wie wir aber sehen, geschieht das Gegenteil. Es wird weiter angeworben!

Interessant ist auch, wie die Angeworbenen untergebracht werden! Beamte und Koloniarzte befehlen den von den Bechen stark abhängigen verheirateten Koloniewohnern, einen oder mehrere fremde Arbeiter für ein bestimmtes Logisgeld als Kostgänger aufzunehmen. Diesen Befehlen wagen sich nur wenige Bergarbeiter zu widersetzen. Dafür sind sie Koloniewohnern, die sich daran gewöhnen müssen, sich den mit Polizeigewalt ausgestatteten Beamten und Bogten zu unterwerfen. Wie weit diese Polizeigewalt geht, ist bekannt. Wird doch den Koloniewohnern unter Umständen befohlen, Besuche abzulehnen. Es werden ihnen Musikinstrumente vorgefrieben, die sie spielen dürfen. Die „gnädige Frau“ irgend eines subalternen Beamten hat sich über die Besuche, das Grammophon oder über das bekannte Vergmannsklavier — die Ziehharmonika — beschwert. Prompt erfolgt das Verbot. Das sind nicht Scherze, sondern Tatsachen! Noch schlimmer ist, daß man Zeitungsboten, Vertrauensmännern der Gewerkschaften, Warenhändlern usw. verbietet, die Kolonie überhaupt zu betreten. Arbeiter, die mit alledem nicht zufrieden sind, können oder müssen ihr Bündel schnüren, müssen Zeche und Kolonie verlassen. Manche Kolonien sind durch solche Praktiken in solch starken Verruf gekommen, daß ein halbwegs geradsinziger Arbeiter es ablehnt, diese Kolonien zu beziehen.

Vor kurzem noch konnte der „Vorwärts“ melden, wie eine Zeche mehreren Duzend Koloniewohnern die Wohnung kündigte, weil sie es abgelehnt hatten, Bechenkandidaten bei Gemeinderatswahlen ihre Stimme zu geben! Kommen noch Dinge hinzu, wie sie sich im Radbodkolonieprozeß offenbarten, sowie bei den Reichstagsverhandlungen über die Zustände in den Kolonien der Zeche Deutscher Kaiser, dann kann man ermaßen, warum Bechenkolonien berückichtigte Wohnplätze sind, die man nur dann in Anspruch nimmt, wenn es nicht anders geht. Daher aber gehen die Bechenherren daran, das fremde Arbeitermaterial möglichst in Kolonien unterzubringen. Und hier wieder kommen sie her und fertieren die Angehörigen der verschiedenen Nationen für die einzelnen Strahenzüge, wie das auch einen Plakat auf der Zeche Victor an die Masuren im Jahre 1908 zeigte. Hier konnte man lesen:

„Masuren! Es kommt der Zeche hauptsächlich darauf an, brave ordentliche Familien in diese ganz neue Kolonie hineinzubekommen. Ja, wenn es möglich ist, soll diese Kolonie nur mit masurischen Familien besetzt werden! So bleiben die Masuren ganz unter sich und haben mit Polen, Oesterreichern usw. nichts zu tun. Jeder kann denken, daß er in seiner masurischen Heimat wäre. Es gibt Masuren, die bei der Zeche schon lange tätig sind und sich bei der anständigen Behandlung wohl fühlen. Als Beweis wird in Masuren bald ein solcher Arbeiter als Zeuge erscheinen.“

So war es 1908 und so ist es noch heute. Nur langsam läßt sich der Masur Bewegung, Organisationen beizutreten, die es mit den Werkskapitalisten verborgen haben. Frisch angekommen, sind sie ein feindlich empfangliches Material für werksfreundliche Vereine oder für Gelbe Gewerkschaften, für die man in Grubenbesitzertreuen jetzt im Ruhrbecken starke Propaganda treibt!

Alles das wissen die Bergarbeiter. Ebenso erkennen sie die Gefahren, die sich an die Einschleppung ausländischer Arbeiter knüpfen. Wir haben diese Gefahren schon früher im „Vorwärts“ besprochen. Es steigt natürlich die Erbitterung mit jedem Fremdentransport, der ankommt und es bedrückt nur des leisesten Anstoßes, dann hätte die Belegschaft Rhein-Elbe und Alma bei der Ankunft des neuesten Transportes die Broden hingeworfen! Die besonnenen Elemente hielten die Belegschaft vom Streik zurück.

Es ist durchaus nicht zu verkennen, daß die Bergarbeiterorganisationen durch den Einzug der Fremden in eine schwierige Situation geraten. Dennoch heißt es: kaltes Blut zu behalten. In erster Linie kommt es darauf an, die Angeworbenen möglichst schnell für die Organisation zu gewinnen. Und da die Einstellung der Fremden in heutiger Zeit dazu beiträgt, daß die Kohlenlager nicht leiner werden, hat der Bergarbeiterverband an die Bergarbeiter einen Aufruf erlassen, die Ueberführungen zu meiden, wie die letzte Nummer der „Bergarbeiterzeitung“ auch den Wunsch ausdrückt: die Arbeiterpresse, die Arbeitersekretariate und die Gewerkschaftskartelle des In- und Auslandes möchten den Fremdenzug nach dem Ruhrbecken verhindern helfen. Das kann geschehen, wenn man auf die drohende Lage im Ruhrgebiet hinweist. Hier schwillt nun einmal die Flut an. Und je stärker die Anstrengungen sind, die die Grubenbesitzer und die Bergarbeiterorganisationen machen, um für den kommenden Kampf gerüstet dazustehen, desto eher wird der Tag kommen, wo diese Flut die Dämme zerreißen wird. Dann haben wir den Streik!

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialzeile oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Belegzeilen und Versammlungs-Kaufzettel 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zulage für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegrams-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zum Wahlrechtskampfe.

Der „Kreuz-Zeitung“ ist die Absicht der Sozialdemokratie, den Wahlrechtskampf ungefähr mit aller Energie aufzunehmen, begreiflicherweise unbehaglich. Sie hätte es natürlich lieber gesehen, wenn die Massen der Entrechteten erst einmal schlaggeduldig die Beschneidung der Regierung abgewartet hätten. Da das preussische Proletariat nun seine Lust verspürt, sich von der Regierung und den reaktionären Parteien am Narrenseil herumführen zu lassen, versucht das weiland Hammerstein'sche Organ, der Sozialdemokratie wenigstens Polizei und Gerichte auf den Hals zu legen:

„Die Entseffung“ des Sturmes soll nun von Berlin aus vor sich gehen. Das preussische Wahlrecht bildet dabei nur einen Vorwand, weil die Sozialdemokratie hofft, durch diese Parole auch einen Teil der Freisinnigen mit sich fortzuziehen zu können. Wenn diese Ausmaß des Sturmes die Früchte zeitigen sollte, dann werden die sozialdemokratischen Führer die volle Verantwortung dafür zu tragen haben.“

Die brave „Kreuz-Zeitung“ braucht sich der Verantwortlichkeit der sozialdemokratischen Führer wegen keine Sorge zu machen! Wenn sie ihre Politik und Taktik so großen Mutens verantworten kann, wie die Sozialdemokratie die ihrige, kann sie sich gratulieren! Wie wenig das Organ der agrarischen Kreuzritter allerdings an Gewissenstrennung leidet, beweist folgende unverschämte Verhöhnung der Arbeiterklasse:

„Bei allen sozialdemokratischen Veranstaltungen spricht für deren Teilnehmer stets ein bißchen Hoffnung auf Skandal mit. Insbesondere von den Wahlrechtsverhandlungen erwartet ein großer Teil des großstädtischen Proletariats Gelegenheit zur Befriedigung der Lust am Randalieren. Wenn auch die sozialdemokratische Parteileitung nach wie vor mit „großem Ernst“ mahnen wird, Straßendemonstrationen zu unterlassen, so liegt doch immer die Gefahr vor, daß die in den Versammlungskreisen durch die Agitatoren aufgereizten Massen von ihrem angeblichen „Recht auf die Straße“ Gebrauch machen.“

Die Arbeiterklasse erfährt aus solchen Ergüssen wenigstens mit erfreulicher Deutlichkeit, welche wichtiger Kundgebungen es noch bedarf, um den Junkern und ihren Handlangern, der Regierung, den Ernst der Situation begreiflich zu machen!

Ueber das

Versteckspiel mit der Wahlreform

schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Enblich, so wird auch der Politiker sagen, denkt man daran, die schon so lange zurückliegende Forderung einzulösen. Aber wie wird die Einlösung sein? Kein Wort sagt die Thronrede darüber. Bengstlich wird jedes Wort vermieden, das schon ein Urteil ermöglichen könnte. Nichts vom Inhalt, auch nicht einmal von der Tendenz der Vorlage, die nach der früheren Forderung eine organische Fortentwicklung sein sollte. Man will also offenbar die Kritik so lange wie möglich zurückhalten, und die Vermutung liegt nahe, daß die Vorlage diese Kritik nur zu sehr zu scheuen hat. Oder sollten im Staatsministerium nach Meinungsverschiedenheiten bestehen, die es nicht zulassen, daß schon bestimmte Mitteilungen gemacht werden können? Man wird jedenfalls gut tun, die Erwartungen auf diese „Reform“ nach dem, was bisher verlautet hat, und vor allem nach der zurückgesetzten Statistik nicht allzu hoch zu spannen. Je weniger aber die Regierung den berechtigten Wünschen der Bevölkerung entgegenkommt, um so entschiedener wird die Linke darauf bestehen müssen, daß ganze Arbeit gemacht wird.“

Wenn sich im weiteren die „Frankfurter Zeitung“ darüber entrußt, daß einige sozialdemokratische Blätter dem tapferen Freisinn lächelnd vorgeworfen hätten, daß er bereits das geheime Wahlrecht preisgegeben habe, so halten wir diesen Aufwand von Entrüstung für schände Kraftvergeudung. Denn daß der Freisinn schon im eigenen Interesse an der Fortsetzung des geheimen Wahlrechts festhalten wird, will uns keineswegs als eine Tat besonderen freisinnigen Prinzipienheroismus erscheinen!

Aber kann und vielleicht die „Frankfurter Zeitung“ die bestimmte Zusicherung geben, daß der Freisinn ebenso entschieden für das gleiche Wahlrecht kämpfen wird!

Darauf aber kommt es an!

Zentrum und Klassenwahl.

Ueber die voraussichtliche Haltung des Zentrums zur preussischen Wahlreform schreibt das Organ des Verbandes der Windthorst-Bünde:

„Das Zentrum wird an annehmbaren Verbesserungen des geltenden Wahlrechts mitarbeiten. Mit ziemlicher Bestimmtheit kann aber vorausgesetzt werden, daß es für die jetzt angekündigte Vorlage nicht zu haben sein wird. Was die Vorlage bringen dürfte, nämlich das Pluralwahlrecht, hat die Zentrumspartei stets abgelehnt. Eine wirkliche Verbesserung wäre die Einführung der geheimen oder der direkten Wahl gewesen; sie hätte sich trotz der Beibehaltung des Klassenstems erwidern lassen. Kann man aber vom Zentrum erwarten, daß es an der Umwandlung des veralteten Klassenstems in ein ganz unerwünschtes Pluralwahlstems mitwirkt, ohne daß seine Reformforderungen irgendwie verächtlich gemacht werden?“

Das Zentrum würde danach gegen die Beibehaltung des Klassenstems nicht allzuviel einzuwenden haben, wenn nur die geheime und direkte Wahl eingeführt wird!

Das von allen bürgerlichen Parteien im Stich gelassene Proletariat ist also gezwungen, sich seine politischen Rechte selbst zu erkämpfen!

Der Regierungsterrorismus in Kattowitz.

Aus dem Reichstage, 12. Januar. Wie die Sache das Wachen nicht läßt, läßt die Bureaufkratte nicht den Terrorismus, Unterdrückung, Drangsalierung unbehaglicher Meinungen ist ihr Lebensmoment. Die Betätigung dieses Dranges setzt sich bei ihr jederzeit durch, selbst dann, wenn die Bureaufkratte damit den Interessen ihrer zeitweiligen Kundenschaft entgegenarbeitet. Deshalb ist die Maßregelung der Kattowitzer Beamten, die heute auf Grund zweier Interpellationen, des Zentrums und der Polen, zur Verhandlung im Reichstage kam, so überaus bezeichnend für das Wesen unjener Bureaufkratte. Denn in Kattowitz waren Beamte gemäßregelt worden, die einer der zeitweiligen Regierungsparteien angehören, weil sie bei der Stadtverordnetenwahl für eine andere Partei gestimmt hatten, die gleichfalls eben erst der nämlichen Regierung durch eine sehr freigebige Steuerbewilligung die Fortexistenz ermöglicht hatte. Die Bethmann u. Co. hatten unbesümmert nach dem Grundsatz gehandelt:

Ein echter Bureaufkrat
Mag seinen Voten Leiden,
Doch seine Steuern nimmt er gern.

Namens des Zentrums begründete in sehr ausführlicher Darlegung der Graf Oppersdorf die Interpellation, und zwar durchaus zutreffend, soweit er die willkürliche Beeinträchtigung der Wahlfreiheit der Beamten kennzeichnete und Verwahrung dagegen einlegte. Er beeinträchtigte aber seine Argumente erheblich durch den Versuch, für die gemäßigteren Beamten „mildernde Umstände“ geltend zu machen, weil sie sich im Kampf gegen die Simultanwahl und gegen Liberale und Sozialdemokraten befunden hätten. Das war offenbar berechnet auf die Gemüter der maßgebenden Personen in Regierungskreisen. Da aber der zweite Interpellant, der Pole Korfanik, darauf hinweisen konnte, daß sich der König von Preußen über diese Sache von dem Polizeibeamten Mädlar hat informieren lassen, konnte der Minister jedenfalls ruhigen Mutes die Maßregelung verteidigen.

Die Herren Delbrück und Kracke machten sich diese Verteidigung denn auch sehr leicht. Der Beamte hat zu wählen, wie der „Staat“, das heißt der Minister es will. Für staatsgefährliche Parteien darf er nicht stimmen. Die Polen sind aber staatsgefährlich, weil sie „sagen wir einmal“ eine großpolnische Partei bilden, wie Herr Delbrück sich unter türmischer Heiterkeit des Hauses auszubilden beliebte.

In der Diskussion zitierte Herr Gröber Ausprüche Bismarcks und sogar Puttkamers für die Wahlfreiheit der Beamten und konnte auch nachweisen, daß der nationalliberale Freier v. Bennigsen sich in gleicher Weise ausgesprochen hatte.

Der Vertreter der nationalliberalen Partei, der Abg. Heinge, bewies aber, daß die Nationalliberalen auch so bößlich im Kafatismus verkommen sind, daß sie die Maßregelung der Kattowitzer Beamten billigen.

Dann wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. Januar 1910.

Aus dem preussischen Oberhause.

Das Herrenhaus hat im Gegenlag zum Dreiklassenhause sofort das Bedürfnis positiver Mitarbeit an den Aufgaben der Gesetzgebung verspürt. Zunächst nahm es — gleich dem preussischen Unterhause — die Bistantsache des Ministerpräsidenten, Majors v. Bethmann-Hollweg, in Empfang. Der große Philosoph und Kanzler legte wiederum ein feines Gefühl für soziale Abstufung an den Tag, indem er seine Verbeugung vor den geborenen und berufenen Gesetzgebern durch eine tiefere Kopfneigung vollzog, als er sie vor dem Hause der immerhin doch gewählten Klassenvertreter für nötig befunden hatte. Dann nahm das „hohe Haus“ ein paar neue Mitglieder in Empfang: alles Grafen, darunter einen Eulenburg mit dem schönen Beinamen Pfaffen! Schließlich machte sich noch der ungezügeltste Arbeitseifer in der Uebernahme mehrerer Vorlagen an unterschiedliche Kommissionen Luft. Sogar eine — Debatte fand statt, in deren Verlauf der Generalfeldmarschall und Graf Haeseler sich mit durchschlagendem Erfolg bemühte, sich vom Verdachte des Liberalismus zu reinigen, in der ihn seine Stellungnahme gegen Walows Polenenteignungspolitik gebracht hatte. Graf Haeseler erklärte auch noch, daß ein Anrecht nichts von Kali zu wissen brauche. Immerhin noch eine gewisse vornehme Haltung desselben Gebanens, den einstmals — ebenfalls im Herrenhause — ein Graf Schaulenburg so ausdrückte: Unkluge Kenntnisse blähen die Anrechte nur auf.

Nachdem man so im Hause der Lords mit Gott für König und Vaterland drei Stunden im Schweige des ehlen und erlauchten Antlitzes „gearbeitet“ hatte, glaubte man mit Recht Anspruch auf ausreichende Erholung zu haben und vertagte sich daher auf unbestimmte Zeit, doch nicht ohne zuvor den Präsidenten und Triarierhauptide v. Mantuffel bevollmächtigt zu haben, des Königs von Preußen Majestät die Geburtstagsgrüße seiner allergehrtesten Pätes zu legen . . .

Preussens Staatsschuld.

Nach den Erklärungen des Etats der Staatsschuldenverwaltung für das Etatsjahr 1910 hat die preussische Staatsschuld sich für das Etatsjahr 1909 auf 8 770 149 734 M. belaufen. Davon kommen in Abgang durch Tilgung, Rückkauf usw. 28 378 945 M. Dagegen kamen in Zugang bei den Anleihen auf Grund der neuen Anleihegesetze an 4prozentiger konsolidierter Anleihe 270 Millionen Mark und an 3 1/2prozentiger konsolidierter Anleihe 310 Millionen Mark, ferner bei den unverzinslichen Schatzanweisungen 100 Millionen Mark, so daß sich der Gesamtzugang auf 680 Millionen Mark beläuft. Es kommen also zur Staatsschuld 651 621 054 M. mehr hinzu, als von ihr abgehen. Die Staatsschuld wird sich demnach für das Etatsjahr 1910 auf 9 421 770 789 M. belaufen.

Die Gesamtausgabe für die Staatsschuld beträgt für das Etatsjahr 1910 895 644 510 M.; davon entfallen auf Verzinsung 333 909 868 M., auf Tilgung 56 983 937 M., auf Renten 3 361 500 M. und auf Verwaltungskosten 1 389 203 M.

Drohender Zollkrieg mit Amerika.

Wie dem „Lokal-Anzeiger“ aus Washington gelobt wird, sind die Verhandlungen mit den Vertretern Deutschlands über den Abschluß eines Handelsvertrages ins Stocken geraten, weil Deutschland sich nicht geneigt zeigt, das Einfuhrverbot für Schlachtvieh zu lindern. Unter diesen Umständen müsse ein Zollkrieg in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden.

Die Wichtigkeit dieser Depesche wird im „Lokal-Anzeiger“ von gut unterrichteter Seite bestätigt. Danach steht die Reichsverwaltung auf dem Standpunkt, daß die Ueberwachung der ausländischen Fleischzufuhr ein Gebot der Veterinär- und nicht der handelspolitischen Gesetzgebung sei. Angeblich kann Amerika keine Garantie dafür bieten, daß amerikanische Fleischprodukte, die eingeführt würden, den in Deutschland geltenden Vorschriften entsprechen. In Wirklichkeit steht es natürlich so, daß die Regierung nicht den Mut hat, den Agrariern den Ferkelhandschuh hinzuzwerfen. Seit Wochen schon bezt die agrarische Presse gegen alle Zugeständnisse an Amerika. Wenn es zu einem Zollkrieg mit Amerika kommt, dann werden weite Kreise der deutschen Industrie kolossal geschädigt. Das alles will die Reichsregierung anscheinend in den Kauf nehmen, bloß um es mit den Agrariern nicht zu verberben, die mit der schärfsten Opposition drohen, wenn es zugelassen werden sollte, daß in Deutschland billiges Fleisch aus Amerika eingeführt werde.

Amerikanische Wahlrechtsfeindschaft.

Die „Rheinische Volksstimme“, das in Köln erscheinende Organ des Rheinischen Bauernvereins, bringt in seiner Kammer vom 11. Januar einen Leitartikel, der an dem preussischen Dreiklassenwahlstems nicht das mindeste auszusetzen hat. Es findet nicht nur die Einteilung in drei Klassen, sondern auch die indirekte Wahl vortrefflich und preist die Arbeiten des preussischen

Abgeordnetenhauses gegenüber denen des Reichstages. Als einen „gar nicht genug zu schätzenden Vorteil“ des jetzigen Systems bezeichnet es die Verborgung des Landes gegenüber der Stadt, zwischen denen, niemals eine Zahlungsgleichheit“ walten dürfe. Schließlich fragt das Blatt: „Worin fallen eigentlich die schreckhaften Nachteile und Ungerechtigkeiten dieses Wahlrechts beschloffen sein?“

Wenn wieder behauptet werden sollte, die „Rheinische Volksstimme“ sei kein richtiges Zentrumblatt, so ist demgegenüber festzustellen, daß das Blatt unter seiner jetzigen Redaktion stets mit dem Zentrum in allen Fragen durch die und dünn gegangen ist, was sich insbesondere auch jetzt bei der Reichstagsnachwahl in Rülheim-Wipperfurth-Summersbach zeigt. Und überdies steht die „Rheinische Volksstimme“ mit ihrer Wahlrechtsfeindschaft durchaus nicht allein im Zentrum, das sich allerdings im allgemeinen hütet, seine reaktionären Instinle so unverhüllt zu zeigen, wie das Kölner Bauernblatt.

Psychologisches aus dem heiligen Köln.

Die Künstler der vier Kölner Bühnen hatten ein großes Bühnenfest geplant, dessen Ergebnis zum Besten der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger dienen sollte. Wie es in den Ankündigungen hieß, war die Veranstaltung in einer Art geplant, wie man es bisher in Köln noch nicht gesehen hatte; vor allem war ein künstlerisches Programm ersten Ranges vorbereitet. Am Morgen des 11. Januar erschien aber eine Mitteilung in der Presse, daß das Fest nicht abgehalten werden könne, weil die Beteiligung zu gering sein werde. Es waren nämlich in der Halbmilliardenstadt Köln ganze 88 Eintrittskarten im Vorverkauf erworben worden.

Köln steht zurzeit im Zeichen des Karnevals. Fast allabendlich sind die Gassen der Stadt gefüllt mit Karnevalsnarren. Zwischen Neujahr und Aschermittwoch werden in Köln wohl hunderttausend Pfaffen Kost getrunken. Aber für ernste Kunst und wirkliche geistige Erhebung hat das zahlungsfähige Bürgertum Köln keine Zeit und kein Geld. Kein Wunder, daß die Metropole Westdeutschlands immer noch den spähigen Trimbörn in den Reichstag sendet! —

Die Breslauer Polizei

wird seit einiger Zeit von einem merkwürdigen Mißgeschick verfolgt. Vor einigen Monaten verschwand plötzlich der Schuttmann Ludwig und ward als Leiche wiedergefunden. Aus „unbekannten Gründen“ soll er sich das Leben genommen haben, wie die Behörde annimmt. Kurze Zeit darauf wurde Polizeikommissar John plötzlich im Zimmer seines Vorgesetzten, mit dem er Streit und heftige Auseinandersetzungen gehabt, von einem „Schlaganfall“ betroffen und farb. Nun ist am Montag ein neuer merkwürdiger Fall passiert: Der Schuttmann Karst ist im Besitz seiner Geliebten tot aufgefunden worden. Zunächst nahm die Polizei einen Mord an. Aber die Verhafteten wurden bald wieder freigelassen, da sich folgendes bei der Untersuchung ergab: Der Schuttmann Karst war ein ganz gemeiner Kuppler gewesen und stand deshalb unter Anklage — natürlich, ohne zum Dierste disponiert zu sein. So genau nimmt man es in Breslau nicht. Sozialdemokraten fehlt wohl die feilsche Bewußtsein, Turnunterricht zu erteilen und in der Schuldeputation zu sitzen, aber ein der doppelte angelegter Polizeit entbehrt nicht der Fähigkeit und Würde, aufs Publikum loszulassen zu werden.

Dieser saubere Ehrenmann hatte nämlich seinem „Verhältnis“ Männer zugeführt, um sich vor den Alimenen (das Mädchen wurde schwanger) drücken zu können. Am Montag sollte er seiner vorgelegten Behörde Zeugen und Beweise für seine Behauptung erbringen, daß das Mädchen noch mit mehreren anderen Männern Verkehr gehabt habe und er nicht der Vater des zu erwartenden Kindes sei. Da der Kuppler aber einfaß, daß er trotz „Zeugen“ und „Beweisen“ verurteilt werden würde, weil er ja selbst andere zu dem Mädchen geführt hatte, ging er allem aus dem Wege, indem er sich in der Wohnung eines anderen „Verhältnisses“ das Leben nahm. Interessant ist der Polizeibericht darüber. Er lautet: Schuttmann A. begab sich nachts zu nichtidientlichen Zwecken in ein Wohnhaus, wo er am anderen Morgen tot aufgefunden wurde. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Zentrumsgewerkschaften.

Bei der Reichstagswahl in Rülheim-Wipperfurth-Summersbach betätigten sich neben den katholischen Partnern besonders die Angestellten der christlichen Gewerkschaften als Agitatoren im Dienste der Zentrumspartei, obwohl diese Herren sonst nie nachdrücklich genug ihre „politische Neutralität“ in Gegenlag zu den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften stellen können. Immerhin war es bisher neu, daß eine christliche Gewerkschaft geradezu eine Zentrumsoberfammlung einberief. Und bemerkenswert ist, daß darin als Hauptredner der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Herr A. Stegerwald, Köln auftrat. Wie das in Engelskirchen, Kreis Wipperfurth, erscheinende Zentrumblatt: „Bergische Wacht“ aus Frielingsdorf berichtet, hat Herr Stegerwald dort in einer vom christlichen Steinarbeiterverbande einberufenen Versammlung „überzeugend“ nachgewiesen, daß das Zentrum mit seiner volkseindlichen Steuerpolitik bei der Reichsfinanzreform völlig im Recht war. Dann hielt ein anderer Gewerkschaftsbeamter, Dredemann, eine Rede gegen die Sozialdemokratie, und nach ihm empfahl der Ortspfarrer die Wahl des Zentrumskandidaten, des Oberlandesgerichtsrats Marx. In seinem Schlusswort trat nochmals Herr Stegerwald, wie das Blatt schreibt, „warm für die Kandidatur Marx ein“.

Der bayerische Verkehrsminister zu den Schiffsahrtsabgaben.

München, 10. Januar.

Vollständig überausend für das Haus kamen in der heutigen Nummerung die Ausführungen eines Zentrumsgewerkschaften über die Frage der Schiffsahrtsabgaben. Niemand dachte daran, daß diese für das Reich und auch für Bayern außerordentlich bedeutsame Frage so nebenbei mit ein paar Sätzen gelegentlich der Besprechung des Etats der Reichsfinanzverwaltung abgetan werden sollte.

Noch überraschender aber war es, daß der Verkehrsminister sofort mit einer fertigpräparierten Erklärung zur Hand war. Offenbar war sie bestellte Arbeit, weil zurzeit die ablehnende Haltung weiter großer Bundesstaaten zu den Schiffsahrtsabgaben, die in der Öffentlichkeit nicht ohne Eindruck geblieben ist, eifrig diskutiert wird.

Das fast leere Haus hatte abends um 1/2 Uhr wenig Lust, die Frage noch eingehend zu behandeln, und so blieb auch der anerkanntwerteste Protest des Demokraten Dr. Luibde ohne besondere Wirkung. Einige abfällige Bemerkungen dieses Abgeordneten über das rückwärtslose, wenig bundesfreundliche Vorgehen Preußens in dieser Frage gegen die kleineren Staaten veranlaßte den bayerischen Verkehrsminister zu einer überflüssigen Lobrede auf Preußen.

Daß Preußen im Interesse der Agrarier diese Schiffsahrtsabgaben erheben will, ist danach ein Märchen. Daß Preußen durch sein wirtschaftliches Uebergewicht einen Druck auf die übrigen Bundesstaaten ausübt, um sie seinen Wünschen gefügig zu machen, ist eine böswillige Erfindung. Daß Preußen insbesondere auf Bayern einen Zwang auszuüben vermag, ist eine Fabel. Wahr ist nach dem bayerischen Verkehrsminister, daß Preußen ein großartig gedachtes und nationales Programm aufgestellt habe und zu verwirklichen sucht. Die Schiffsahrtsabgaben

werden eingeführt zum Heile des Deutschen Reiches und Preußen erwirkt sich ein großes nationales Verdienst. Daß er mit diesen patriotischen Phrasen zugleich Baden und Sachsen den unfreundlichen Vorwurf der Reichsfeindschaft machte, schien der Verkehrsminister nicht zu bemerken.

Auch die Behauptung kam wieder, daß die Schiffahrtsabgaben den Interessenten unmittelbar wieder zugute kämen, da sie zur Verbesserung der Flußläufe verwendet würden. Von einem Verkehrsminister sollte man annehmen dürfen, daß er weiß, wie Frachtsätze auf die Preise der Waren einwirken. Er könnte wissen, daß am letzten Ende wie immer die Konsumenten die Last, also auch die Schiffahrtsabgaben zahlen müssen.

Die Frage der Schiffahrtsabgaben wird im Hause nochmals besprochen werden. Dann dürfte der Minister so leichten Kaufes nicht davonkommen.

Das Finanzgesetz im badischen Landtag.

Am Dienstag trat das badische „Volksparlament“ in das Stadium der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz. Der Minister, gegen den sich wegen seiner Ausgabenersparnisse auf Kosten der Gesundheit und Stellung der niederen und mittleren Beamten ein völlerütteltes Maß der Empörung im Lande angehäuft hat, erschien vom Krankenlager. Er trug seinen rechten Arm in einer schwarzen Binde. Finanzminister Dr. Honselmann will nur heute reden, da ihm seine Krankheit nicht gestatte, auf die in der Finanzdebatte stehenden Anklagen gegen die Regierung in einem späteren Stadium einzugehen. Auf der Tribüne saßen viele Beamten, welche die Finanzrede Honselmanns am liebsten mit Pfeifen begleitet hätten. Auch die Hofloge lag viele Reuzgänger.

Ein nationalliberaler Regisseur, Herr Rebmann, der Präsident der Budgetkommission, übernahm das Schrittmachen für den Finanzminister. In dem traurigen Zustand des Landes hatte der Führer der Nationalliberalen keinen ernsthaften Tadel. Er tat, als lebten wir unter der Finanzexperte höchst behaglich. Rebmann jammerte über den Rückgang der badischen indirekten Steuern. Er hofft aber auf eine bessere Zeit, wo man das Unglück mit doppelten Gaben wieder gutmachen werde. Herr Rebmann sieht als größtöglicher Oberhaupt in dem heutigen badischen Staat schon den Anfang des sozialen Staates, zu dem wir uns entwickeln und dessen nächste Aufgabe die Verstaatlichung der gesamten Gesundheitspflege sein werde. Unsere Zeit mit der schweren, hauptsächlich den Mittelstand treffenden Depression verzehle sich, so meinte er, und die gesunde Kraft des Volkes führe zu einer Zeit des Wohlbefindens. Die großen Bauerngüter des Schwarzwaldes, welche ihre Existenzmöglichkeit verlieren, sollten vom Staate übernommen werden, der eine vernünftiger Waldwirtschaft zu betreiben habe.

Finanzminister Dr. Honselmann konnte sich also krönen; die Rebmannsche Kritik tat ihm kein Leid. So hielt er denn eine trodene Rede. Er sah seine früher geduldeten pessimistischen Prophezeiungen als erfüllt an; machte in neuem Pessimismus, um die Biersteuer zu empfehlen, und erklärte die Ersparnis am unteren Beamtenapparat aus finanztechnischen Gründen für notwendig. Besonders bekämpfte er den Gedanken der Staatsanleihe; Baden habe nur eine Eisenbahnschuld, die es immerhin verantworten könne.

Was in allem eine langweilige Rede, die gar keine Stimmung hervorrief; es sei denn ein gewisses Bedauern mit dem Manne, der seine „Finanzreform“ mit einem solchen Plakato abschließt.

Von sozialdemokratischer Seite spricht Genosse Kolb.

Neues Diätengesetz in Baden.

Dem badischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Baukammer und Erhöhung der Diätenbezüge der Abgeordneten fordert. Jetzt erhalten die Abgeordneten, soweit sie in Karlsruhe wohnen, 9 Mark und die auswärtig wohnenden 12 Mark für jeden Tag während der Tagung einschließlich der Sonntage. In Zukunft sollen die in Karlsruhe wohnenden 2000 und die auswärtig wohnenden 8000 Mark erhalten. Die Beträge sollen jeweils zu einem Viertel monatlich ausgezahlt werden. Dauert die Sitzung keine 8 Monate, so wird der verbleibende Restbetrag am Schluß mitgezahlt. Wer einer Sitzung fernbleibt, dem werden 15 Mark und wenn er in Karlsruhe wohnt, 10 Mark abgezogen, Krankheit oder Abwesenheit im Interesse des Landtags entschuldigt. Die Mitglieder der Ersten Kammer sollen, da sie nicht halb so viele Sitzungen halten wie die der Zweiten Kammer, 1000 und 1500 Mark erhalten. Die Bedingungen sind die gleichen wie für die Mitglieder der Zweiten Kammer.

„Erfolge“ der Dänepolitik.

Durch die in den letzten Jahren stark betriebenen Hofankäufe der Regierung war der Domänenbesitz in Nordschleswig zu Anfang des Jahres 1909 auf 4 1/2 Millionen Mark gestiegen. Davon waren aber zwei Drittel aus deutschen und nur ein Drittel aus dänischen Händen erworben. Im Jahre 1909 wurden für weitere 900 000 Mark Hofankäufe von der Regierung gemacht und wiederum weit über die Hälfte von deutschen Besitzern erworben. Dazu kommen noch bedeutende Ankäufe durch die Hofkammer in Hannover, die nur von deutschen Besitzern gekauft hat. Die Verkreuzung der Nordmark durch Domänenbildung bringt also den Agrarier Nordschleswigs schönen Profit, denn die Preise sind bedeutend gestiegen. Andererseits bedeuten die Dänen den Verlust dadurch, daß sie nach Arabien Land von deutschen Besitzern kaufen. So erwarb jüngst ein dänisches Konsortium das Gut „Stenderuphof“ für 200 000 Mark, obwohl die Regierung mit dem Bestzer ebenfalls unterhandelt hatte. Die Dänen boten mehr und so ging der Patriotismus des Besitzers in die Brüche.

Staatssekretär v. Schoen amtsübe.

In einem französischen Blatt wird behauptet, daß Herr v. Schoen amtsübe sei und sich um den Posten des Reichssekretärs in Paris bewerbe. Daß die Angriffe, die in der letzten Zeit gegen den Staatssekretär von alldeutscher Seite gerichtet wurden, ihm nicht angenehm waren, kann man verstehen. Wenn er tatsächlich an seinen Rücktritt denken sollte, dann dürfte er diese Absicht sicher erst dann ausführen, wenn Klärung über die zurzeit strittigen Fragen geschaffen ist.

Von der preussisch-russischen Grenze.

Ein an der russischen Grenze wohnender Auswanderer im Kreise Wreschen geriet neulich auf Versehen über die Grenze. Kaum hatte er die Grenze überschritten, als drei russische Grenzsoldaten über ihn herfielen, ihn mit den Gewehrkolben schlugen und seiner Wertsache beraubten. Dann sperrten sie den Hederföllenen ein, der erst am nächsten Tage seine Freiheit ohne weitere Rücksichten wieder erhielt, da der Kommandeur der Grenztruppe ihn persönlich kannte.

Deutscherseits wird man natürlich jetzt wieder langwierige umfangreiche Erhebungen anstellen, und schließlich läuft die ganze Sache aus wie das Dornberger Schießen. Derartige Vorfälle haben sich in den letzten Jahren stark gehäuft, und nur selten einmal hat man gehört, daß die russischen Soldaten zur Verantwortung gezogen worden sind.

Bürgerliche Steuerpolitik in Lübeck.

Die Einführung einer Gewerbesteuer verbunden mit der Warenhaus- und Konsumsteuer, beschäftigt gegenwärtig die gesetzgebenden Körperschaften Lübecks. Die Gewerbesteuer soll von allen Gewerbetreibenden mit einem Einkommen von mehr als 200 Mark erhoben und nach Maßgabe des

Einkommens progressiv gesteuert werden. Die Warenhaussteuer soll dagegen 1/4 Prozent des Jahresumsatzes betragen. Den Konsumverein der Arbeiter sucht man dadurch zu erdroffeln, daß man ihn neben der Gewerbesteuer noch mit der Warenhaussteuer belegt. Um die Vorlage durchzubrüden, hat der Senat die Erhöhung der Beamtengehälter sowie die Errichtung einer Ruhegeldkasse für die staatlichen Arbeiter von der Bewilligung der Gewerbesteuer abhängig gemacht. Ein nicht gerade origineller, aber doch kalauer Trick. Nur daß er nicht viel nützen wird. Daß die Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb der Bürgerschaft Lübecks diese ungerechten Steuern empfindlich bekämpft, ist selbstverständlich.

Der Konflikt der Regierung mit den Meßer und Straßburger Bischöfen.

Der Statthalter der Reichslande, Graf Bedel, erläßt in bezug auf sein Schreiben an die Meßer und Straßburger Bischöfe ein Dementi. Der offiziöse Draht meldet nämlich aus Straßburg:

Gegenüber verschiedenen Zeitungsnachrichten wird festgestellt, daß eine Mißbilligung der Veröffentlichung des Schriftwechsels zwischen Staatssekretär und Bischöfen in der amtlichen Straßburger Korrespondenz durch den Herrn Statthalter in keiner Weise erfolgt ist. Auch ist festzustellen, daß eine Meinungsäußerung des Herrn Reichslandgrafen in dieser Angelegenheit bisher nicht erfolgte.

Der letzte Satz ist zweifellos richtig. Es ist nicht nur glaubhaft, daß der Kanzler bisher über den Konflikt keine Meinung geäußert, sondern sogar, daß er sich darüber noch keine Meinung gebildet hat — und auch so bald keine bilden wird.

Vom Kölner Umsturz mit Gefang.

Köln, 12. Januar. (Telegramm.)

Der Arbeitergefangenverein „Ira“ wendet sich in einem Zirkular an Arbeiter und Sangesfreunde gegen die von der Regierung an die Schulrektoren erlassene Verfügung, wonach Schulkinder die Teilnahme am Kinderchor der „Ira“ untersagt wird. Der Verein wird Beschwerde erheben. Am 17. Januar findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, worin die Liebergriffe der Lehrpersonen festgestellt und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zwecks Vorgehens im Landtage zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Verein erludt die Angehörigen des Kinderchors, sich durch keinerlei Drohungen von Lehrpersonen bestimmen zu lassen, ihre Kinder vom Probenbesuch zurückzuhalten.

Ein meineidiger Kaplan.

Der katholische Kaplan Faur in Oberkirch (Baden), ein gefählicher Bekämpfer der sozialdemokratischen Partei, ist am Freitag in einem Privatprozeß als Zeuge des Meineides überwiesen worden. Er leugnete, mit der Frau eines Wertmeisters allzu liebendwärtig verkehrt zu haben. Die nach ihm als Zeugin vernommene Frau leugnete ebenfalls, wurde aber durch eindringliche Warnungen zum Geständnis getrieben. Der Kaplan blieb auf freiem Fuß und verließ die Stadt. — Faur bestritt in einer Klage gegen das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Offenburg die Anfertigung anonymen Schmähbriefes, die ihm die Widerlage vorwarf. Sie wurde ihm in erster Instanz nachgewiesen; in der Berufungsinstanz ließ er durch einen Jungen Kussbogen machen, deretwegen die Strafkammer Offenburg ihn freigesprochen hat. Jetzt ist das Wiedernahmeverfahren möglich.

Militärische Rechtspflege!

Ein bemerkenswerter Prozeß wurde vor dem Kriegsgericht in Dresden verhandelt. Wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Verleumdung eines Unteroffiziers war der Unteroffizier Giese und wegen Fahnenflucht der Rekrut Bins, beide vom Grenadierregiment Nr. 101, angeklagt. Bins wurde im Herbst vorigen Jahres beim Militär eingezogen, zwei Tage darauf aber im Lazarett untergebracht, wo er bis Anfang November verblieb. Bei der Truppe hatte er mehrfach unter Mißhandlungen, Schikanen usw. seitens des Unteroffiziers Giese zu leiden. So wurde er eines Tages angepaßt und beiseite „geschoben“, daß er gegen den Tisch fiel und schließlich noch dumpf genannt. Bei einer anderen Gelegenheit erhielt er einen kräftigen Stoß mit der Faust in die Seite, daß er gegen den Särank fiel. Hierbei wurde er dumpf, Bagabund und Lausjungel genannt. „Scher Dich weg, Du Lausjungel“, war der übliche Ausdruck des 20jährigen Unteroffiziers. Als J. wieder mal scharf herangeworfen worden war, reiste in ihm der Gedanke, sich zu entfernen. Dazu kam, daß er bald darauf vom Unteroffizier arg schikaniert wurde, indem er den Puffkasten 5-mal aus- und einräumen und gleich danach circa 10 mal hintereinander die Stube durchlaufen mußte. Schließlich wurde er wegen einer Lappalie gemeldet, und der Hauptmann brachte ihn mit Arrest und Festungsgefängnis. Alle diese Umstände führten dazu, daß sich J. am 22. November früh aus der Kaserne entfernte. Am 2. Dezember wurde er aber verhaftet. Als Grund der Entfernung gab er die schlechte Behandlung seitens des Unteroffiziers an und brachte obige Fälle vor.

Der angeklagte Unteroffizier erklärte vor Gericht, daß er den Soldaten nur einige „Rebungen“ habe wiederholen lassen, um diesem mehr „Fertigkeit“ und „Lebhaftigkeit“ beizubringen! Auf Mißhandlungen könne er sich nicht besinnen; nur einmal habe er J. „beiseite geschoben“!

Der Soldat schilderte in der Verhandlung im weinerlichen Tone seine Leidensgeschichte, erzählte die Mißhandlungen usw. und erklärte schließlich, daß er wie ein Gefangener behandelt worden sei. Wenn er sich etwas kaufen wollte, habe er immer erst den Unteroffizier fragen müssen! Vom Hauptmann wurde J. als ungläubig bezeichnet. Er blieb dann auch unüberdelt! Einen sonderbaren Einwand leistete sich der Verteidiger des Unteroffiziers, indem er meinte, daß man den Angaben J.'s schon deshalb keinen Glauben schenken könne, weil fast jeder fahnenflüchtige Soldat diesem oder jenem Vorgesetzten etwas anhängt. J. erklärte schließlich noch, daß er sich nicht dauernd entfernen, sondern nur für einige Zeit den Mißhandlungen und Schikanen entziehen wollte.

Nach längerer Verhandlung fällt das Gericht folgendes Urteil: Der Unteroffizier wurde — freigesprochen (weil die Angaben J.'s unglaubwürdig seien!) und Bins zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt.

England.

Der englische Wahlkampf.

London, 12. Januar. Der Wahlkampf wird in der heftigsten Form fortgesetzt. In einer Rede, welche Balfour hielt, betonte er die Lage sehr optimistisch. Nach seiner Auffassung könnten sich die Konservativen auf einen großen Sieg gefaßt machen, die Liberalen würden im nächsten Parlament nicht über 300 Mitglieder zählen. Asquith hielt seinerseits zwei Reden in Aberdeen; er begnügte sich, darzulegen, daß die große Wohlhabenheit Deutschlands nicht eine Folge des Schutzzolles sei, sondern eine Folge der besseren Erziehung des Volkes und der Organisation.

Belohnte Treue.

Als vor kurzer Zeit Herr Bell, der Generalsekretär der Gewerkschaft der englischen Eisenbahner, sein Amt niederlegte, waren die englischen Arbeiter nicht unangenehm überrascht. Man glaubte nach den Vorgängen des letzten Jahres allgemein, daß sich dieser sonderbare Arbeitervertreter, den der Harmoniebusel so

weit geliebt hatte, daß er schließlich für die Arbeitergeher und gegen die Mitglieder seiner eigenen Gewerkschaft Partei ergreift, so lange wie nur eben möglich auf seinem Posten halten würde. Die plötzliche Demission hat nun ihre Erklärung gefunden. Der brave liberale Arbeitervertreter, der im Parlament als der Vertreter der Eisenbahner galt, die meist sozialistisch gesinnt sind und die auch der Arbeiterpartei angehören, ist für seine der liberalen Partei geleisteten Dienste belohnt worden. Der Minister Churchill hat ihm einen fetten Posten an den neuen Arbeitshöfen gegeben, auf dem er ein Gehalt von 8000 Mark jährlich beziehen wird, das allmählich bis auf 12 000 Mark erhöht werden wird. Herr Bell wird es also künftig nicht mehr nötig haben, nach der Pfeife seiner Klassenossen zu tanzen; die soziale Frage ist für ihn gelöst.

Das Schicksal Bells steht in der politischen Geschichte Englands nicht vereinzelt da. Es eignet sich aber vortrefflich dazu, die von den englischen Liberalen so meisterhaft beherrschte Methode, Arbeitervertreter dadurch an sich zu fesseln, daß man ihnen Honig und Maul schmeißt und sie hernach fürs Leben versorgt, durch ein Beispiel zu erläutern. In dem Parlament, das im Jahre 1900 aus der hauswirtschaftlichen Hochzeit hervorging, gebärdete sich Bell ziemlich radikal. Der Genosse Keir Hardie hatte damals die Absicht, das kleine Häuflein der Arbeitervertreter zu einer allionsfähigen Arbeiteropposition zu gestalten, und meinte, gerade in Bell einen verlässlichen Bundesgenossen gefunden zu haben. Es stellte sich aber bald heraus, daß der Generalsekretär viel mehr geneigt war, den Sirenenrufen der Liberalen, die damals anfangen den Bemühungen der englischen Arbeiter, sich eine eigene politische Partei zu bilden, kräftig entgegenzuwirken, zu folgen. Im Parlament des Jahres 1906 sahen wir denn Herrn Bell auch in der Reihe der liberalen Arbeitervertreter vom Salage der Maddison und Vivian, die ihre Hauptaufgabe darin sahen, zu zeigen, daß sie nicht seien wie die von den Sozialisten verführten Mitglieder der Arbeiterpartei. In ihrem Hauswirtschaftsweiser, mit dem sie die liberale Partei kritisierenden Mitglieder der Arbeiterpartei am Stragen sahen, wurden sie ihrem Herrn und Meister aber, der die Arbeiterpartei mit der vollendeten Kunst des Diplomaten zu behandeln wünschte, manchmal recht unangenehm. Bei einer solchen gegen die Arbeiterpartei gerichteten Aktion verwarf sich nun Herr Bell so weit, daß er im Parlament offen für die Eisenbahngesellschaften und gegen einen Teil der Eisenbahnangestellten, deren Organisationsrecht in Frage stand, Stellung nahm. Das schlug dem Hof den Boden aus. Die Gewerkschaft der Eisenbahner, die sich auf Betreiben des starken sozialistischen Teiles der Arbeiterpartei angeschlossen und die schon durch die Weigerung Bells, sich der Arbeiterpartei anzuschließen, gereizt worden war, geriet in hellen Aufruhr. Auf der letzten Generalversammlung nahm man ihm die Befugnis, die Forderungen der Eisenbahner fernerhin im Parlament zu vertreten und gleich darauf unterlagte man es ihm auch, seine Dienstzeit für die Zwecke der liberalen Partei zu mißbrauchen. Bell hat den Wind verstanden. Der treue Knecht ist belohnt worden.

Dänemark.

Die Furcht vor sozialistischen Ministern.

Der Ministerpräsident Zahle hat jüngst in einer Versammlungrede davon gesprochen, daß die radikale Regierung nur eine zeitweilige sei und eines schönen Tages von einer anderen Regierung werde abgelöst werden; sei es von einer radikal-sozialdemokratischen, sei es von einer gemäßigtkonservativen. Er glaube freilich nicht, daß es eine konservative Regierung sein werde, denn dazu sei die Politik der Konservativen zu schlecht. Daß die Regierungen unter dem parlamentarischen System beständig wechseln, sei übrigens ein großer Vorteil, denn da wählten die Männer, die an der Spitze der Verwaltung stehen, daß andere kommen, und daß sie einen reinen Tisch hinterlassen müßten.

Diese Äußerungen werden nun von den antisozialistischen und „liberalen“ Gegnern des Ministeriums, denen es ganz und gar an einer zugkräftigen Wahlparole fehlt, ausgenutzt, um den Wählern vor sozialdemokratischen Ministern hänge zu machen. Unter der Parole des Kampfes gegen den Sozialismus möchte man vor allem die Politik der Konservativen zu schlecht. Daß die Regierungen unter dem parlamentarischen System beständig wechseln, sei übrigens ein großer Vorteil, denn da wählten die Männer, die an der Spitze der Verwaltung stehen, daß andere kommen, und daß sie einen reinen Tisch hinterlassen müßten.

Diese Äußerungen werden nun von den antisozialistischen und „liberalen“ Gegnern des Ministeriums, denen es ganz und gar an einer zugkräftigen Wahlparole fehlt, ausgenutzt, um den Wählern vor sozialdemokratischen Ministern hänge zu machen. Unter der Parole des Kampfes gegen den Sozialismus möchte man vor allem die Politik der Konservativen zu schlecht. Daß die Regierungen unter dem parlamentarischen System beständig wechseln, sei übrigens ein großer Vorteil, denn da wählten die Männer, die an der Spitze der Verwaltung stehen, daß andere kommen, und daß sie einen reinen Tisch hinterlassen müßten.

Türkei.

Das jungtürkische Kabinett.

Konstantinopel, 12. Januar. Nach Verhandlungen, welche bis nach Mitternacht dauerten, haben in dem neugebildeten Kabinett Rabrocorato das Ackerbauministerium, der jungtürkische Deputierte Emullah das Unterrichtsministerium und der Großweir interimistisch das Kolonialministerium übernommen. Im übrigen entspricht die Ministerliste der bereits gemeldeten. In dem neuen Kabinett befinden sich acht Jungtürken. Die Presse beurteilt das Kabinett günstig.

Neue armenisch-türkische Konflikte.

Konstantinopel, 12. Januar. Das armenische Patriarchat erhielt aus Iaschgerd in Armenien die telegraphische Mitteilung, daß dort soeben eingetroffene größere türkische Truppenabteilungen in Ermangelung einer Kaserne im Orte einfach alle Armenier auf die Straße geschickt und ihre Häuser als Winterquartiere in Beschlag genommen haben, obwohl einem Befehle zufolge den Truppen verboten ist, sich in Privathäusern osmanischer Untertanen zu lagern. Die Bevölkerung von Iaschgerd erklärte, sie sei samt und sonders zur Auswanderung gezwungen, wenn der Gemotst nicht sofort repariert werde.

Amerika.

Die mandchurischen Eisenbahnen.

New York, 12. Januar. Der Korrespondent des „New York Herald“ in Washington erklärte, daß der Staatssekretär Anog gegenüber den Protesten der japanischen Regierung zu seinen Vorschlägen betr. der mandchurischen Eisenbahn sehr gleichgültig bleibe. Er beabsichtige unwillkürlich an seinen Propositionen festzuhalten, zumal er dabei der Zustimmung des Präsidenten Laft gewiß sei. Außerdem glaube Anog, auf die Anerkennung seiner Vorschläge durch England, Deutschland und China rechnen zu können.

Gewerkschaftliches.

Mansfelder Streikjustiz.

Erbarmungslos wütet jetzt die Justiz des Klassenstaates im Mansfelder Revier. Fast Tag um Tag sitzen die Hüter der „Gerechtigkeit“ über Streikfänger und Streikfängerinnen zu Gericht, um ihnen darzutun, weshalb eine treffliche Sache es ist, der sie als „Reichstreue“ huldigten. Die Staatsanwälte des Eisenerzreviers reichen nicht mehr aus, um alle die „Fälle“ durchzuarbeiten, die Halle'sche Staatsanwaltschaft muß einspringen. Und sie sendet ihre „besten Kräfte“.

Am Montag wurde gegen mehrere Frauen verhandelt, die gegen den Landfriedensbruch-Paragraphen gesündigt haben sollten. Die der Verhandlung zugrunde liegenden Vorgänge spielten sich am 21. Oktober vorigen Jahres in Hettstedt ab. Arbeitswillige, die von einer Menschenmenge begleitet wurden, fühlten sich stark, griffen unter dem Schutze der Gendarmerie zu Stod und Dold, um sich ihrer Kameraden und deren Frauen zu „erwehren“. Die Streikenden wollten nichts anderes, als die vorläufig Stehengebliebenen zur Teilnahme am Streik überreden. Erst durch die Haltung der Streikbrecher und der bewaffneten Macht geriet die immer sich vergrößernde Menge in Erregung. Es ist wohl nicht weiter verwunderlich, wenn in einer Zeit des schärfsten Klassenkampfes harte Worte hüben und drüben fallen. Die Streikenden, die ihr gesetzliches Recht verfolgten, wurden von den Arbeitswilligen und deren Frauen heulender genannt. Die Frauen, welche auf die Arbeitswilligen einzuwirken suchten, wurden von diesen geschlagen und beschimpft. Arbeitswillige hingegen, Aufseher, Gendarmen usw. sagten aus, daß sie bespuckt und mit Kies und Steinen beworfen worden seien. Hauptangeklagte in dieser Sache war Frau Hartmann aus Hettstedt. Von dieser behaupten die Arbeitswilligen, daß sie sich wie ein Tier gebärde habe (?). Sie habe mit Totschlag gedroht, habe geschimpft und gespuckt und sei mit aufgelöstem Haar herumgelaufen. Andere haben von alledem nichts bemerkt. Auf Grund der Zeugenaussagen der Arbeitswilligen beantragte der Staatsanwalt aus Halle sechs Monate Gefängnis gegen die Frau, die gewußt habe, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen müßte! Der Verteidiger Rechtsanwalt Genosse Landsberg aus Magdeburg weist diese Anschuldigung zurück und hebt hervor, daß höchstens § 133 der Gewerbeordnung in milder Form in Anwendung gebracht werden dürfe, keineswegs aber § 127 des Strafgesetzbuches (Landfriedensbruch). Die Strafkammer verurteilte die Frau zu fünf Monaten Gefängnis! Ein wahres Schreckensurteil, wogegen sich das Volksempfinden mit aller Entschiedenheit auflehnt.

Nach diesem Opfer der Streikjustiz betrat zwei andere Frauen die Anklagebank, Veria Machemehl und Anna Michale. Ihnen wird vorgeworfen, eine ganze Nacht hindurch (!) ruhestörenden Lärm verursacht zu haben, indem sie die Arbeitswilligen bedrohten mit „Anochen kaputtschlagen“ usw. Kein Mensch außer den belästigten Gendarmen hat die Worte gehört, niemand hätte auch eine solche Äußerung, wenn sie gefallen wäre, ernst genommen. Die Frauen selbst behaupten, es müsse eine Personenverwechslung vorliegen, es sei ihnen nicht eingefallen, im Oktober eine Nacht im Freien zu verbringen. Der Staatsanwalt beantragte nichtsdessentweniger sechs respektive zwei Wochen Gefängnis. Erkannt wurde auf eine Woche respektive drei Tage! In der Begründung hieß es: Die Frauen seien „gefährliche Akteure im Theater des Streiks (!)“ und nicht zum erstenmal sei ein Unglück durch Frauen veranlaßt worden! —

Dann kamen die Männer daran. Der Bergmann Fiedler aus Kugsdorf erhielt drei Tage Gefängnis und fünf Mark Geldstrafe, weil er — nicht schnell genug die Strafe verlassen hatte, als dies durch Gendarmen angeordnet wurde. In Wirklichkeit hat der Mann Streikposten gestanden und flüchtete bei Ausübung dieses gesetzlichen Rechts, als die Gendarmen angepöbeln kamen, hinter einen Baum. — Den Bergmann Schulze aus Helbra nannte nach dessen Angabe ein auf der Chaussee postierter Unteroffizier „Lausefummel“, während der Unteroffizier und ein Gefreiter ausfagten, Sch. habe sie „Dreckschwein“ geschimpft. Der Mann kam mit 15 Mark Geldstrafe davon. Der Staatsanwalt wollte ihn einen Monat eingesperrt wissen. — Ein anderer Bergmann wurde auf Grund einer Verordnung aus dem Jahre 1798, die von der Umarmung eines öffentlichen Amtes handelt, zu neun Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte — die weiße Binde der Ordnungsmänner des Bergarbeiterverbandes getragen! — Freigesprochen wurden zwei Vergleiche, gegen die die Belastungszeugen der Staatsanwaltschaft mit dem bösesten Willen nicht ausreichten. Der eine soll geschimpft haben gegen einen Streikbrecher, der andere hat in einem Kaufladen in Hettstedt mit Bezug auf den Streik gesagt: „Wenn wir nicht durchkommen, kann es an allen Enden Hettstedts brechen“. Es hat sich aber niemand bedroht gefühlt. Der Staatsanwalt hatte auch hier je einen Monat Gefängnis beantragt!

So endete ein „großer Tag“ der Mansfelder Streikjustiz. Aus seinen Verhandlungen ergibt sich, daß die Streikenden im allgemeinen gute Ordnung gehalten haben, daß von schweren und gefährlichen Ausschreitungen, die das Veranziehen der bewaffneten Macht rechtfertigen sollten, nicht die Rede war. Nur in einem Falle wurde eine größere Gefängnisstrafe verhängt, über deren Berechtigung die nicht auf den Unternehmerstandpunkt Eingeschworbenen durchaus anderer Ansicht als das Gericht sein müssen. In allen anderen Fällen haben selbst die Richter, die im ersten Fall so außerordentlich hart urteilen konnten, trotz der energischen Anstrengungen der Staatsanwaltschaft nur geringfügige Strafen zu verhängen vermocht. Und auch diese erscheinen denen, die in der Ausübung des Koalitionsrechts nicht ein Verbrechen sehen, sehr schwach begründet.

Erfreulicherweise sind die Opfer, die jetzt die Klassenjustiz fordert, nicht umsonst, das beweist der tüchtige Fortgang der Arbeiterbewegung im Mansfelder Revier. Mit der stumpfen Waffe der Streikjustiz wird man sie ganz gewiß nicht mehr ersticken.

Die Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter in deutschen Städten.

Unter Berücksichtigung der Arbeitsverhältnisse in 33 deutschen Städten zeigt sich in der Zeit von 1902 bis 1907 eine äußerst starke Zunahme der Arbeiter in städtischen Diensten. In jenen Städten stieg nämlich die Arbeiterzahl in den fünf Jahren von 87.063 auf 153.065 oder um rund 73,5 Proz. Die Zahl der gelehrten Arbeiter stieg bei der ständigen Aufnahme des Betriebes von Gas-, Wasser-,

und Elektrizitätswerken durch die Gemeinden von 28,7 Proz. im Jahre 1902 auf 39,8 Proz. im Jahre 1907. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter betrug im Jahre 1902 3,28 M. und verbesserte sich im Laufe der fünf Jahre um 0,48 M. oder um 14,6 Proz. Die größte Zahl oder 21,5 Proz. aller ungelerten Arbeiter bezog im Jahre 1907 einen Tagelohn von 3,50—3,75 M., während 17,3 Proz. einen Lohn von 3,25—3,50, 14,9 Proz. von 3,00—3,25 M. pro Tag erhielten. Im Jahre 1902 war die letztere Lohnstufe von 3,00 bis 3,25 M. mit 84,6 Proz. aller ungelerten Arbeiter die am stärksten besetzte, während den häufigsten Tagelohn von 3,50—3,75 M. des Jahres 1907 nur 12,6 Proz. aller Arbeiter im Jahre 1902 erhielten. Einen Lohn von 3,75—4,00 M. pro Tag erhielten 1907 rund 13,1 Proz. der ungelerten Arbeiter gegen 2,3 Proz. im Jahre 1902, während 4,00—4,50 M. an 15,8 bzw. 2,4 Proz. gezahlt wurden. Die Lohnstufen von 4,50—5,00 M. und über 5,00 M. pro Tag umfaßten 1902 nur 0,8 bzw. 0,3 Proz. gegen 3,3 bzw. 0,9 Proz. der ungelerten Gemeindearbeiter im Jahre 1907, von denen insgesamt 82,6 Proz. einen Tagelohn von 3,00 bis 4,50 M., 10,4 Proz. von 2,50 bis 3,00 M., 1,0 Proz. von 2,00 bis 2,50 M., 1,2 Proz. unter 2,00 M. und der Rest von 4,2 Proz. über 4,50 M. erhielten. Bei den gelehrten Arbeitern ist die am häufigsten bezahlte Lohnstufe die gleiche von 4,00 bis 4,50 geblieben, nur daß 1902 rund 23,4 Proz. gegen 25,3 Proz. aller gelehrten Gemeindearbeiter im Jahre 1907 ihr angehört. Einen Lohn unter 3,00 M. erhielten 1907 noch 3,8 gegen 7,2 Proz. der gelehrten Arbeiter im Jahre 1902, während für den Tagelohn von 3,00 bis 4,00 der Prozentfuß von 53,3 auf 89,6 herabging. Den Lohnfuß von 4 M. bis 5 M. erhielten im Jahre 1902 nur 23,6 und im Jahre 1907 nur 43,3 der gelehrten Arbeiter. Ueber 5 M. Tagelohn erhielten im Jahre 1902 nur 5,8 gegen 13,3 Proz. der gelehrten Arbeiter im Jahre 1907. Es hat sich mithin bei den ungelerten Arbeitern eine größere Steigerung der Löhne vollzogen als bei den gelehrten. Die Arbeitszeit ist im allgemeinen von 10—11 auf 9—10 Stunden zurückgegangen. Eine Arbeitszeit von nur 8 Stunden hatten 1902 die Feuerungsarbeiter in den Betrieben von 9 und im Jahre 1907 von 19 Städten oder 1902 rund 0,6 und 1907 circa 2,4 aller Arbeiter.

Sind die von Unternehmerverbänden festgesetzten Konventionen für Frauen zu zahlen?

Im Dezember 1908 wollten die Scharfmacher der Hanauer Edelmetallindustrie eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse herbeiführen. Die Tarifgemeinschaft sollte beseitigt und der Arbeiterlohn eine einseitig erlassene drakonische Arbeitsordnung auferlegt werden. Den Widerstand der Arbeiter wollte man durch eine allgemeine Aussperrung brechen. Der saubere Plan wurde aber durch festes Zusammenhalten der Arbeiter und durch das geschickte Operieren des Metallarbeiterverbandes vereitelt. Weil nun auch zwei Firmen des Arbeitgeberverbandes während des Kampfes erklärt hatten, sich nicht an der Aussperrung zu beteiligen und aus dem Arbeitgeberverbande auszutreten zu wollen, verlangte der Verband von den beiden eine Konventionalstrafe von 1800 bzw. 1800 M. als Sühne. Die beiden Firmen hatten sich auch bereits im Vergleiche bereit erklärt, vor der Hanauer Kammer für Handelsfachen 400 bzw. 600 M. für einen gemüthlichen Zweck zu zahlen. Nachträglich haben sie es sich aber anders überlegt und ein Urteil von der Kammer für Handelsfachen verlangt. Dieses lautet auf Abweisung der Klage. Sämtliche Kosten muß der Arbeitgeberverband für die Edelmetallindustrie tragen.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Maler.

Nach einem Beschluß des letzten Verbandstages der Maler ist das Ergebnis der nunmehr abgeschlossenen Tarifverhandlung einmütig außerordentlichen Verbandstage zur endgültigen Beschlußfassung zu unterbreiten, falls sich an den Abstimmungen, die zunächst durch die Mitgliederversammlungen der einzelnen Filialen vorgenommen werden, nicht mindestens die Hälfte aller Mitglieder beteiligen. Der Verbandsvorstand hat bereits die Wahlen zu einem außerordentlichen Verbandstage ausgeschrieben. Für Berlin fand am Dienstag eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung statt, welche 18 Kandidaten für die Delegiertenwahl aufstellte, von denen in einer am 27. d. Mts. stattfindenden Wahlversammlung sechs Delegierte zu wählen sind. Einen sitzenden Delegierten wählt die Sektion der Ladirer. In der Tarifverhandlung nahen die Versammlung nicht Stellung. In diesem Zweck werden am Donnerstag, den 13. d. Mts., vier Versammlungen in Berlin abgehalten.

Postartenbranche. In der Lugschpapierwarenfabrik von Heinrich Kof. Alexanderstr. 110, sind Differenzen ausgebrochen. Zugunsten von Pressern, Presserinnen und Arbeiterinnen der Postartenbranche ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung, Buchbinderverband.

Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Die „Nachzeitung“, das Organ des Arbeitgeberverbandes, behauptet in ihrer neuesten Nummer, daß der Holzarbeiterverband dieselbe Politik verfolgen wie bei der früheren Tarifbewegung, nämlich, daß er die Schuld auf die Arbeitgeber schiebt! — Daß der Arbeitgeber-Verband die Tarife gekündigt hat und damit die aggressive Stimmung in die Tarifverhandlungen hineintrug, davon wird im ganzen Artikel nichts erwähnt. Dafür kann doch aber der Holzarbeiterverband nicht verantwortlich gemacht werden. Auf die Feststellung, daß der Schutzverband seinen Mitgliedern erzählt hat, die gegenseitige freundschaftliche Kündigung aller Verträge sei mit den Arbeiterorganisationen vereinbart, geht die „Nachzeitung“ vorsichtshalber nicht ein. Damit wird stillschweigend zugegeben, daß den Arbeitgebern die Unwahrheit gesagt worden ist.

Es sei noch einmal konstatiert, daß die Holzarbeiterorganisationen die gegenseitige Kündigung der Verträge abgelehnt haben.

Auf was die Unternehmer abzielen, geht aus einem vertraulichen Schreiben des Schwedischen Arbeiterverbandes hervor, in dem den Unternehmern dringend angeraten wird, einen gemeinsamen Endtermin für alle Tarifverträge durchzusetzen und zwar das Jahr 1913; jeder fernere Kampf um das Ziel eines gemeinsamen Ablauftermins wäre vergeblich, da die kleineren Verbände nicht in der Lage seien, allein einen solchen zu erlämpfen. Das geht als Antrag an die Zentrale Berlin und soll auf der Generalversammlung der Verbände beschloffen werden.

Glücklicherweise bestimmt auch ein Verbandstag des Arbeitgeberverbandes nicht allein darüber, welchen Ablauftermin die Verträge haben sollen, sondern die Holzarbeiter reden mit.

Streik nicht beendet. Die Meldung von der Beendigung des Streiks der Sensenschmiede in Kall war verfrüht; der Kampf geht weiter.

Der Streik der Handschuhmacher bei der Firma Bondy in Arnstadt ist mit einem Erfolge für die Streikenden beigelegt worden. Die Hälfte der Forderungen sind bewilligt und treten im Juni d. J. in Kraft. Im Sommer kommt dann der in Amerika wohnende Inhaber der Firma, Herr Bondy, nach Deutschland und soll dann mit ihm über den Rest der Forderungen persönlich weiter verhandelt werden.

Das „Staatsumstürzende“ Plakat.

In Breslau fand am letzten Montag eine Schneiderversammlung statt, in der Gauleiter Schärtl über den Kampf der

Stettiner Konfektionschneider referierte. In dieser Versammlung wollte die Organisation der Schneider durch Plakatanschlag einleiten. Neben dem Tag, Versammlung und Tagesordnung stand noch folgendes auf dem Plakat: „Die Stettiner Kollegen stehen seit fünf Wochen in einem Abwehrkampf, hervorgerufen durch das brutale Verhalten der Arbeitgeber.“ Aus Furcht vor der Polizei gestattete der freisinnige Unternehmer des Anschlagwerdens nicht die Bekanntmachung an den städtischen Plakatsäulen. Die Worte „brutal“ und „Abwehrkampf“ waren der freisinnigen Rammesjele zu staatsgefährlich.

Ausland.

Eine amerikanische „Arbeiterpartei“.

Anfang Dezember fand ein außerordentlicher Kongreß des Staatsverbandes der Gewerkschaften Pennsylvania's, die dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde angehören, statt, der sich für die sofortige Bildung einer besonderen Arbeiterpartei aussprach, auch einige Programmpunkte aufstellte. Dieser Beschluß wird von nicht zu unterschätzendem Einfluß auf die derzeitige Diskussion der Frage der politischen Beteiligung der Gewerkschaften sein, die in der gesamten sozialistischen und gewerkschaftlichen Presse in letzter Zeit wieder besonders lebhaft war.

Zentralisation der Gewerkschaften in Australien.

Der im November 1900 stattgefundenen Kongreß der Bergarbeiter-Föderation, einer losen Verbindung der lokalen Bergarbeiter-Gewerkschaften Neu-Seelands, beschloß die Schaffung einer strikten Zentralorganisation, die alle im Bergbau beschäftigten Arbeiter umfassen soll.

Einen ähnlichen Beschluß faßte der Gewerkschaftskongreß von Victoria, der in Melbourne tagte und dem 117 Delegierte beiwohnten. Die bestehenden Gewerkschaften sollen möglichst zu zentralisierten Industrieverbänden vereinigt werden, vornehmlich, um dadurch besser wie bisher jeden Angriff auf einen Teil der Arbeiter-Gewerkschaft gemeinsam abzuwehren zu können.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauenwahlrechtsfrage in Schweden.

Die schwedische Landesvereinigung für das politische Frauenwahlrecht hat zu Anfang dieser Woche in Jönköping ihre Jahresversammlung abgehalten. Die Vorsitzende, Dr. Lydia Wahlström, berichtete unter anderem, daß der geschäftsführende Ausschuß der Landesvereinigung auf eine Anfrage beim Ministerpräsidenten die Antwort erhalten habe, daß dem diesjährigen Reichstage kein Regierungsvorschlag über das Frauenwahlrecht vorgelegt werde. Jedoch glaube er, daß die feinerzeit beschlossenen Erhebungen, das Frauenwahlrecht betreffend, noch innerhalb der gegenwärtigen Legislaturperiode dem Reichstage vorgelegt werden könnten.

Wenn es nach der gegenwärtigen konservativen Regierung geht, wird es also gewiß noch lange Weile haben, bis die schwedischen Frauen als vollberechtigte Staatsbürger anerkannt werden. Mittlerweile haben nun aber die Frauen, offenbar gegen den Willen der ersten Kammer und der Regierung, in ziemlich weitem Umfange das kommunale Wahlrecht erhalten. Ein sehr beschränktes kommunales Frauenwahlrecht besteht in Schweden schon seit dem Jahre 1802; es gilt nur für die selbständigen Steuerzahlerinnen, das heißt für unverheiratete Frauen in guten Erwerbsverhältnissen. Für die Ehefrauen war bisher der Mann steuerpflichtig. Jetzt hat jedoch ein Beschluß des vorigen Reichstages Geltung erlangt, wonach verheiratete Frauen, die selbständiges Einkommen haben, hierfür extra zur Steuer herangezogen werden. Als selbständige Steuerzahlerinnen erlangen sie aber auch das kommunale Wahlrecht. Zudem sind die Frauen nach dem nun in Kraft getretenen Kommunalordnungen auch wählbar zu den kommunalen Vertrauensämtern, als Gemeindevertreter in Stadt und Land, als Schul- und Kirchenräte usw. Ueber die dadurch erlangten und zu erzielenden Fortschritte sprach auf der Jahresversammlung Frau Dugge-Bichall. Sie erklärte, daß auf Grund der neuen Steuerordnung die verheirateten Frauen sich jetzt mit einem äußerst geringen Einkommen das kommunale Wahlrecht verschaffen könnten. Wenn z. B. das Jahreseinkommen des Mannes 400 Kronen beträgt und das der Frau nur 10 Kronen, so haben bei der Kommunalwahl sowohl die Frau als auch der Mann je eine Stimme. Hat aber die Frau kein Einkommen und der Mann 500 Kronen, so ist nur der Mann und auch nur mit einer Stimme wahlberechtigt. Die Steuerleistung bleibt in beiden Fällen dieselbe. Bei solch niedrigem Einkommen sind 450 Kronen steuerfrei und nur 50 nach dem festgesetzten Prozentfuß zu versteuern. Es können sich demnach im allgemeinen auch die Arbeiterfrauen, wenn sie sich nur 10 M. selbständiges Jahreseinkommen verschaffen, das Gemeindevahlrecht erwerben. — Daß die Sache sich so verhält, ist eine unangenehme Ueberschätzung für die Gegner des allgemeinen Frauenwahlrechts und verflachten Anhänger eines Damenwahlprivilegiums. Sie hatten nicht erwartet, daß die verschiedenen vorsichtig erwogenen Reformen zu solchen Folgen führen würden. Die „Socialdemokraten“ mittelst, haben bereits mehrere hervorragende Juristen, unter anderen der frühere Ministerpräsident Staaf, die Sache geprüft und im dargelegten Sinne für richtig befunden. — Die Jahresversammlung der Landesvereinigung beschloß, Flugblätter zu verbreiten, um im ganzen Lande die Frauen über ihr Kommunalwahlrecht aufzuklären.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ueberfahren und sofort getötet

wurde am Mittwochabend ein anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann im Alter von etwa 40 Jahren vor dem Hause Elbinger Straße 89 am Friedrichshain. Der Mann wurde an der Ecke der Braunsberger Straße von einem Triebwagen der städtischen Straßenbahn erfasst und kam unter die Plattform, wobei ihm die Brust eingedrückt wurde. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gefahren. Dort konnte aber der anwesende Arzt nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde, da kein Ausweis bei ihr gefunden, nach dem Schauhause gebracht.

Folgeschwere Explosion

Müffelsheim, 12. Januar. (W. S.) Heute morgen explodierte in der Opeschen Fabrik an einem Dampfkeßel das Ventil. Durch die austretenden Dämpfe wurden zwei Monteur und ein Heizer in schrecklicher Weise verbrannt. Die Lebensgefährlich Verletzten wurden in das Spital nach Raing gebracht.

Nachklänge zu den Julimirren.

Madrid, 12. Januar. (W. S.) In Barcelona erscheinen demnächst vor dem Kriegsgericht 49 Einwohner der Vorstadt Horta wegen der bekannten Julimirren. Die Anklage bezieht sich auf 10 Personen die Todesstrafe.

Krieg im Frieden.

Delhi, 12. Januar. (W. S.) Beim Geschützexercieren im Truppenlager von Tughlakabad explodirte heute eine Granate. Ein Offizier und ein Kanonier wurden getötet, zwei Mann der Bedienung schwer verletzt.

Reichstag.

14. Sitzung. Mittwoch, den 12. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, Kraetke.

Auf der Tagesordnung stehen die

Interpellationen des Zentrums und der Polen wegen der Maßregelung von Reichsbeamten wegen Ausübung ihres kommunalen Wahlrechts.

Die des Zentrums fragt: Was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um solchen Beschränkungen in der Ausübung der bürgerlichen Rechte entgegenzutreten. Die Polen fragen: Wie der Reichskanzler solchen Vorgängen, wie sie sich in Kattowitz ereignet haben, vorzubeugen gedenkt.

Auf die Frage des Vizepräsidenten Dr. Spahn erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen bereit.

Zur Begründung der Interpellation des Zentrums erhält das Wort

Graf v. Oppersdorff (Z.): Es handelt sich bei der heutigen Interpellation nicht um den Gegensatz zwischen christlicher und liberaler Weltanschauung (Weiterkeit und Widerspruch links, Juruf links: Das ist gar kein Gegensatz!), es handelt sich auch nicht um den Gegensatz der Parteien, sondern um die freie Betätigung der bürgerlichen Rechte, an der alle Parteien interessiert sind. Den in Kattowitz gemahregelten Beamten ist schweres Unrecht geschehen. Weder das Beamtengesetz noch die Kaiserliche Verfassung von 1881 verwehrt den Beamten die freie Ausübung ihres Wahlrechts. Zu Freiburg, Dortmund und Essen haben Liberale und Nationalliberale für die Stadtverordnetenwahlen Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten geschlossen und zahlreiche Reichsbeamte haben für die Sozialdemokraten gestimmt. Dort haben aber der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichspostamtes nicht so gehandelt wie in Kattowitz. Ich will Ihnen das Material gern zur Verfügung stellen, wenn Sie hier das Versprechen abgeben, daß den betreffenden Beamten wegen ihrer Abstammung nichts geschehen wird (Sehr gut); ich glaube, daß ein Kattowitz für Deutschland gerade genug ist. (Lebhaftes Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Nach Kattowitz sandte der Staatssekretär des Reichspostamtes ein histographiertes Schreiben: daß er in Zukunft eine gewissenhaftere Ausübung des Amtes erwarte, und dann folgten sofort die Verfügungen. Es waren dies aber keine „Strafverfügungen“ (Hört! hört!), sondern Verfügungen „im Interesse des Dienstes“. (Große Weiterkeit im Zentrum und links.) Ich muß dem Reichskanzler meine ungeheilte Verwundung ausdrücken über eine derartige Ausübung der Verwaltung. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Auch moralisch ist den Beamten schweres Unrecht geschehen. In Kattowitz besteht seit 1876 eine Simultanischeule. Jedoch halten die Katholiken und die gläubigen Protestanten an der konfessionellen Schule fest. Die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung ist liberal und eine Änderung der Schulverhältnisse kann nur durch eine Änderung der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt werden. Wie sehr die Katholiken die gegenwärtigen Schulverhältnisse als ungebührlich empfinden, zeigt unter anderem der Umstand, daß das Kreuzfeld seit Jahren aus dem Schulzimmer in die Rumpellammer gewandert ist. (Hört! hört! im Zentrum.) Dazu kam die große Spannung der politischen Verhältnisse im vorigen Sommer. In liberalen Blättern wurde von der „ultramontanen Schweinebande“ gesprochen. An der Finanzreform hatten auch die Polen mitgearbeitet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Weiterkeit.) Mein Wunder, wenn die Anhänger der Ultramontanen unter den Beamten sie auch bei den Stadtverordnetenwahlen nicht im Stiche ließen.

Zwei Ereignisse fielen noch in die politische Spannung hinein und verwickelten sie. Vom 3. bis 6. September fand in Kattowitz ein Deutlichentag statt, auf dem starke Anklagen der Lehrerschaft verfaßt wurden, die sogar Proteste des Simultanlehrervereins hervorriefen. Sind das nicht mildere Umstände für die Beamten, die sich mit den beleidigten Lehrern solidarisch fühlten?

Das zweite Ereignis war eine am 19. Oktober in Kattowitz abgehaltene Ferrer-Versammlung, in der ein sozialdemokratischer Redner sprach und in der auf dem Podium zusammen mit einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsleiter ein königlicher Gymnasialoberlehrer und ein Realschullehrer saßen. (Lebhaftes Hört! hört! im Zentrum.) Der Redner sagte: Wenn die Volksherrschaft gewahrt werden soll, so kann das nur geschehen durch Stärkung der Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Große Weiterkeit.) In der Versammlung wurde zum Schluß zu einem Massenaustritt aus der katholischen Kirche aufgefordert. Das ist noch schlimmer als die Verpötlung der Kirche, die als Versammlungsanstalt hingestellt wurde. Wenn jemals, so könnten bei der Stadtverordnetenwahl in Kattowitz katholische

Wähler ihre Weltanschauung und ihre Religion nicht verleugnen. Dieser 19. Oktober allein entschuldigt den 9. November.

Ich frage den Staatssekretär und den Reichskanzler: Haben Sie diese Umstände gekannt und finden Sie, daß solche Vorwissenisse die Stellungnahme der Gemeindegremien in einem anderen Städte erscheinen lassen oder nicht? Die beiden Herren, die in Kattowitz Kandidaten des Zentrums und der Polen waren, waren für das Stadtverordnetenkollegium sehr geeignet. Der eine bekennet sich in dem Wahlaufruf sehr entschieden zur christlichen Weltanschauung und als Gegner aller staatsgerichtlichen Tendenzen; der andere, Zeislermeister Bachula, bekleidet zahlreiche Ehrenämter in seinem Beruf und in der Gemeinde. Ich bitte den Reichskanzler und den Staatssekretär, mir bessere Kandidaten namhaft zu machen. (Große Weiterkeit.)

Ich kann meine Ausführungen über Kattowitz nicht schließen, ohne dem Reichskanzler ein Vergeltungsrecht in seinen Notizkalender zu legen. Der Vertreter des Ostmarkenvereins, Antonschir Dancin, sagte 1906 in einer Wählerversammlung: „Die Ostmärker haben die patriotische Pflicht, für den Polen gegen das Zentrum zu stimmen, denn der Pole ist das kleinere Übel.“ (Große Weiterkeit.) Ich bitte festzustellen, ob diese Tatsache nicht spätestens bei der Erörterung der Säublichkeitsfrage der Kattowitzer Beamten dem Reichskanzler und Staatssekretär mitgeteilt ist. Meine politischen Freunde wenden sich dagegen, die grundverkehrte Polenpolitik Preußens auf die Sphäre der Reichspolitik zu übertragen, wie es schon wiederholt geschehen ist — ich erinnere nur an das Vereinsgesetz und an die Enteignung. Die preussische Polenpolitik geht von einer falschen Grundlage aus, die Herren sehen Heusenferkarawanen und wollen die preussischen Ozeane dagegen sperren. (Weiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) Ist es eine richtige Politik, die Polen, die jüngst dieser Regierung einen sehr wertvollen Dienst geleistet haben (Große Weiterkeit links), in so länder Treue aus der Kommunalpolitik zu befechtigen? Der Reichskanzler sollte sich angelegen sein lassen, richtige Kenntnisse über die Verhältnisse in den Ostmarken zu verbreiten. Man soll dort auch nicht immer mit der Geheimnisräumerei arbeiten. Es wird von der Regierung eine

Uebersicht der polnischen Korrespondenzen

gesammelt und in „Uebersetzungen“ aufbewahrt. Ich habe bei den verschiedensten Behörden — beim Regierungspräsidenten, beim Oberpräsidenten, beim Reichskanzler — gebeten, mir Einsicht in diese Kassenabrechnung zu gestatten (Weiterkeit) und bin überall abschlägig beschieden! Wir haben ein starkes Interesse daran, daß diese „Uebersetzungen“ der Öffentlichkeit vorgelegt werden. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum, bei den Polen und links.) Entgegen den starken Versicherungen der polnischen Abgeordneten man, die polnischen Vereine, vor allem der Solovvereine, bereiten eine Poststrennung von Preußen vor. In Oesterreich hält der Solovverein große Feldzüge ab, bei denen der Statthalter und kommandierende Generale erscheinen! (Hört! hört! im Zentrum und bei den Polen.) Wir verlangen, daß das an den Beamten verübte Unrecht gut gemacht wird und daß Maßnahmen getroffen werden, daß solche Vorgänge sich nicht wiederholen. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. Korfanty (Pol):

Ich habe als Kattowitzer Bürger die ganzen Ereignisse mitgemacht. Die Vorgänge haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt. Daher haben wir ein Recht, den Herrn Reichskanzler zu fragen, was er zu tun gedenkt, um derartige skandalöse Vorgänge in Zukunft zu vermeiden. Es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die Rationalliberalen und Konservativen sind dort die Schlepenträger der Grubenbarone und daher sozialpolitisch rückständig im höchsten Maße. Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden von diesen Vertretern des Putschpatriotismus gezwungen, für die Kandidaten der Gruben- und Hüttenbarone zu stimmen. Diese pseudo-liberalen kapitalistischen Kapitalistenvertreter haben in allen ober-schlesischen Gemeinden das Heft in der Hand. Mit Hilfe der Regierung und des Terrors der Großkapitalisten hat man der überwiegend katholischen Bevölkerung die Simultanischeule aufgezwungen. So kam es, daß die katholische Arbeiterbevölkerung und der Mittelstand sich ausschloß, zur Selbsthilfe zu greifen und daß sich die Katholiken ohne Unterschied der Nationalität zur Vertretung ihrer Weltanschauung zusammenfanden, um die Herrschaft der Pseudo-liberalen zu stürzen. Mit diesem Augenblick begann von der Gegenseite die Nationalitätenhege, und der philosophische Reichskanzler hat es für angebracht gehalten, die gewerbetätigen Hege noch zur Ausdauer in ihrer destruktiven Tätigkeit anzufeuern. (Hört! hört! bei den Polen.) Danach konnten die Sozialisten sich natürlich alles erlauben. Im Wahlkampf gab es kein Verbrechen, das man den Polen nicht vorgeworfen hätte. Der Vorwurf des Vohlots deutscher Kaufleute war der geringste, aber auch er ist unwar. Wir honorieren den deutschen Kaufmann nicht. Läuten

Ganz andere Ursachen waren bei den zahlreichen Katastrophen wirksam, von denen die Kantonshauptstadt Jug in der Schweiz im Laufe der Jahrhunderte betroffen wurde. Hier war das unsichere Vorland am Gefilde des 200 Meter tiefen Sees der Anlaß zum Unheil. Hier versanken schon am 4. März 1435 die „Niedere Gasse“ der Altstadt mit 20 Häusern und 60 Personen, 1594 stürzten wieder einige Häuser nach, am 5. Juli 1887 endlich versank auf neue eine Fläche von 9000 Quadratmetern mit mehr als 20 Gebäuden in der Vorstadt in den Fluten, wobei elf Menschen umlamen.

Der giftige Kometenschweif. Am 18. Mai d. J. wird der Halleische Komet die Erdbahn kreuzen und somit unserem Planeten so nahe wie möglich kommen. Allerdings bedeutet das immer noch eine Entfernung von 21 oder 22 Millionen Kilometern. Aber man meint, daß sein Schweif so lang oder noch länger sein kann. Der Professor Widing am Lid-Observatorium in Kalifornien hat nun auf spektroskopischem Wege in dem Kometenschweif Blausäure entdeckt, und ängstliche Leute meinen, daß die Erde oder vielmehr alles Leben auf ihr von dem giftigen Schweif vernichtet werden könnte. Aber Widing selbst und andere Gelehrte, wie namentlich auch die Stockholmer Professoren Arrenius und Wohlin stellten fest, daß die Blausäure im Kometenschweif so verdünnt sein werde, daß man auf der Erde gewiß nichts davon merken könnte. Wohlin nimmt ferner an, daß die Blausäure vielleicht nur im Kern des Kometen vorhanden sei, und im übrigen zweifelt er daran, daß der Schweif lang genug sei, um die Erde zu treffen. Arrenius hat Stockholms „Aftonbladet“ gegenüber geäußert: „Sozialdemokraten“ kann ruhig sein, denn der Halleische Komet wird uns lange nicht so viel Unannehmlichkeiten bereiten wie der Großirell.“ Man könnte danach annehmen, daß das Zentralorgan der schwedischen Sozialdemokratie in der Bevölkerung Furcht vor einem nahenden Weltuntergang erregt habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß „Sozialdemokraten“ schon gleich nach Bekanntwerden der Widing'schen Entdeckung schrieb, daß irgend ein Grund, solche Gefahr zu befürchten, nicht vorliege. Die Kometenschweife seien in jeder Regel so dünn, daß man sich gar keinen Begriff davon machen könne. Nur eine zufällige Verdichtung des Schweifes könne vielleicht eine Vergiftung der Erdatmosphäre mit sich bringen.

Es ist also wieder einmal nichts mit der bevorstehenden „Ver-nichtung aller Sünder“, die auch General Booth kürzlich prophezeit hat. So interessant sie wäre, wir werden sie nicht erleben.

„Drahtlose Konzerte“. Aus New York wird berichtet: Die Saison der „drahtlosen Oper“ beginnt; von Mittwoch ab werden

wir es, er könnte sich dort nicht halten. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Man sagt, die Deutschen hätten den Polen die Kultur gebracht. Aber was wäre heute die ober-schlesische Industrie, wenn sie nicht die fleißigen, intelligenten, polnischen Arbeiter zur Verfügung gehabt hätte? (Sehr gut! bei den Polen.) Aus der Kaiser in Neudeck war, soll er sich mit dem Polizeirat Mädlar über die Kattowitzer Wahl unterhalten und von ihm über die dortige politische Lage haben „aufklären“ lassen. So berichtet das Kattowitzer Regierungsorgan. Es ist skandalös, daß, wo es sich um das Wohl und Wehe von 200 000 Einwohnern handelte, ein Feind-wahl genügt, um das Staatsoberhaupt über die politische Lage aufzuklären. (Sehr wahr! bei den Polen.) Und dann hat, wie berichtet ist, der Kaiser dem Regierungspräsidenten von Oppeln sein Bild geschickt mit der Unterschrift: nemo me impune lacessit (niemand reizt mich ungekräft)! Es war die zweite große Taktlosigkeit, daß diese Tatsache aus der Umgebung des Kaisers in die Öffentlichkeit gelangte. Nach der Wahl wurde dann unter den Beamten fürchterliche Wutstürmung gehalten. Lehrer wurden öffentlich vom Schulrat gerüffelt und dann nach entlegenen Orten verlegt. Erzengel Kraetke konnte natürlich nicht zurückbleiben. Postbeamten, die ihre Kinder in Kattowitz in eine höhere Schule schickten, wurden nach Orten verlegt, wo es keine höhere Schule gibt! (Hört! hört! bei den Polen.) Ein Beamter, der gewohnt war, Tag für Tag die Frühmesse zu besuchen, wurde nach einem Ort ohne katholische Kirche verlegt. (Hört! hört! und Psiu-Kluse bei den Polen und im Zentrum.)

Darf die Regierung überhaupt verlangen, daß die Beamten so wählen, wie sie es ihnen vorschreibt? Das steht im Widerspruch mit der Verfassung! (Sehr wahr! bei den Polen.) Derselben Patrioten, die gegen die Polen auftraten, sind in Rheinland-Westfalen für den Sozialdemokraten eingetreten, bis der „Vorwärts“ schrieb: „Weit ab von dieser Demunziantenbande!“ Wir klagen die Regierung an, daß sie sich auf die Seite der vollbergriffenden Sozialisten geworfen, daß sie bei der Maßregelung der Beamten gegen die Verfassung verstoßen hat. Wir verlangen ein geheimes Wahlrecht, damit solche Vorgänge sich nicht wiederholen können. Beim Kampf um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht werden Sie die Polen auf dem Plage finden. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz ist es zu einem Wahlkompromiß zwischen dem Zentrum und den Polen gekommen. Es sollten zwei Abgeordnete der Zentrumspartei gewählt werden und zwei Abgeordnete — sagen wir einmal: der groß-polnischen Richtung. (Lebhaftes Oho! und Gelächter bei den Polen und links. Abg. Ledebaur (Soz.) ruft: Sagen wir einmal, das ist echt bürokratisch!) Es haben eine große Anzahl von Beamten verschiedener preussischer Ressorts sowie 84 Beamte der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung und ein Beamter der Reichsbank für diese Kandidaten gestimmt. (Zuruf: Das war ihr Recht!) Darauf werden wir nächst kommen. In der Stichwahl am 29. November haben 14 Postbeamte und der erwähnte Reichsbankbeamte wiederum für die beiden polnischen Kandidaten gestimmt. Diese 14 und der erwähnte Bankbeamte sowie ein weiterer Postbeamter, der noch nicht wahlberechtigt war, aber sich durch seine Agitation herbeigekannt hatte, sind

alsbald in andere Orte verlegt

worden. Dieses Verfahren deckte sich mit den Maßnahmen der preussischen Behörden gegen die ihnen unterstellten Beamten und hat die Zustimmung des Reichskanzlers gefunden. (Lebhaftes Hört! hört!) Es sind nur solche Beamte verlegt worden, die in der Stichwahl wiederum den polnischen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben, obwohl sie durch ihre Vorgesetzten mündlich darüber belehrt worden waren, (Stürmisches Hört! hört!) und bis zum Karm sich steigende Unruhe bei den Polen und links welcher Partei die polnischen Kandidaten angehört haben und in welcher Weise sie sich politisch betätigt haben und obwohl sie darauf aufmerksam gemacht waren, daß es mit der Pflicht eines Beamten unvereinbar sei, die Bestrebungen der großpolnischen Partei zu unterstützen. Die Verfügungen tragen nicht den Charakter disziplinarischer Bestrafung, sondern sie sind erfolgt

„im Interesse des Dienstes“.

(Stürmisches Lachen.) Wenn Sie mich um Auskunft bitten, dann lassen Sie mir auch die Möglichkeit, Auskunft zu geben. Also diese Beamten sind verlegt in ein Amt mit gleichem Rang und gleichem Gehalt und in Orte, in denen sie nicht Gefahr laufen können, mit der Beamtendisziplin in Konflikt zu kommen (Erneutes Lachen bei den Polen, links und im Zentrum) und in der nationalgefinnten Bevölkerung Verwirrung und Unwissen zu erregen, wie es in Kattowitz der Fall war. Im übrigen gehören die der Reichspost- und Telegraphenverwaltung angehörigen 14 Beamten, die verlegt sind, zu derjenigen Klasse von Beamten, die nach § 1 des Reichsbeamtengesetzes zwar Reichsbeamte sind, die aber nach Artikel 15 als Landesbeamte angestellt sind. Infolge dessen

alle Privatleute, die in ihrer Wohnung einen drahtlosen Empfangsapparat besitzen, bei sich zu Hause die Genüsse großer Opernaufführungen besitzen können. Am Sonnabend legte Dr. Lee de Forest die letzte Hand an das große, weittragende Radiophon, das er auf der Spitze des Gebäudes der Metropolitan Oper gebaut hat. Nach der Aussage des Erfinders ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann Musik, Theateraufführungen, Vorträge und Predigten allen Menschen in ihrem eigenen Heim oder auf Reisen zugänglich sein werden. An der Bühne der Metropolitan Oper sind die Empfangsapparate schon aufgestellt, die durch Draht mit dem großen Radiophon auf der Stoppel des Baues verbunden sind. Von hier aus werden dann Schallwellen weitergegeben und überall aufgefangen, wo Empfangsapparate aufgestellt und abgestimmt sind. Alle, die Empfangsapparate haben, werden die Musik hören. Es ist leicht, die Uebertragung so zu gestalten, daß nur die Abonnenten, die ihre Apparate mit dem geheimen System des großen Radiophons abgestimmt haben, die Musik aufnehmen können. In allen großen Hotels wird man den ersten Vorkühnungen folgen können, denn überall sind Empfangsapparate angebracht worden.“ Dr. de Forest ist überzeugt, daß von der Höhe des Baues der Metropolitan Lebensversicherung die Stimme Caruso in einem Umkreise von 200 englischen Meilen drahtlos übermitteln werden könne.

Diese technische Erfindung, die geeignet wäre, den Genuß einer Opernaufführung großen Massen zugänglich zu machen, wird nur wenigen zugute kommen, weil im kapitalistischen System weder der Nutzen der Allgemeinheit noch die technische Möglichkeit, sondern der Profit das entscheidende Wort spricht.

Notizen.

— Kunstabend. Im Schiller-Saal, Charlottenburg, findet Sonntag, den 16., abends 9 1/2 Uhr, ein Richard Strauß-Abend statt. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Max Burkhardt. — Astronomie mit Hindernissen. Die nächste vollständige Sonnenfinsternis, die am 8. Mai stattfinden wird, kann nur auf einer der Südpol-Inseln wirksam beobachtet werden. Eine astronomische Expedition wird von England aus nach Tasmanien entsandt werden, um dort das Naturereignis zu verfolgen. Kurze Zeit vorher, nämlich am 18. Mai, soll denn auch der Vorübergang des Halleischen Kometen vor der Sonnenscheibe beobachtet werden. Wo das geschehen wird, läßt sich freilich noch nicht sagen. Auch die fernste Insel Tasmanien ist noch kein hinreichend günstiger Platz für diese Arbeiten. Der Astronom wird zu Schiff eine Kreuzfahrt um etwa 100 Seemeilen südwärts unternehmen müssen, um eine günstige Beobachtungsstelle vielleicht auf irgend einem Felsenriff ausfindig zu machen.

Kleines feuilleton.

Verfallende Ortschaften. Der Einsturz des Krankenhauses von Naich in Ägypten, das mit seinen Zinsassen in einem sich öffnenden Erdschlund versunken ist, ist ein Ereignis, das in allen vom Bergbau unterwühlten Gegenden nicht zu den Seltenheiten gehört. Der ursächliche Vorgang ist dabei immer derselbe. Der vordringende Abbau der Mineralien in den Grubenfeldern schafft fortgesetzt große Hohlräume unter der Erde, die in absehbarer Zeit zu Brüche gehen und bedeutende Senkungen an der Oberfläche nach sich ziehen müssen, sobald die eben nicht für die Ewigkeit berechneten bergmännischen Zimmerungen vermorast sind. Der rationale Bergbau läßt deshalb in jedem Bergwerkshorizont ausreichend starke Gesteinspfeiler stehen, die das Hangende tragen und füllt die Hohlräume mit taubem Gestein an. Der Raubbau in vergangenen Zeiten (und bei mangelnder Kontrolle auch in der Gegenwart) sieht dem Kommen den latentlos zu, in der Hoffnung, daß die den Hohlräumen überlagernden Schichten schon in sich selbst genügende Tragfähigkeit haben werden.

Besonders gefährliche Verhältnisse entstehen, wenn im Salinenbetriebe in die erhärteten Salzlagern Wasser gepumpt wird, das später als gesättigte Lauge wieder gehoben und der Verarbeitung zugeführt wird. Selbstverständlich sind die dabei entstehenden Hohlräume nach Lage und Größe unerschöpflich und brechen häufig auch erst nach Jahrzehnten und Menschenaltern zusammen. Diese unverantwortlichen Betriebsarten, die in der Umgebung von Staßfurt und Leopoldsdahl noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geübt wurde hat die schwereren Beschädigungen zur Folge gehabt, die zuletzt im Winter von 1903 auf 1904 in Staßfurt eintraten und die zuletzt mit einem angelegten Schiffsal bedrohen. Auch in Schneidemühl im Kreise Kolmar in der Provinz Posen wurden im Jahre 1888 durch das Hervordringen einer starken Salzquelle und nachfolgende Bodensenkungen schwere Verwüstungen angerichtet. Gänzlich ungewiß ist ferner das einstige Schicksal der 7000 Einwohner zählenden galizischen Stadt Wieliczka bei Krakau, aus dessen berühmtem Salzbergwerk schon seit mehr als 1000 Jahren Salz herausgeholt wird, und wo seit alter Zeit Höhlen und Gänge bestehen, in die sich niemand mehr hineingetraut. Der deutsche Kohlenbergbau in Westfalen, Oberschlesien und in anderen Kohlenbecken ist schon lange so vorsichtig, die bauerlichen Anwesen aufzulassen, unter denen sich Höhle befinden. Sehr arg haben Bodensenkungen vor wenigen Jahren dem Bergbäuerlichen Notwend in Schwabland mitgespielt, wo die Türme und mehr als 70 Häuser versanken und sämtliche Eisenbahnhinien unsicher wurden.

haben sie zunächst den Charakter von Landesbeamten und sie haben den Dienst der preussischen Beamten geleistet, worin sie dem König von Preußen Treue und Gehorsam gelobten. Schon aus diesem etwas mehr formalen Grunde konnten die Reichsbeamten nicht anders behandelt werden, als es mit den preussischen Beamten ist. Die Beamten stehen grundsätzlich in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte den übrigen Staatsbürgern gleich. (Stürmisches Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ihre politische Betätigung erfährt gewisse Einschränkungen durch staatliche Erwägungen. Diese Einschränkungen sind nicht durchweg in einzelnen fest umschriebenen, sie sind zum Teil Folgeerscheinungen des Treueides der Beamten, aber sie sind für den Fall und das Pflichtgefühl der Beamten ungeschwer erkennbar, und sie im vorliegenden Falle zu erkennen, war auch gewiss nicht schwer.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es mit der Stellung eines Beamten unvereinbar ist, wenn er Bestrebungen unterföhrt, die in ihrem letzten Ziele gegen den Bestand des Staates gerichtet sind. (Große Unruhe bei den Polen.) Bei dem schwereren Ringen, das Preußen in seinen Ostmarken zurzeit zu bestehen hat, handelt es sich darum, ob diese Landesteile, die in harter Arbeit vieler Menschenalter zu kulturell ebenbürtigen Gliedern des deutschen Staates geworden sind, der polnisch-slawischen Kultur anheimfallen und darum auch ihrer schließlichen äußeren Lösung vom preussischen Staate entgegengeführt werden sollen. Wenn Preußen in diesem Falle nationaler Notwehr von seinen Beamten unbedingte Heterofole verlangt, so ist das sein gutes Recht und ein Akt der Selbsterhaltung. Die Beamten des Reiches aber, dessen Glieder sich zu einem ewigen Bunde zusammengeschlossen haben zum Schutze des Bundesgebietes und zur Erhaltung des in demselben geltenden Rechts, verlassen den Boden, auf dem die Reichsverfassung beruht, wenn sie Preußen in diesem Kampfe in den Arm fallen. (Bravo! rechts. Stürmisches Rufen im Zentrum und bei den Polen.)

Auf Antrag des Abg. Horn (Z.) findet eine Besprechung der Interpellationen statt.

Abg. Gröber (Z.): Der Staatssekretär hat sich die Antwort sehr leicht gemacht. Er bezeichnete die Stadtverordneten-Kandidaten, für die gestimmt zu haben den Beamten als Verbrechen angesehen wird, als „Anhänger, sagen wir mal (Heiterkeit): der großpolnischen Bewegung.“ Dabei haben die betreffenden Kandidaten sich ausdrücklich als Gegner großpolnischer Bestrebungen bezeichnet. (Hört! hört!) Der Staatssekretär sprach von „Belehrungen“, die zwischen der Haupt- und Stichwahl den Beamten von ihren Vorgesetzten zuteil geworden seien. Solche „Belehrungen“ brauchen die Beamten nicht, wohl aber diejenigen, die die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten antasten. (Sehr gut! im Zentrum, bei den Polen und Sozialdemokraten.) Dann sagt der Staatssekretär: Es waren keine Strafverurteilungen, sondern „Verurteilungen im Interesse des Dienstes“. Was heißt das? Was hat der Postdienst damit zu tun, wie der Postbeamte bei Stadtverordnetenwahlen stimmt? (Sehr gut! im Zentrum und bei den Polen.) Uebrigens trifft es nicht zu, daß keinem der Betroffenen wirtschaftliche Nachteile erwachsen sind. Diese Leute werden nicht hinausgemergelt wie die Kanalreißer (Sehr gut! und Heiterkeit), deren Mergelung ich natürlich ebensowenig billige. In keinem Gesetz, nicht im Wahlgesetz, nicht in der Verfassung steht, daß die Beamten ihr Wahlrecht nur nach dem Wohlgefallen ihrer Vorgesetzten ausüben dürfen. (Sehr wahr! im Zentrum, bei den Polen und Sozialdemokraten.) Dann wäre es besser, den Beamten überhaupt kein Wahlrecht zu geben. Ein Wahlrecht ist nichts ohne Wahlfreiheit! (Lebhafte Beifall im Zentrum, bei den Polen und Sozialdemokraten.) Wenn Privatunternehmer ihren Untergebenen vorschreiben, wie sie zu wählen haben, so bezeichnet man das mit Recht als schamlos!

(Lebhafte Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Sollen die Beamten allen Schwankungen der Regierungspolitik folgen? Wir kennen doch den Zirkular. Es ist gerade eine Untergrabung der Beamtenautorität, wenn man ihnen zumutet, alle Schwankungen und Wendungen der Regierungspolitik mechanisch, willenlos mitzumachen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Wenn der jetzige Reichsminister die Kattowitzer Vorgänge gutheißt, dann geht er noch hinter die schlimmste preussische Reaktionszeit zurück. Selbst der berrufene Minister des Innern von Besenhausen in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts gab wenigstens noch Wahlfreiheit zu. In den 60er Jahren war es der bekannte Landrat, nachherige Minister v. Puttkamer, der alle Beamten, die für die Fortschrittspartei stimmen würden, als „Feinde des Königs“ bezeichnete und mit Disziplinarstrafen bedrohte! (Lebhafte Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) So war es im Preußen der schlimmsten Reaktion. Im Reich dagegen hat bisher eine andere Auffassung geherrscht. Bismarck hat in offener Reichstagsitzung erklärt, daß er niemals die Hand dazu bieten werde, die Ausübung des Wahlrechts seitens der unpolitischen Beamten zu beeinträchtigen und daß auch den politischen Beamten nur die Agitation gegen die Regierung verboten sei. (Lebhafte Hört! hört! im Zentrum.) Und der Minister des Innern v. Puttkamer erklärte, daß er den jungen Landrat v. Puttkamer gern preisgeben (Heiterkeit) und daß sein damaliges Vorgehen ungeschicklich gewesen sei! (Lebhafte Hört! hört!) Jetzt aber mahnt man Beamte sogar bei unpolitischen Kommunalwahlen und beweist damit, daß auch bei Kommunalwahlen die öffentliche Stimmabgabe abgeschafft werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Heinze hat in der Etatsdebatte die Maßregelungen von Kattowitz gebilligt. Herr v. Bennigsen hat über Nachfolger gefunden (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum), denn Herr v. Bennigsen ist die billige solche Maßregelungen, wobei freilich nicht zu vergessen ist, daß damals die Erinnerung an die eigenen Maßregelungen der Liberalen noch frisch war. Nicht ein zu Lebzeiten oder zu Bedienten herabgedrückter, zur Heuchelei und Streberei erzogener, sondern nur ein selbstbewußter, seine staatsbürgerlichen Rechte frei betätigender Beamtenstand kann seine hohen Aufgaben gerecht werden. (Bravo! im Zentrum.) Daher glauben wir, den Interessen des Vaterlandes und der Monarchie am besten zu dienen, wenn wir den Reichsminister auffordern, die rechtswidrigen Maßregelungen rückgängig zu machen. (Stürmisches Beifall im Zentrum.)

Abg. Heinze (natl.): Der Staatssekretär sagte, es habe sich in Kattowitz um großpolnische Agitation gehandelt. (Rufe: „Sagen wir mal!“ Stürmisches Heiterkeit.) Das polnische Reich ist Ende des 18. Jahrhunderts untergegangen. (Rufe: „Gott, wie neu!“ Heiterkeit.) Damit müssen die Polen sich abfinden. Trotzdem wählen sie sich in erster Linie nicht als Russen, Deutscher, Deutsche, sondern als Polen, als Angehörige eines unter diese drei Reiche verteilten Reiches. Das zeigt deutlich ihre Presse in Polen, in Westfalen, in ... (Rufe bei den Polen: In Amerika!) Ja, auch in Amerika. (Stürmisches Heiterkeit bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Ueberall finden sich die Angriffe der polnischen Presse vornehmlich gegen das Deutsche Reich. Die Verherrlichung des Deutschen Reiches ist die Hoffnung der Polen. (Hört! bei d. Soz.) Wer ein offenes Auge hat, der muß von der Gefährlichkeit der polnischen Agitation überzeugt sein. (Sehr wahr! bei den National-Liberalen.) Wir können unter keinen Umständen dulden, daß an unserer gefährdeten Ostgrenze Millionen von Menschen Tag für Tag in solcher Weise gegen das Deutschum angehetzt werden. Ueberall hat sich in den letzten Jahrzehnten aus einem rüstigen Lande zu einem stark industriellen entwickelt. Damit haben sich dort starke soziale Gegensätze entwickelt, und künstlich sind dann noch seitens der polnischen nationalen Gegensätze hineingetragen. Angesichts all dieser Zustände ist es Pflicht jedes national Gesinnten, in Oberflächlichem zum Deutschum zu halten. Der Fehler des Zentrums in Kattowitz war, daß es ausgeproben polnische Kandidaten auf seine Liste nahm und dadurch seine Anhänger zwang, sie Kandidaten zu stimmen, die im innersten Grunde Feinde des preussischen Staates sind. Aus diesem Grunde trägt das Zentrum die Hauptschuld an den Maßregelungen. (Rufen im

Zentrum.) Wir begrüßen es, daß diese Interpellationen Klarheit im Volke verbreiten werden über die Ziele der Polen und die Hilfe, die das Zentrum ihnen gewährt. (Lebhafte Bravo! bei den National-Liberalen, Hohen im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. Henning (L.): Wir haben mit dem Zentrum viele Verzehrungspunkte in wirtschaftlicher und ärztlicher Beziehung und bedauern sehr, daß es sich in Kattowitz in ein Bündnis mit den Polen eingelassen hat. Wir werden nach wie vor alle Regierungsmaßnahmen unterföhren, die auf eine energische Vertretung der Interessen des Deutschums hinführen. Es sind auch früher schon Maßregelungen vorgekommen. Konservative höhere Beamte sind gemahregelt worden. (Große Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. Rufe: „Hinausgemergelt!“) Es ist auch die Frage erlaubt, ob Kattowitz ein solches Paradies ist, daß es so eine große Strafe ist, von dort weggeführt zu werden? (Heiterkeit. Rufe: „Unglaublich!“)

Staatssekretär des Reichspostamts Kretsch:

Was soll denn daraus werden, wenn Beamte ungestraft für großpolnische Kandidaten stimmen dürfen? Da muß doch alle Autorität schwinden! (Große Heiterkeit beim Zentrum und den Sozialdemokraten.) Beamte, die für das Zentrum gestimmt haben, sind nicht verurteilt worden, sondern nur solche, die für polnische Kandidaten gestimmt haben. (Rufe vom Zentrum: Aber im Westen dürfen Postbeamte sozialdemokratisch wählen!) Daß Postbeamte in Breslau, Dortmund usw. sozialdemokratisch gewählt haben, ist mir amtlich nicht bekannt. (Rufen im Zentrum.)

Die betreffenden Leute sind durchweg noch sehr schönen, angenehmen Orten (Rufen im Zentrum) mit katholischen Kirchen und Schulen versehen worden. Nur zwei Beamte haben sich in Einlagen gegen die Verlegungsorte gewandt. Die Beamten, die von Kattowitz nach anderen Orten verlegt worden sind, sind verlegt worden, weil das Interesse des Dienstes es so verlangte. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen. Unruhe, Lachen und Rufen bei den Polen, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück:

Das Recht der absolut freien Betätigung der Beamten auf politischem Gebiete findet seine Beschränkung in den Rechten, die dem Staate zuziehen auf Grund des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses, in das der Beamte zum Staate tritt. Das Ausschließungsrecht des Staates erstreckt sich auf die gesamte dienstliche und außerdienstliche Tätigkeit des Beamten, soweit sie in Beziehung tritt zu den Aufgaben des Staates. Diese Beschränkungen werden dem Beamten nicht willkürlich auferlegt, der Beamte wird nicht wie der Staatsbürger als solcher geboren, er tritt freiwillig in sein Dienstverhältnis ein (Lachen links). Sehr richtig! rechts) und unterwirft sich damit selbstverständlich den ihm bekannten Beschränkungen. Er übernimmt sie auch nicht umsonst, denn das Beamtenverhältnis bringt für ihn eine Reihe äußerer Ehren mit sich, eine vorteilhafte Stellung im öffentlichen Leben und eine gesicherte materielle Stellung. Das gilt für unmittelbare und mittelbare Beamte grundsätzlich. Wie weit im einzelnen Falle mit dieser Beschränkung zu gehen ist, das hängt davon ab, ob die Tätigkeit im einzelnen Falle gegen den Staat gerichtet ist. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Was ist der Staat?) Der Staat hat die Aufgabe, die Interessen der Gesamtheit nach Maßgabe des bestehenden Rechts zu vertreten und die Tätigkeit der Beamten zu beschränken, wenn sie im Widerspruch steht mit den öffentlichen Interessen. Ist die Verletzung der Beamten eine schwere, so ist auf disziplinarem Wege gegen sie vorzugehen. Liegt der Fall milder, so ist der Beamte in seiner jetzigen Stelle nicht mehr zu verwenden, so wird er versetzt im Interesse des Dienstes. (Lebhafte Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten und Polen.) In dieser Verlegung liegt kein Nachteil für die Beamten, in der Mehrzahl der Fälle vielmehr ein Vorteil.

Es ist darauf hingewiesen, daß die preussische Regierung weitherziger und milder gewesen sei als die Reichsregierung. Das ist nicht richtig. Das kann ich versichern, der ich eine 30jährige Beamten-tätigkeit hinter mir habe. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das merkt man! Hr. Heiter.) Ist nun die polnische Bewegung für den Staat so gefährlich, daß er zu den geschiederten Maßnahmen greifen muß? Wenn man die wachsende Animosität der polnischen Bevölkerung gegen das Deutschum verfolgt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß man im politischen Lager das nationale Kulturbewußtsein aufrecht erhalten und fördern und das nationale Band, das die Bevölkerung des ehemaligen Königreichs Polen umschlingt, nicht schwächen, sondern stärken will.

Nun zu der Kattowitzer Frage; sie kann nur im Zusammenhang mit der ganzen politischen Situation beurteilt werden. Auf die kommunalen Behörden sind weitgehende staatliche Rechte übertragen, und in Zeiten hochgehender Erregung kann die Regierung Wert darauf legen, daß in den staatlichen Kollegien Männer mit nationaler Gesinnung sitzen. (Unruhe im Zentrum und h. d. Polen.) Die beiden politischen Herren, um die es sich handelt, sollen großpolnische Agitation nicht betrieben haben. Aber beide gehören Vereinen an, welche Hauptträger der Agitation sind, und deshalb werden Sie das Recht der Staatsregierung zu ihrem Eingreifen nicht bestreiten können. (Lebhafte Zustimmung bei den National-Liberalen und rechts.) Herr Korsantj behauptete, die Polen würden gemergelt, zurückgedrängt und zu Heloten gemacht. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die Polen arbeiten viel mit der Gewichte, sie über-schlagen aber die 100 Jahre, die zwischen der Okkupation und der heutigen Zeit liegen. (Abg. Korsantj: Die haben wir sehr wohl im Gedächtnis!) Auf Oberflächlichem gehe ich nicht ein, das ist altes deutsches Land, das außerhalb der großpolnischen Bewegung gefunden hat; erst seit Anfang der 60er Jahre ist sie dorthin übertragen. Westpreußen und Polen sind die Herde dieser Bewegung. Westpreußen war vor der Okkupation ein verwöhntes Land mit verfallenen Städten, heute sehen wir dort lockende Pluren, blühende Dörfer und Städte. Die preussische Verwaltung hat diesem Lande Gesehe und Freiheit, Ruhe und Bildung gebracht. (Bravo! rechts.) Wenn die Polen diese Ruhe jetzt benutzen, um Waffen gegen ihren Wohltäter zu schmieden, so hat der preussische Staat das Recht und die Pflicht, sich dagegen zu schützen. Preußen würde seine Traditionen aufgeben, wenn es die Früchte seiner Arbeit in den Ostmarken aus der Hand geben würde. (Lebhafte Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Hierauf verlegt sich das Haus.

Spanische Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp. zur Geschäftsordnung): Um kein Präjudiz einzutreten zu lassen, muß ich gegen die ganz auffallende ungewöhnliche Redeordnung, welche heute zur Einführung gelangt ist, namens meiner Parteigenossen Widerspruch erheben. Sie steht in schärfstem Widerspruch zu der Redeordnung, die seit vielen Jahrzehnten hier üblich gewesen ist. Es war bisher Gepflogenheit, daß bei Interpellationen nach dem Interpellanten erst alle anderen Parteien zum Wort kamen, während heute Herr Gröber zuerst in der Diskussion sprach. Wir haben alle Ursache, gegen diese auffallende neue Praxis schon jetzt zu protestieren. (Bravo! links.)

Abg. Baffermann (natl.): Auch ich möchte namens meiner politischen Freunde den Herrn Präsidenten bitten, zunächst die frühere Gepflogenheit wieder herzustellen. Nach der Geschäftsordnung sollen ja die Redner nach der Reihenfolge der Meldung das Wort erhalten. Das ist schwer zu handhaben und ist auch nicht gehandhabt worden. Es hat sich das Gewohnheitsrecht herausgebildet, daß die Meldungen bei den Schriftführern erfolgen und der Herr Präsident numeriert die Redner, und zwar so, daß meist die wichtigsten Fragen stets die Fraktionen der Reihe nach gemäß ihrem Stärkeverhältnis zu Worte kommen. Diese Gepflogenheit entspricht auch durchaus der Billigkeit und Gerechtigkeit. (Sehr richtig! links.)

Abg. Gröber (Z.): Es ist ein Irrtum, daß immer nach der Stärke der Fraktionen das Wort erteilt wurde. Ich erinnere an die Interpellation über die mecklenburgische Verfassung.

Abg. Singer:

Wenn Herr Gröber sich auf die mecklenburgische Interpellation bezieht, so ändert das nichts an der Tatsache, daß früher Jahre hindurch die von den beiden Herren Vordröben geschiederte Gepflogenheit geherrscht hat. Es mag ja sein, daß bei der neuen Vordröben die Sache anders geworden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Jedenfalls bezweifle ich, daß für den Fall, daß der alte Vordröben bestände, ebenso verfahren worden wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Haus hat auf jeden Fall ein dringendes Interesse daran, daß zu der früheren Praxis zurückgekehrt wird. Wenn eine Fraktion in der Weise begünstigt wird wie heute, ist das eine Ungerechtigkeit ersten Ranges (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), zumal angesichts der Tatsache der beschränkten Diskussion — man hat ja früher auch nie daran gedacht, daß Interpellationen an einem Tage erledigt werden müssen, das ist auch erst eine Frucht der letzten Jahre. Ich bitte also den Herrn Präsidenten, die beiden anderen Herren Präsidenten von unserem Wunsche zu unterrichten: daß zu der alten Gewohnheit zurückgekehrt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Weinigen (fr. Sp.) zur Geschäftsordnung: Der Angriff des Abg. Singer gegen den alten Vordröben war unzeitgemäß. Wir haben nur protestiert, um kein Präjudiz schaffen zu lassen. Es bezieht die feste Gewohnheit im Reichstag, daß hinter den Interpellanten alle Parteien zu Wort kommen, ehe wieder ein Vertreter der Partei des Interpellanten das Wort ergreift.

Abg. Rudan (fr. Sp.): Ich mache den Abg. Singer darauf aufmerksam, daß die Interpellationen nicht stets nur einen Tag beansprucht haben, z. B. hat die Interpellation wegen der Bergarbeiter zwei Tage gedauert.

Abg. v. Dziembowski (Pole) widerspricht der Auffassung von Müller-Weinigen, da dann der Interpellant keine Gelegenheit habe, auf die Antwort der Regierung zu antworten.

Abg. Baffermann (natl.) bemerkt, daß Graf Vallestrem die Auffassung Dr. Müller-Weinigen geteilt habe, und bittet, zu dieser Gepflogenheit zurückzukehren.

Abg. Gröber (Z.) bittet die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen.

Vizepräsident Dr. Spahn: Als mir die Wortmeldungen übergeben wurden, standen dort nur die Namen Henning, Gröber, Heinze, Lattmann. Zugleich wurde mir mitgeteilt, daß die Herren Heinze, Gröber und Henning sich darüber verständigt hätten, daß zuerst Herr Gröber, dann Herr Heinze und dann Herr Henning sprechen. Da ich damals noch gar keine anderen Wortmeldungen hatte, konnte ich nur so verfahren wie gesehen. Ich bitte die Herren Abgeordneten, welche sprechen wollen, sich so zeitig zu melden, daß die Feststellung der Rednerliste erfolgen kann, ehe von dem Präsidenten bereits irgend eine Zusage an einen der Herren erteilt ist.

Abg. Heinze (natl.): Dem Herrn Präsidenten muß ein Mißverständnis unterlaufen sein; ich habe ihm nur mitgeteilt, daß Herr Henning und ich sich verständigt hätten. Mit Herrn Gröber habe ich gar nicht gesprochen. (Hört! hört!)

Abg. Henning (L.): Ich muß das bestätigen. (Wiederholtes Hört! hört!)

Vizepräsident Dr. Spahn: Dann ist allerdings eine Inkorrektheit vorgekommen, aber das Ergebnis dieser Besprechung war, daß die Reihenfolge so festgesetzt wurde wie gesehen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Besprechung der Interpellation. Justizgehees.)

Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus dem Seniorenkongress des Reichstages.

Der Seniorenkongress des Reichstages entschied sich am Mittwoch über die Kontingentierung der Geschäfte, damit der Etat noch vor Ostern zur Verabschiedung gelangen kann.

Die früher festgelegten Ferientage werden beibehalten. Die ersten sittingsfreien Tage werden vom 22. bis 24. Januar reichen.

Für die Veratung aller Angelegenheiten bis Ostern stehen dem Reichstage 50 Tage zur Verfügung. Davon sind berechnet:

Auf die vorliegenden Interpellationen sowie auf die Strafprozeß-ordnung, die Novelle zum Strafgesetzbuch und das Gesetz über die Haftung der Beamten acht Tage. 35 Tage werden auf die zweite Veratung des Etats gerechnet.

Von diesen 35 Tagen sind neun Tage für die Veratung des Reichsamts des Innern vorgelesen. Wenden für die dritte Lesung des Etats zwei Tage und für Unvorhergesehenes fünf Tage.

Die Strafprozeßordnung soll an eine Kommission von 28 Mitgliedern gehen.

Die Usambarabahn.

In der Mittwochssitzung der Budgetkommission wurde über die von der Reichsregierung geforderte Weiterführung der Eisenbahn von Vohlo nach Moschi in Ostafrika beraten, die das Kilimandscharo- und Ruwengebiet erschließen soll. Die Baukosten sind auf 12 1/2 Millionen veranschlagt, wozu noch anderthalb Millionen für den Ausbau des Hafens in Tanga kommen. Die Mittel sollen, wie üblich, durch Anleihe aufgebracht werden. Die Bauzeit ist so veranschlagt, daß die Eröffnung der 173 Kilometer langen Strecke am 1. April 1913 erfolgen kann. Staatssekretär Dernburg versuchte in längerer Rede nachzuweisen, daß die Bahn notwendig und daß sie auch rentabel sein würde. Durch den Bau der Bahn würden viele Landstrassen dem Verkehr erschlossen werden. Zur Bräufung der für den Bau und die Rentabilität in Frage kommenden Verhältnisse hat unter der Führung des Unterstaatssekretärs von Lindemann eine Kommission die Strecke bereist und ist angehängt zu der Uebersetzung gelangt, daß die Verhältnisse für den Bau und Betrieb sehr günstig liegen. In einer der Forderungen beigegebenen Denkschrift wird jedoch zugegeben, daß weder in Ostafrika-Ostafrika, noch in den deutschen Schutzgebieten hinreichend lange Eschafungen über die Einflüsse des tropischen Höhenklimas auf die weiße Bevölkerung und die Entwicklung ihrer Ansiedlungen vorliegen!

Was die wirtschaftliche Seite der Frage anbetrifft, so ist auch hier natürlich alles auf das Beste bestellt. Der Betrieb wird an die Privatgesellschaft Lenz, die auch die bereits in Betrieb befindliche jehische Stammstrecke in Vohlo hat, verpachtet. Die Gesellschaft verpflichtet sich, in den ersten fünf Jahren jährlich mindestens 700 000 Mark Nacht zu zahlen. Bleibt aber der Betriebsergebnis der Gesellschaft unter dem Mindestpachtzins, so zahlt das Reich den fehlenden Betrag darauf. Herr Dernburg tröstet sich damit, daß die zu deckenden Fehlbeträge durch die erhöhten Einnahmen wieder einkommen werden, und daß durch die stärkere weiße Besiedelung der militärische Schutz, der heute gegenüber den Wassa notwendig sei, dann etwas vermindert werden könne.

Am Donnerstag wird in der Kommission die Entscheidung fallen. Daß sie nach dem ihr vorgelegten mehr als dürftigen „Material“ und nach den zum Teil recht widersprüchlichen Begründungen glatt zustimmt, halten wir für ausgeschlossen.

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Gemeindevorsteher.

In dem Koburgischen Dorf Hasenberg ist ein Parteigenosse zum Gemeindevorsteher gewählt worden.

Wenn Sozialdemokraten gewählt werden...

In Korbach sind bei den letzten Stadtverordnetenwahlen zum erstenmal in der dritten Abteilung vier Sozialdemokraten ins Stadtparlament gewählt worden. Um diese

Schmach von der recht „feudalen“ Stadt abzuwenden, kamen die Bürgerlichen darauf, wie die Mandate zu kassieren seien und mit Unterstützung der freisinnigen Stadtväter kam man bald auf den rechten Weg. Seit vielen Jahren gewährt in Merseburg die Auslegung der Listen nicht nach Abteilungen, sondern insgesamt. Niemand nahm daran Anstoß, also arbeitete man auch diesmal nach diesem Muster. Nun aber die Listen gewählt wurden, ist das plötzlich der Stein des Anstoßes. Mit allen gegen eine Stimme wurden von den freisinnigen Stadtvätern die sämtlichen Wahlen kassiert, denn die erste und zweite Abteilung sind natürlich „fälschlich“. Bei der Ungültigkeitserklärung bedauerten die freisinnigen Mandatsträger, so handeln zu müssen. Natürlich!

Unsere Toten.

Am Montag früh starb in Gießen der langjährige Kreisvertrauensmann der Partei, der Drechsler August Bod. Der Verstorbene kam Ende der 70er Jahre nach Gießen, wo er sich während der Wahlbewegung von 1878 der Partei angeschlossen, für die er seitdem unermüdet tätig war, ebenso für die Gewerkschaftsbewegung. Lange Jahre war er Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die rote Fahne auf dem Hambacher Schloß.

Am Abend der Stichwahl in Neustadt-Landau wollte Parteisekretär Genosse Profit aus Anlaß des erlangenen Sieges eine rote Fahne auf den Turm der Ruine hissen. Er und einige andere Genossen, die mit ihm auf das Schloß hinaufgewandert waren, wurden überfallen. Die Folge war eine Anklage wegen erschwerter Hausfriedensbruchs. Profit wurde von dem Schöffengericht Neustadt zu 8 Tagen, die anderen sechs Angeklagten zu je 7 Tagen Gefängnis verurteilt.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Landgericht Frankenthal als Berufungsinstantz behielten die Genossen Profit und Scharfenberger ihre Strafe von 8 resp. 7 Tagen, die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Jugendbewegung.

Wird der „Nationale Jugendbund“ für politisch erklärt werden?

Da die freie Jugendorganisation Berlins vom Polizeipräsidenten für politisch erklärt wird, so darf man gespannt sein, was dem „Nationalen Jugendbund“ zu Potsdam geschehen wird. In diesem Verein, der eine Gründung der Konserwativen ist, hielt der Gymnasiallehrer Dr. Kassow einen Vortrag über „Weltpolitik“. In dem Vortrag waren besonders „höhere“ und Fortbildungsschüler eingeladen. Es entsteht nun die knifflische Frage, ob Weltpolitik — Politik ist! Die Antwort ist leineswegs so selbstverständlich, wie der verehrte Leser denken mag. Denn die Zeitung des „Nationalen Jugendbundes“ hat das Vortragsthema offenbar nicht für politisch gehalten, denn nach ihrer Versicherung bei der Gründung soll im Verein keine Politik getrieben werden. Und die Polizei ist vielleicht derselben Meinung wie die Bundesleitung, denn sonst wäre sie doch rechtzeitig dreingefahren. Oder sollte sie erst nachträglich einschreiten? Nun, wir werden ja sehen und also wohl auch noch erfahren, ob nach der maßgebenden Ansicht der Polizei Weltpolitik Politik ist oder nicht.

Aus Industrie und Handel.

Die Scharfmacher und der gefährdete Profit.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat an seine Mitglieder ein Schreiben gerichtet, in welchem er darauf hinweist, daß Behörden bei Submissionen die Anwesenheit eines Reverses verlangen, worin die an der Submission sich beteiligenden Firmen erklären, daß sie weder einem Kartell, noch einem Syndikat angehören, und ferner, daß sie keine Abmachungen zum Schaden der Staatskasse mit anderen Kontrahenten getroffen haben. Der Zentralverband wünscht nun, daß ihm die Mitglieder, an die solche Forderungen gestellt worden sind, schleunigst Auskunft geben, damit zu der Sache Stellung genommen werden kann.

Wenn die Behörden solche Bestimmungen in die Submissionsverträge einfügen, so handeln sie damit im Interesse der Kaffe des Reiches, die nicht dazu da sein kann, von einer Anzahl profitlister Unternehmer einfach ausgebeutet zu werden. Allem Anschein nach wollen die Zentralverbänder jedoch „oben“ darauf hinwirken, daß den Behörden verboten wird, solche Reverses vorzulegen. Und da die Herren in Wirklichkeit kommandieren, wird das von ihnen verlangte Verbot wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Getreidepreise.

Die Getreidepreise sind im Jahre 1909 noch sehr kräftig in die Höhe gegangen. Der Weizenpreis stellte sich im Durchschnitt pro Doppelzentner auf 22,48 M., während er im Jahre 1908 20,40, im Jahre 1907 20,48 M. betragen hatte. Im Jahre 1908 betrug der durchschnittliche Weizenpreis nur 17,72 M. Der Umsatz an Weizen stellte sich im Jahre 1909 an den kleineren deutschen Fruchtmärkten auf 1 078 148 Doppelzentner. Bei Spelz belief sich der Durchschnittspreis im Jahre 1909 auf 23,59 M. pro Doppelzentner; er hatte im Jahre 1908 21,02, im Jahre 1907 21,58 M. betragen. Der Umsatz betrug im Jahre 1909 130 288 Doppelzentner. Bei Roggen stellte sich der Durchschnittspreis im Jahre 1909 bei einem Umsatz von 1 805 320 Doppelzentnern auf 16,63 M. gegen 17,75 M. im Jahre 1908. Somit hat der Jahresdurchschnittspreis eine kleine Ermäßigung erfahren. Der Umsatz an Hafer bezifferte sich im Jahre 1909 auf 699 808 Doppelzentner, der Durchschnittspreis für den Doppelzentner betrug 17,01 M., während er im Jahre 1908 15,00 M. betragen hatte. Der Durchschnittspreis für Gerste belief sich im Jahre 1909 auf 16,30 M. pro Doppelzentner; er hatte im Jahre 1908 16,24 M. betragen. Dem Durchschnittspreis von 1909 lag ein Umsatz von 425 470 Doppelzentnern zugrunde.

Kalklager in China.

Nichts konnte zu den schwebenden Verhandlungen über die Zukunft der deutschen Kalkindustrie gelegener kommen, als die Nachricht, daß in China Kalklager gefunden seien, deren Beschaffenheit einen Abbau lohnen soll. Die Phrase von der Verschleuderung der Kalkschätze wird dadurch hinfällig. Die Kalklager bieten, genau so wie die Kohlenlager, den größten Nutzen, wenn sie so schnell als möglich abgebaut werden. An eine Erschöpfung ist bei ihrem Umfang in absehbarer Zeit gar nicht zu denken. Der Wert solcher Kalkschätze hängt lediglich von ihrer Verwendungsmöglichkeit ab. Diese ist aber großen Schwankungen ausgesetzt. Was würden wir für ein Urteil über unsere Vorkommen fällen, wenn diese vor hundert Jahren Wasserfische geächtet oder nur die lebenden gebohrt hätten, in der weiten Voransicht, die Beleuchtung auf Jahrhunderterte mit Tranlampen zu ermöglichen? Auch wird die Meinung unserer Nachfahren lauten, wenn sie erfahren, daß wir die Kalkschätze gespart haben, um sie nutzlos in der Erde zu lassen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß im Laufe einer hundertjährigen weiteren Entwicklung billigere Dämmmittel entdeckt werden. Dann liegt das Kali wertlos in der Erde. Verbilligung des Kali verschafft bessere Ernteerträge und erweitert den Arbeitsmarkt.

Der Aufsichtsrat des Kalksyndikats hat in einer Sitzung am Dienstag beschlossen, die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Verantwortlichen Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

amerikanischen Interessenten in New York abzulehnen und den Delegierten des Syndikats die Heimreise anzurufen.

Verband des Stahlwerkverbandes. Der Verband an Produkten A betrug im Dezember 1909 400 840 t Rohstahlgewicht gegen 390 335 t im November 1909 und 368 491 t im Dezember 1908. Der Verband ist also 19 485 t höher als im November 1909 und 31 349 t höher als im Dezember 1908. Von dem Dezemberberand entfallen auf Halbzeug 152 673 t (190 480 t im November 1909 und 108 763 t im Dezember 1908), auf Eisenbahnmaterial 156 315 t (153 265 t im November 1909 und 188 479 t im Dezember 1908) und auf Formeisen 100 852 t (106 610 t im November 1909 und 66 259 t im Dezember 1908).

Preissteigerung. Den Streik der englischen Vergarbeiter haben die dortigen Kohlenverarbeiter schon zu einer ansehnlichen Verteuerung der Brennmaterialien benützt. Den deutschen Kohlenbaronen würde es sehr in den Kram passen, wenn sie gerade jetzt ebenfalls einen Streik provozieren könnten. Eine bessere Gelegenheit, trotz der enormen Kohlenvorräte, eine mächtige Erhöhung der Preise zu erzielen, könnte es für sie gar nicht geben.

Milchrieg in Stuttgart.

Der Milchpreis, der in Stuttgart bisher 20 Pf. für das Liter betrug, sollte auf 21 bezw. 22 Pf. gesteigert werden. Die Veruche der Partei und der Gewerkschaften, die Milchhändlervereinigung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen diese vom Bund der Landwirte inszenierte Preissteigerung zu bewegen, schlugen fehl. Die Händler machten gemeinsame Sache mit den Agrariern. Die Stadtverwaltung, von der Arbeiterschaft zum Eingreifen aufgefordert, ließ durch den Mund des Oberbürgermeisters erklären, daß sie eine Pflicht dazu nicht anerkennen könne. Aber ein Referat über die Frage könnte gehalten werden. Auf das stadträtliche Referat wartet die Bevölkerung heute noch. Die Partei und Gewerkschaften haben sich gezwungen, selbständig vorzugehen. Eine Einschränkung des Milchverbrauchs wurde empfohlen und durchgeführt. Sodann gelang es, größere Mengen Milch besser Qualität anderweitig zu beschaffen. In Verbindung mit einem Großunternehmer wurde der Vertrieb organisiert. Jetzt schon erhält ein großer Teil der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder die Milch zu 19 Pf. das Liter, also billiger als früher. Durch Erschließung neuer Milchquellen ist es möglich geworden, den Vertrieb auf ein immer größeres Gebiet der Stadt auszuweiten. Die Milchhändlervereinigung hat bereits den Milchauflauf wieder rückgängig machen müssen. Ein Teil liefert bereits unter dem alten Preis, auch zu 19 Pf. Die anderen werden nachfolgen müssen, ob sie wollen oder nicht. Die von der Partei und den Gewerkschaften besorgte Milch steht unter strenger Kontrolle bester Qualität und Reinheit, so daß mit der Verbilligung zugleich eine Qualitätsverbesserung erzielt, der Milchproduzenten wirksam entgegen gearbeitet wurde. Die Milchproduzenten erleiden nun, statt der erhofften 800 000 M. Mehrgewinn jährlich, um die die Stuttgarter Bevölkerung neu geschöpft werden sollte, eine Mindereinnahme von 400 000 M. Die Stuttgarter Bevölkerung aber ist mit diesem Ausgang des Milchkrieges sehr zufrieden.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Drohung.

die sich schrecklich anhört, hat die Gründerin und Führerin der „liberalen Frauenpartei“, Fräulein Wischniewska, in einer Berliner Versammlung ausgestoßen. Mit Bezug auf die verächtliche Behandlung der bürgerlichen Frauen in dem liberalen Einigungsprogramm rief sie emphatisch aus: „Die Frauen verlangten alle politischen Rechte, sonst würden sie — man denke! — zur sozialdemokratischen Partei übergehen.“ — Die Haltung der Liberalen den modernen Frauenforderungen gegenüber ist heute dieselbe, die sie immer war. Nichts hat sich geändert. Fräulein Wischniewska aber hat es noch kürzlich bei den Schöneberger Stadtverordnetenwahlen fertig bekommen, sich mit aller Macht für einen liberalen Kandidaten ins Zeug zu legen, der für ihre Bestrebungen nur offenen Hohn und Spott übrig hatte. Wenn sie jetzt mit einmal die fittlich Entschlossene münd, so macht sich das höchst komisch. Die Liberalen kennen überdies ihre frauenrechtlerischen Vappenhelmer, denen sie schon unzählige Fußtritte verleihten, ohne den immer erneuten Liebeswerbungen der Damen entrinnen zu können. Der waschechte Liberalismus begegnet deshalb auch der Drohung seiner bisherigen allergeharnschten Schlepptreuerin erklärlerweise nur mit dem Gefühl abulter Würfschichtigkeit.

Die Drohung ist übrigens nichts weiter als ein „Bluff“ frei nach Kuprecht von Kanfern, der, wenn „oben“ nicht alles nach dem Willen der Agrarier ging — gelegentlich auch mit dem Sozialdemokratisch werden drohte, womit es ihm natürlich ebenso wenig ernst war wie seiner Imitatorin.

Inzwischen hat Fräulein Wischniewska Aufregung sich merklich abgeflacht, wie aus ihrer neuesten „Kundgebung“ an die Vorhände der drei liberalen Parteien hervorgeht. Da versichert sie im Schlußplaus, daß sie und ihre sogenannte Partei dem Liberalismus treu ergeben seien, wie sie stets und vor allem in so manchen Wahlschlüssen bewiesen hätten, ferner: daß sie der Wiebergeburts des Liberalismus als Hoffende gegenüberstünden. Ihre mündliche Drohung aber hat sich auf dem Papier zu der schärfsten Beschönigung verflüchtigt, daß sie auf einbringlichste vor der neuen Fassung des Programms warne, „weil es jede denkende und sich selbst achtende Frau von der Schwelle der Partei fortweise“. Das schrieb die Führerin der liberalen Frauenpartei kurz, nachdem Herr v. Bayer auf der Stuttgarter Parteikonferenz der Volkspartei unter tosendem Gelächter der Versammelten (siehe „Vorw.“ Nr. 6, 1. Seite, „Das Ende einer Partei“) die Gleichberechtigungsforderungen der bürgerlichen Frauen gramfam verhöhnt und dem Populifer überantwortet hatte.

Wenn die liberalen Frauen nun noch weiter hoffen, daß der Liberalismus ihre Wünsche erfülle, so ist ihnen nicht zu helfen, sie erhalten nur die Behandlung, die sie verdienen.

Humanität und Geschäft.

Aus New York wird nach einer Mitteilung des „New York Journal“ berichtet, daß Fräulein Anna Morgan, die Tochter des bekannten Millionärs Morgan, infolge ihrer während des Streiks der Klusenarbeiterinnen gemachten Erfahrungen sich entschlossen habe, eine Fabrik zur Untertigung von Klusen zu errichten. Der Betrieb in dieser Fabrik soll in jeder Hinsicht musterhaft sein. Fräulein Morgan, die eine führende Rolle im Streik gespielt hat, ist davon überzeugt, daß es diesen Arbeiterinnen sehr schwer fällt, sich eheich durchzuschlagen. Sie hat eine große Anzahl Damen ihrer Gesellschaftsklassen für das Projekt einer Klusenfabrik für Klusen interessiert, in der Mädchen, die der Union angehören, beschäftigt werden sollen. Das Kapital der neuen Gesellschaft wird 5 Millionen Mark betragen. Da die Streikenden die besten Klusenarbeiterinnen des Landes sind, so sind die Organisatoren fest davon überzeugt, daß sie mit dem neuen Establishment, das sich gegen die unmierten Klusenarbeiterinnen richtet, konkurrieren können.

Die Spekulation des Fräuleins, das anscheinend von seinem Vater neben diversen Millionen auch eine gute kaufmännische Veranlagung geerbt hat, dürfte sich als eine durchaus gute erweisen. Mit den besten, eingearbeiteten Spezialarbeiterinnen, bei einem genügend großen Anlagekapital wird die Fabrik sicherlich konkurrenzfähig sein und ganz nette Gewinne abwerfen.

Auch ein Fortschritt der Frauenbewegung.

Wie sich in den Köpfen mancher Antischlaff-Redakteure der Fortschritt der Frauenbewegung andeutet, davon folgender Beweis. Die in Duisburg erscheinende „Mittel- und Ruhr-Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer 14 vom 10. Januar 1910:

„Die Frauenbewegung macht auch in Duisburg erfreuliche Fortschritte. Von Duisburger Juristenfrauen wird für den 27. Januar eine Kaisergeburtstagsfeier geplant, die bei Kaffee und Kuchen im Kasinohotel vor sich gehen soll. Wir wünschen der patriotischen Veranstaltung einen harmonischen Verlauf.“

Wenn der Fortschritt der Frauenbewegung gekennzeichnet würde durch die Menge des konsumierten Kaffees und Kuchens bei Kaisergeburtstagsfeiern, dann dürften die Damen der oberen Hunderttausend allerdings schon recht Erledigtes geleistet und den Rekord des Fortschritts geschlagen haben.

Lesende.

Mariendorf, Donnerstag, den 18. Januar (8 Uhr), bei Soehnenhagen, Chauffeestr. 27. Vortrag des Genossen Heintz.

Gerichts-Zeitung.

Verborene Pferdewurf

Vom Landgericht II in Berlin ist am 8. September v. J. der Schäfer Ernst Gremis wegen Vergehens gegen § 12, 1 des Nahrungsmittelgesetzes zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen ähnlicher Straftaten ist er bereits dreimal vorbestraft. Im letzten Winter betrieb er in Lichtenberg eine Fleischwarenhandlung. Im November und Dezember 1908 kaufte er täglich bei einem Hofschlächter Pferdefleisch und verarbeitete es zu Wurst. Sein Gehilfe Köhler, mit dem er in Uneinigkeit geriet, erstattete Anzeige, als der Angeklagte auf dem Markte in Köpenick Fleisch waren feilbietet. Der Tierarzt Dr. A. nahm beim Angeklagten eine unermutete Durchsuchung vor und beschlagnahmte auf dem Tische des Verkaufstisches faulige Salamiswürst. Die Polizei nahm nur eine Hausdurchsuchung vor und fand den Arbeitsraum des Angeklagten in einem höchst unsauberen und ekelerregenden Zustande. Den Polizeibeamten schlug beim Betreten der Werkstatt, in der auch das Bett stand, ein pestilenzialischer Fäulnisgeruch entgegen. Vorgefunden wurden 150 Würste, vier Häbel mit Fleischstücken, ein Häbel Därme und ein Häbel Wurstfett — alles verdorben. — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

Eine Ehekränkung in der Laubkolonie

bildete den Ausgangspunkt einer Kluttat, die den unbestraften Maler Emil Fabian gestern vor die Strafkammer des Landgerichts III führte. Der 23jährige Angeklagte, dem das Zeugnis eines fleißigen, ruhigen Arbeiters gegeben wird, hatte in der Laubkolonie „Primat“ in Weihensee in der Nähe des jüdischen Kirchhofes eine Laube häuslich eingerichtet. Sein Nachbar daselbst wurde der Arbeiter Oberüber, dem er bei der Errichtung einer Laube beihilft war. Er trat mit dem Ehepaar in freundschaftliche Beziehungen, unterstützte den D. mehrfach mit Geld, wenn dieser ohne Arbeit war, und Frau D. lockte für ihn das Mittagessen mit. Die freundschaftlichen Beziehungen wurden zu der Frau D. bald sehr intim. Diese mußte im gestrigen Termin zugeben, daß Fabian seit ihrer Eheschließung der dritte war, mit dem sie in intimer auheredlichem Verkehr gestanden. Ihre Ehe mit ihrem Ehemann ist nach ihrer Behauptung recht unglücklich gewesen und er soll sie wiederholt geschlagen haben; übrigens behauptet sie, daß ihr Mann, so lange er keine Arbeit hatte, über ihre Versuche in der Fabianischen Laube milde hinweggesehen habe. Am 7. Juli kam es zwischen ihm und ihrem Manne zu einer lörmelnden Szene; der Mann mißhandelte sie wieder und wies sie aus der Laube. Sie ging zu Fabian und dieser brachte sie am nächsten Tage während der Ehemann auf Arbeit war, zu seiner Schwester. Abends ging er in die Klause Kantine, wo sich auch Oberüber befand. Dieser herrschte ihn mit der Frage an: „Wo hast Du meine Frau gelassen?“ und als Fabian antwortete: „Wenn Du Deine Frau rauschmeißt, dann suche sie Dir doch!“ schlug ihn D. mit der Hand ins Gesicht. Als Feierabend geboten war und Fabian seiner Laube zugeben wollte, trat D. wieder an ihn heran und fragte nochmals nach seiner Frau. Es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Fabian wußte, daß D. ein Messer bei sich führte und schon seiner Ehefrau angelündigt hatte, daß etwas passieren würde, und nicht ohne Lust hatte, diese Drohung wahr zu machen. Er hielt es daher für das Beste, zu flüchten. D. verfolgte ihn und gab ihm einen Fußtritt, wobei beide über einen Schutthaufen fielen. Fabian kam unten zu liegen, er gebot dem D., von ihm abzulassen, und als dieser keine Folge leistete, zog er seinen Revolver aus der Tasche und gab zwei Schüsse auf seinen Gegner ab. Dieser brach stark blutend zusammen und mußte von Laubkolonisten in das Augusta-Viktoria-Krankenhaus gebracht werden. Dort wurde festgestellt, daß der erste Schuß in den Oberarmel, der zweite in die Bauchhöhle gedrungen war, den Darm neunmal durchschlagen hatte und in das Becken eingedrungen war, so daß eine schwere Operation nötig wurde. Diese ist glücklich verlaufen.

Der Angeklagte gab den Tatbestand zu, behauptete aber, daß er sich vor den Angriffen des D. nicht anders habe retten können. — Staatsanwalt Hoog beantragte ein Jahr Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Max Kantorowicz hielt es dagegen nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme für zweifellos, daß der Angeklagte sich in der Notwehr befunden, zum mindesten aber geglaubt habe, daß eine augenblickliche Gefahr für ihn vorläge. — Das Gericht war derselben Ansicht und sprach den Angeklagten frei.

Autoritätsuntergrabung.

Sonderbare Ansichten von Untergrabung der Autorität der Vorgesetzten der Landarbeiter kamen in einer Schöffengerichtssitzung in Stolp am 10. Januar d. J. zur Sprache. Wegen Verleumdung des Wirtschaftsebenen Reumann in Damerow hatte sich der Deputat Eduard Kay aus Pevendorf, früher in Damerow, zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Sachverhalt: Am 8. November war der Angeklagte damit beschäftigt, auf einen Wagen Kohl zu laden, als der Wirtschaftsebene Reumann auf den Wagen stieg und den Kohl mit den Füßen feststampfte. Darüber wurde der Angeklagte erregt und tadelte dieses Treiben. Auf die Antwort, daß der Herr es befohlen habe, begam der Angeklagte mit einigen drastischen Worten diese Handlungen zu rügen und mit dem Fortschritt zu drohen, denn durch das Festtreten der Kohlköpfe wurde die Arbeit des Aufstehens verlängert. Ob dieses Treibens wurde nun von seiten der Staatsanwaltschaft Anklage im öffentlichen Interesse erhoben. Nach Schluß der Beweisaufnahme, in der der Angeklagte geständig war, begründete der Staatsanwalt seinen Strafantrag in Höhe von 21 Mark damit, daß die Autorität der Vorgesetzten auf dem Lande geschädigt werden mühe. Dem schloß sich das Gericht unter Vorbehalt eines Affessor an, erkannte auf die beantragte Strafe und begründete dieses Urteil damit, „daß Angeklagter keinen Grund zum Sympten habe“.

Der Staatsanwalt ist nebenbei Gutsbesitzer, die beiden Schöffen waren ein Hofbesitzer und ein Stationsassistent a. D.

Feie und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, Sitzung bei R. Eichhorn, Danziger Straße 23. Gäste willkommen.

Kranke- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Berlins. (Z. D. Nr. 88.) Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Rauter, Weinstr. 11: Ruherordenliche Generalsammlung.

Freie Jugendorganisation Berlin Tabak. Heute Dienstag, abends 8 Uhr: Rottbiter und Drantenverein: im Gewerkschaftshaus; Rother Viertel: bei Schulze, Rother Str. 17; Schiller-Viertel: bei Reichardt, Köplicher Str. 28; Luisen-Viertel: bei Mr. Schulze, Str. 30. Themen: „Deutschland von 1815—1848“ und „Modernes Christentum und heutige Wirtschaftswelt“.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



A. WERTHEIM

G. m. b.H.



LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

ORANIEN-STRASSE

Extra-Preise nur für Donnerstag u. Freitag soweit der Vorrat reicht:

Stangenspargel *extrastark* . . . 1/2 Dose 1.65
 Stangenspargel II 1/2 Dose 1.30
 Stangenspargel III 1/2 Dose 1.00
 Bruchspargel *extrastark* 1/2 Dose 1.25
 Abschnittspargel 1/2 Dose 43 Pf.
 Schnitt- u. Brechbohnen ^{1/2} Dose 27 Pf.
 Junge Schoten II 1/2 Dose 52 Pf.
 Junge Schoten III 1/2 Dose 45 Pf.
 Kohlrabi in Scheiben 1/2 Dose 27 Pf.
 Steinpilze . . . 1/2 Dose 98 Pf., 1/2 Dose 55 Pf.
 Rote Rüben 1/2 Dose 30, ^{Dose ca. 10 Pfund} 1.25
 Pfirsiche halbe Frucht, geschält . . . 1/4 Dose 1.05

Saure Kirschen ohne Steine 1/2 Dose 80 Pf.
 Reineclauden 1/2 Dose 78 Pf.
 Mirabellen 1/2 Dose 60 Pf.
 Erdbeeren 1/2 Dose 85 Pf.
 Stachelbeeren 1/2 Dose 60 Pf.
 Pflaumen 1/2 Dose 38 Pf.
 Bratheringe Dose 40 Pf.
 Bismarckheringe Dose 40 Pf.

Kaiserschoten 1/2 Dose 1.10
Dunstfrüchte
 Stachelbeeren, Birnen, Heidelbeeren, Johannisbeeren, Pflaumen ohne Kerne, Kirschen mit Steine Glas 52 Pf.

Bratheringe in Champignon-Sauce Dose 85 Pf.
 Heringe in Aspic Dose 28 Pf.
 Delikatess-Heringe Dose 48, 78 Pf.
 Neunaugen Dose 6 Stück 90 Pf.
 Aal in Gelee Dose 65 Pf.
 Lachs in Gelee Dose 95 Pf.
 Russische Sardinen . . . Glas 24 Pf.
 Anchovis Glas 24 Pf.
 Lachskoteletts 1/2 Dose 90 Pf.
 Gabelbissen Dose 38 Pf.
 Gabelbissen ^{in Tomaten-, Bouillon- u. Austernsauce} Dose 70 Pf.
 Appetit-Sild Dose 35 Pf.

KOLONIALWAREN

Viktoria-Erbisen Pfund 15 Pf.
 Gelbe Erbsen *glasiert* Pfund 22 Pf.
 Grosse Linsen Pfund 20 Pf.
 Mittel-Linsen Pfund 13 Pf.
 Lange Bohnen Pfund 18 Pf.
 Kleine Bohnen Pfund 15 Pf.
 Deutscher Kakao . Pfund 75 Pf., 1.05
 Holländ. Kakao . Pfund 1.70, 2.00
 Haushalt-Schokolade 65, 87 Pf.

Gebrannter Kaffee
 Mischung I Pfund 95 Pf.
 Mischung II Pfund 1.05
 Mischung III Pfund 1.15
 Mischung IV Pfund 1.35
 Mischung V Pfund 1.50
 Mischung VI Pfund 1.65
 Mischung VII Pfund 1.80

Haushalt-Kakes ^{Paket ca. 1 Pfund} 55 Pf.

Backobst ^{Misch. I 30, Misch. II 44, Misch. III 58 Pf.}
 Kaliforn. Pflaumen 22, 35, 41 Pf.
 Entsteinte Pflaumen . . . Pfund 33 Pf.
 Kaliforn. Birnen Pfund 48 Pf.
 Kaliforn. Pfirsiche . . . Pfund 53 Pf.
 Kaliforn. Aprikosen . . Pfund 65 Pf.
 Italienische Prünellen . Pfund 62 Pf.
 Ringäpfel Pfund 56 Pf.

Ungarische Mastputen Pfund 73 Pf.
 Junge Hühner 1.35, 1.50, 1.70
 Murcia-Apfelsinen Duz. 28 Pf.
 Ananas Pfund 58, 73 Pf.
 Datteln ^{Karton} 35 Pf., Mandarinen Pfund 15 Pf.

Gänse
 gefroren Pfund 57 Pf.

Bratheringe 4 Liter-Dose 95 Pf.
 Schweizer Käse Pfund 78 Pf.
 Tilsiter und Brie-Käse . . . Pfund 58 Pf.
 Camembert-Käse Stück 18 Pf.
 Sprotten ^{Kiste ca. 2 Pfund} 40 Pf., ^{Sprottbüchlinge Kiste ca. 2 Pfund} 50 Pf.

Rollschinken 6 bis 8 Pfund schwer Pfund 1.30
 Landschinken 9 bis 12 Pfund schwer Pfund 1.15
 Zervelatwurst in Rinddarm . . Pfund 1.10
 Zervelatwurst in Fettdarm . . Pfund 1.30

Schinkenwurst Pfund 1.25
 Salamiwurst Pfund 1.10
 Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
 Landleberwurst Pfund 80 Pf.

Fleischrotwurst Pfund 90 Pf.
 Rotwurst Pfund 50, 70 Pf.
 Delikatess-Würstchen ^{Dose 6 Paar} 75 Pf.
 Delikatess-Würstchen ^{Dose 12 Paar} 1.50

Leipziger- und Rosenthaler Str. FRISCHES FLEISCH U. FISCHE soweit der Vorrat reicht.

Rinder-Filet . Pfund 95 Pf., ^{ausgeschält} 1.60
 Roastbeef Pfund 95 Pf., ^{ohne Knochen} 1.30
 Rinderzunge *frisch* Pfund 95 Pf., ^{gepökelt} Pfund 1.10
 Hammelkeule Pfund 80 Pf., ^{geteilt} Pfund 90 Pf.
 Rücken Pfund 80 Pf., ^{geteilt} Pfund 90 Pf.
 Dicke Rippe Pfund 75 Pf.
 Hammeldünnung Pfund 60 Pf.

Kalbfleisch Pfund 90 Pf., 1.00
 Kalbsrücken Pfund 1.00, 1.20
 Kalbszungen Stück 70 Pf.
 Frischer Schinken Pfund 75, ^{geteilt} 80 Pf.
 Eisbein Pfund 70 Pf., Liesen Pfund 75 Pf.
 Gulaschfleisch Pfund 65 Pf.
 Gehacktes Fleisch . . . Pfund 60 Pf.

Lebende Schleie Pfund 1.15
 Lebende Hummern Pfund 2.90
 Lachs Pfund 85 Pf., ^{im Anschnitt} 1.10
 Schellfische Pfund 25, ^{mittelgroß} Pfund 40 Pf.
 Kabeljau Pfund 20 Pf., ^{im Anschnitt} 30 Pf.
 Seelachs Pfund 20 Pf., ^{im Anschnitt} Pfund 30 Pf.
 Rotzungen Pfund 60 Pf.

Genossen!

Agitiert für guten Versammlungsbesuch!

Am Freitag, den 14. Januar, 8 Uhr abends, findet in Kellers Festsaal (Jnh. Freyer), Kuppenstr. 29, eine öffentliche Frauenversammlung statt, in welcher die Genossin Therese Schleginger-Casteln aus Wien über das Thema: „Die Frau im Klassenkampf“ referiert.

Wir erwarten, daß keine Genossin der Versammlung fernbleibt.

Am Sonntag, den 16. Januar, 12 Uhr mittags finden in Berlin und Vororten Massenversammlungen statt mit dem Thema: „Wird die Regierung das Versprechen des Königs einlösen?“

Alle Genossen und Genossinnen sind verpflichtet, für diese Versammlungen zu agitieren und für Massenbesuch zu wirken.

Der Zentral-Vorstand.

Zur Lage der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter.

Die uns vorliegenden 37 Berichte von 48 vorhandenen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Deutschlands geben uns immerhin ganz interessante Aufschlüsse und Einblicke in die Verhältnisse auf dem platten Lande. Widerlegt wird die vielfach verbreitete Ansicht, daß die Landwirtschaft wenig Gefahren aufweise, daß die Kleinbauern, welche ja oft 70-80 Proz. aller Unfallverletzten der Landwirtschaft ausmachen, rücksichtslos von ihren eigenen Berufsgenossenschaften behandelt wurden, als gewerbliche Arbeiter, weil sie ja „Selbstzahler“ seien usw.

Unsere landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind sehr spärlich in der Berichterstattung. Erst im Spätherbst kann man auf Empfang eines Berichtes hoffen, den man dann oftmals auch erst wieder auf Umwegen erhalten kann. Verschiedene Berufsgenossenschaften geben nur alle 2 Jahre einen Bericht heraus, den kein Bauer liest oder verstehen kann; manche erklären, daß die Berichte „vergriffen“ oder nur in beschränkter Auflage gedruckt worden wären usw. Sehr oft hält man einige Druckfehler „Bericht“ erkannt in der Hand, die alles, nur keinen Aufschluß über die Verhältnisse in der Landwirtschaft bieten. So verfehlt die Berufsgenossenschaft Anhalt alljährlich einen Oktavbogen, vierfältig zusammengefasst, als „Bericht über ihre Tätigkeit pro 1908“! Nach langweiligem Dankesgebet an alle Behörden und Organe folgt einige Zahlen und kein erklärender Text! Lothringen hat ihren letzten Bericht gleichzeitig auch in französischer Sprache erscheinen lassen. Sehr lobenswert und sollte für die Völkler usw. auch so gehalten werden. Lesenswert sind immer die Berichte der Berufsgenossenschaften für Bayern; Braunschweig hat sogar farbige graphische Darstellungen beigelegt. Im großen und ganzen jedoch dürftige Berichte, die jedem Leser Qualen bereiten.

Unmöglich ist es, eine einigermaßen übersichtliche Statistik der vorhandenen Betriebe zu gewinnen. Vergleichende Zahlen fehlen ganz. Wie nun die Zahlen „ermittelt“ werden, ist oft ein Rätsel. Selten ist auch die Zahl der versicherten Personen angegeben. So berichtet z. B. Oberbayern:

„Anlässlich der Verteilung der revidierten Unfallversicherungsvorschriften, von welchen jeder selbständige Unternehmer ein Exemplar zugestellt erhalten hat, wurden im Regierungsbezirk Oberbayern 88 023 land- und forstwirtschaftliche Betriebe ermittelt. Die Zahl der versicherten Personen beträgt nach dem Ergebnis der Berufs- und Gewerbebeziehung vom Jahre 1895: 263 301.“

Für Oberfranken hatte man dagegen die letzte Betriebszählung von 1907 schon verwertet und kann berichten:

„Nach der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 beträgt die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Oberfranken 69 177 (nach der Zählung von 1895: 70 936) und die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen 217 549 (gegen 167 001 im Jahre 1895).“

Also eine Abnahme der Betriebe und Zunahme der Arbeiterzahl!

Auch Hamburg berichtet, daß die Zahl der Betriebe von 4404 auf 4336, also um 68 zurückgegangen ist. Der Bericht für Königreich Sachsen weist einen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe von 177 848 im Jahre 1907 auf 177 602 im Jahre 1908 auf. Mittelfranken rechnet wieder nach der Gewerbebeziehung im Jahre 1895 die versicherten Betriebe mit 72 331 und 166 415 versicherten Personen aus, während Oberpfalz von circa 64 397 Betrieben spricht. In Westfalen sind die landwirtschaftlichen Betriebe von 245 873 auf 250 803 gestiegen, ebenso in Unterfranken von 88 481 auf 97 026.

Ueber die Größe der versicherten Betriebe geben uns interessante Zahlen folgende Berichte: Unter-Nach wie folgt:

„Eine Wirtschaftsstärke bis 5 Hektar wiesen nach 76 838 Betriebe, eine solche von 5 bis 10 Hektar 10 491 Betriebe, von 10 bis 20 Hektar 2267 Betriebe und über 20 Hektar 739 Betriebe. Die Differenz von 189 bilden die Betriebe ohne Bodenbewirtschaftung.“

Neu j. L. berichtet: „Die Zahl der betragspflichtigen Betriebe betrug am Schlusse des Jahres 1908 10 260 gegen 10 200 im Vorjahr, und zwar:

Table with 4 columns: Betriebsgröße (bis), Anzahl (1 ha), Anzahl (2-5 ha), Anzahl (5-10 ha), Anzahl (10-20 ha), Anzahl (20-50 ha), Anzahl (50-75 ha), Anzahl (75+ ha). Total: 7408, 2787, 120.

Beden gibt uns wieder eine andere Aufstellung: In Anordnung des § 8 Ziffer 7 des bairischen Gesetzes vom 17. Juli 1902 hat die Berufsgenossenschaftsverammlung am 27. Juli 1908 beschlossen, „Betriebe, zu deren Bewirtschaftung im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 1200 Arbeitslose männlicher Arbeiter erforderlich sind, in neun Klassen einzuteilen. Hiernach sind einzuschätzen:

Table showing Betriebsgröße (von weniger als 75 Tagen in die Klasse) and Anzahl der Betriebe. Total: 266 495 Betriebe.

Die Berufsgenossenschaft Weimar fügt ihrer Tabelle auch noch die Zahl der Unfälle zu: „Es ereigneten sich im Jahre 1908 1. in land- und forstwirtschaftlichen Hauptbetrieben:

Table with 4 columns: a) mit einem Flächeninhalt von über ha bis ha, Anzahl der Betriebe rund, Anzahl der Unfälle, Prozent. Total: 42 642, 894, 98,50, 9,24.

Die meisten Berichte klagen über die wachsende Mehrbelastung durch Unfälle. Leider fehlen auch hier die vergleichenden Zahlen zum Vorjahre, so daß die Aufzählung hier zwecklos erscheint. Für Oldenburg wird berichtet, daß die meisten der gemeldeten 20 332 Unfälle auf die Monate Januar, Februar, August und September entfielen.

Einen kleinen Rückgang in der Zahl der gemeldeten Unfälle hatten die Berufsgenossenschaften Hamburg, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Westfalen usw.

Erheblicher ist dagegen die Zahl der Berufsgenossenschaften, welche auch einen Rückgang in der Zahl der entschädigten Unfälle aufzuweisen haben. Darüber berichten erfreut Lothringen, Westfalen, Unterfranken, Posen, Provinz Sachsen, Hannover, Ostpreußen, Schlesien, Mecklenburg-Schwerin usw.

Nach sämtlichen bayerischen Berufsgenossenschaften geben uns eine sehr lehrreiche Aufstellung über die Verteilung der Unfälle auf Bauern und Landarbeiter. So berichtet z. B. die Pfalz, daß von den 1257 entschädigten Unfällen „1075 = 85,52 Proz. auf Betriebsunternehmer und deren Angehörige und nur 182 = 14,48 Proz. auf Dienstboten und Arbeiter entfielen.“

Ueber das Alter und Geschlecht der Verletzten machen nur einige Berufsgenossenschaften nähere Angaben. In Westfalen waren zur Zeit des Unfalls 42 Verletzte unter 13 Jahren, 100 Verletzte zwischen 13-16 Jahren, 187 zwischen 16-20 Jahren. Für Thüringen wird berichtet, daß dort sogar 17 Verletzte unter 10 Jahren sich befanden! Diese Genossenschaft jammert auch, daß „die kleinen Betriebsunternehmer und deren Angehörige mehr als andere Verletzte in der Lage und mit Erfolg bemüht sind, sich durch falsche Angaben in den Besitz von Renten zu setzen! Bei den Wahlen werden die Junker diese Vorwürfe gegen „ihre Wähler“ wohl öffentlich nicht erheben! Wie niedrig und völlig unzureichend die Renten der landwirtschaftlichen Arbeiter selbst sein müssen, erhellt aus der Bemerkung im Berichte Westfalen, daß im Jahre 1908 130 Betriebsbeamte und Feldarbeiter mit 22 829 M. entschädigt wurden und daß „die Mehrrentenschädigungen gegenüber den gewöhnlichen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern gezahlten Entschädigungen 7843 M. betragen“ haben! Wie ärgerlich, daß man die Feldarbeiter nicht auch mit den ortsüblichen Löhnen der Landwirtschaft abspesen kann!

Mordprozeß Jünemann.

Zweiter Verhandlungstag.

Der kolossale Andrang zum Zuhörerraum, der am ersten Tage festgefunden hatte, hat zur Folge gehabt, daß für den gestrigen Termin Einlastkarten zum Zuhörerraum ausgeben wurden. Schon kurz nach 8 Uhr morgens sammelten sich Hunderte von Menschen vor der Tür des Obersekretärs am Landgericht I, des Rechnungsrates Prekel, dem die Kartenabgabe obliegt. Am Ru waren die Einlastkarten verteilt. Trotzdem entstand vor Beginn der Sitzung vor den Türen ein lebensgefährliches Gedränge. Vor dem Kriminalgericht entwickelte sich eine „fliegende Börse“ für — Einlastkarten, die bis zu 5 M. pro Stück, und zwar hauptsächlich von Damen bezahlt wurden.

Landgerichtsdirektor Gobel eröffnete die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Rechtsanwält Dr. Hissberg beantragte die Ladung mehrerer Zeugen, die befragen sollen, daß die getötete Alice Katsowski einen ausgedehnten Herrenverkehr intimen Charakters hatte, daß sie ferner einen tiefbetäubenden Eindruck machte und mehrmals die Absicht geäußert habe, sich das Leben zu nehmen. Das Gericht beschließt, diese Zeugen laden zu lassen.

Als Zeugin wird hierauf eine Frau Goldbert vernommen, die von der Verteidigung über die Glaubwürdigkeit der gestern vernommenen Zeugin Frau Salewski geladen worden ist. Diese hatte sich belamlich in Widersprüche verwickelt, als sie von Rechtsanwält Dr. Hissberg danach befragt wurde, ob sie Karten lege. Die Zeugin Goldbert, welche dies bestätigen soll, bekennt jedoch, daß ihr absolut nichts davon bekannt sei, daß die Salewski das Kartenlegen gewerbmäßig betreibt, wie von der Verteidigung behauptet werde.

Gerichtsarzt Dr. Strauch bekennt als Sachverständiger und Zeuge folgendes: Man habe ihn am 20. Oktober in aller Frühe nach dem Tatort gerufen, wo er die Leiche der Katsowski inmitten einer großen Blutlache liegend aufgefunden habe. Nicht daneben habe das blutbedeckte breite Brotmesser gelegen, mit dem die Tat verübt worden sei. Anfänglich sei mit der Möglichkeit eines Selbstmordes gerechnet worden. Als dann aber der Kriminalkommissar Wannoowski an der Wadenschüssel blutige Fingerabdrücke fand und auch festgestellt wurde, daß sich jemand in dem Waschwasser anscheinend die blutigen Hände gründlich gereinigt hatte, habe man erkannt, daß es sich um einen Mord handele. Bei der Obduktion der Leiche habe man in dem Gesicht eine dicke, blutunterlaufene Veule gefunden. Die Brust der Toten habe in der Höhe der Herzgegend eine große und weitläufige Stichwunde aufgewiesen. — Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Sachverständige, daß die Leiche der Katsowski in völlig angesehendem Zustande aufgefunden wurde. Neben der Leiche lagen sogar Hut und Handschuhe, so daß es den Anschein hatte, als ob die Katsowski gerade zum Ausgehen bereit gewesen sei. — Der Sachverständige äußert sich dann weiter über den Obduktionsbefund und kommt

zu dem Schluß, daß als Todesursache Verblutung infolge einer Stichverletzung in die linke Lunge in Frage komme. Die Tat selbst müsse, nach der Stichrichtung zu urteilen, in der Weise verübt sein, daß der Täter die K. in seinem linken Arm gehalten habe und dann plötzlich mit dem in der Rechten gehaltenen Messer von unten nach oben den tödlichen Stich vollführt habe. Sehr auffällig sei auch eine an der rechten Hand aufgefundenene frische Schnittwunde, die allen Anschein nach durch eine Abwehrbewegung entstanden sei. Der Sachverständige erklärt, daß es kaum möglich sei, daß die K., nachdem sie den Stich erhalten hatte, noch die von mehreren Zeugen wahrgenommenen Schreie hätte ausstoßen können. Diese Schreie müßten deshalb unbedingt vor der Tat von der K. ausgestoßen worden sein.

Der zweite Sachverständige, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Straßmann, schließt sich diesem Gutachten nach jeder Richtung hin an.

Die Zeugin Erna Kfeld, welche die ermordete Katsowski näher gekannt hat, bekennt, daß die K. einmal sehr zufriedener und lustiger Stimmung, dann aber wieder sehr mißgelaunt gewesen sei. Die K. habe ihr auch einmal erzählt, daß sie sich mit Jünemann habe erschießen wollen. Jünemann hätte schon einmal sein Zimmer mit Blumen dekoriert und sie sei zu ihm gegangen. Warum der Plan nicht ausgeführt worden sei, weiß die Zeugin nicht. Die Zeugin hat, da diese Kederlei immer wiederkehrte, die ganzen Selbstmordgedanken nicht ernst genommen. Die K. hat ihr auch einmal erzählt, daß sie von einem Zigeuner bestohlen worden sei. Eine andere Zigeunerin, die sie in der Weberstraße einmal besucht hat, habe ihr aus Aerger prophezeit, daß sie den Winter nicht überleben werde. Die Bemerkungen über einen Selbstmord habe die K. häufig gemacht; sie habe auch einmal gesagt: es wäre ihr auch ganz gleich, wenn ihr ein anderer das Leben nähme. Als Motiv habe sie angegeben, daß ihre Pflegeeltern nicht gut zu ihr seien, ihr wäre das Leben leid; sie habe keine Lust mehr zu arbeiten und fürchte auch, daß ein früheres Verhältnis von ihr zwischen sie und Jünemann treten werde.

Das als Zeugin vernommene Fräulein Erhardt bekennt, daß die Katsowski auf sie einen sehr gefeierten Eindruck gemacht habe. Nach einem längeren Gespräch habe die K. Selbstmordgedanken geäußert und sie (Zeugin) habe in diese eingestimmt, da ihr selbst aus verschiedenen Gründen das Leben zur Last gemorden sei. Beide hätten beschlossen, aus dem Leben zu scheiden und sie, die Zeugin, habe den Auftrag erhalten, bei einem nahen Drogerien Morphium zu besorgen. Der Drogerist habe ihr jedoch ein Bromsalz zur Beruhigung gegeben. — Die Zeugin Scheffler bekennt unter anderem, daß die Alice Katsowski kurz vor ihrem Tode noch verschiedene Vorbereitungen zu einem Fest getroffen habe, welches von der Firma „Nordstern“ 14 Tage später veranstaltet werden sollte. Die K. habe ihr auch erzählt, daß Jünemann ihr gefügt habe, daß sie demnächst heiraten und dann nach England gehen würden. Sie, die Katsowski, solle ihre alten Kleider verkaufen, da ihr Jünemann eine völlig neue Ausstattung kaufen wolle.

Ueber dasselbe Thema werden mehrere andere Zeuginnen vernommen, welche die Katsowski einerseits als ein sehr lebenslustiges Mädchen schildern, während andere die K. als ein zu melancholisches Nüchternmädchen geneigtes Mädchen schildern, die sich vermutlich wegen ihres körperlichen Zustandes mit Selbstmordgedanken beschäftigte. Die Zeugen haben aber diese Gedanken nie für ernst genommen.

Frau Schilling, die nach wenigen Stunden vor dem Tode der Alice Katsowski mit dieser gesprochen hatte, bekennt unter anderem, daß die Katsowski gesagt hatte, daß sie mit Jünemann „bummeln gehen“ wolle. — Herr: Angeklagter Jünemann, dieses vergnügliche Mädchen, welches mit Ihnen noch bummeln gehen wollte, soll Sie zwei Stunden später aufgefordert haben, sie zu töten? Was sagen Sie dazu? — Angekl.: Die Katsowski war eben himmelhoch jauchzend und dann wieder zu Tode betrübt.

Es folgte die Vernehmung mehrerer Zeugen, die über angebliche Wahrnehmungen vernommen werden, daß die getötete Katsowski über recht zahlreiche Herrenbekanntschaften verfüge und auch viel in dem Wädeladen selbst mit Herren „posierte“. Mehrere andere Zeugen bekräftigten jedoch wiederum, daß es sich um ganz harmlose Flirts gehandelt habe und daß die Alice Katsowski sehr gut gewußt habe, wie weit sie zu gehen habe. — Bezüglich der Glaubwürdigkeit der Zeugin Salewski wurden sodann die Redierdortstände der betreffenden Polizeireviere auf Antrag der Verteidigung vernommen. Die Polizeioffiziere bekräftigten jedoch, daß ihnen davon nichts bekannt sei, daß die Frau Salewski gewerbmäßig Karten lege. — Der Sachverständige Gerichtsarzt Dr. Strauch richtete an den Angeklagten die Frage, weshalb er die Tötung in dem nur ganz schwachen, hinter dem Laden gelegenen Gang, in dem er knapp den Arm ausstrecken konnte und nicht in dem Laden selbst vorgenommen habe. Der Angeklagte erklärte, daß er sich über die Gründe nicht äußern könne, da er zu „benommen“ gewesen sei.

Sehr wichtig ist die Befragung des Zeugen Wegel, der folgendes bekennt: Er sei in der Nordnacht durch die Weberstraße gegangen und habe plötzlich vor dem Hause 40b einen mardbrühenden Anglisterei vernommen, der aus dem Wädeladen herauszukommen schien. Dem Schrei folgte ein dumpfer Haß, nachdem vorher ein heftiges Laufen in dem Laden stattgefunden hatte. Er habe den Eindruck gewonnen, als ob der Schrei von einem flüchtenden und verfolgten Menschen herrührte. — Die Tötung in dem nur ganz schwachen, hinter dem Laden gelegenen Gang, in dem er knapp den Arm ausstrecken konnte und nicht in dem Laden selbst vorgenommen habe. Der Angeklagte erklärte, daß er sich über die Gründe nicht äußern könne, da er zu „benommen“ gewesen sei.

Die Zeugin Buchhalterin Lange, die bei der Firma „Nordstern“ angestellt ist und häufig mit der Alice Katsowski in Verbindung gekommen war, schilderte die K. als sehr nur heiter und vergnügt. Die K. sei ihr eher zu lustig als wie lebensmüde vorgekommen. Die Zeugin schilderte sodann einen nächtlichen Vorfall, der sich in der Nacht vom 10. zum 11. Juli v. J. in dem gemeinschaftlichen Schlafzimmer der Filialleiterinnen abgepielt hatte. Eine der Filialistinnen wurde durch ein Geräusch geweckt und sah einen Mann, der sich an dem Bett der Alice Katsowski, die noch nicht anwesend war, zu schaffen machte. Der Mann entfernte sich dann wieder geräuschlos und nun erst mochte das Fräulein ihre Kolleginnen zu wecken, die dann nach der Badstube um Hilfe telephonierten.

Der Chef der getöteten Katsowski, der Bäckermeister Müller, schilderte die K. als ein Mädchen von stets gleichem heiteren Temperament, von der er nicht vermute, wie man sie als „Himmelhoch jauchzend zu Tode betrübt“ schildern könne.

Der Kriminalwachtmeister Haber bekennt noch, daß er selbst in der Nacht gegen 1 Uhr Versuche vor dem Wädeladen angestellt hat. Er habe dabei festgestellt, daß man sehr gut von der Straße aus einen nur halbblauen Schrei sowie das Geräusch einer laufenden Person hören könne.

Ein Geschworener richtete an den Angeklagten die Frage, ob er nicht irgendwelche Abschiedsbriefe an seine Angehörigen hinterlassen habe, da er nach seiner Bekanntschaft doch die Absicht hatte, ebenfalls aus dem Leben zu scheiden. Der Geschworene macht darauf aufmerksam, daß zum mindesten die Katsowski irgendwelche Abschiedsbriefe an ihre Angehörigen geschrieben hätte, wenn sie die Absicht gehabt hätte, durch die Hand des Angeklagten aus dem Leben zu scheiden. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Gobel: An-

geklagt, es ist Ihnen doch wohl auch bekannt, daß in den meisten Fällen Lebensmüde irgendwelche Abschiedsbriefe an ihre Angehörigen schreiben. Ist Ihnen niemals ein solcher Gedanke gekommen? — Angst! Diesen Gedanken habe ich nie gehabt.

Die Beweisaufnahme wird hierauf geschlossen. Die an die Geschworenen gerichteten Schuldfragen der Anklage lauten auf Mord, schweren Raub und Diebstahl in mehreren Fällen. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Silberberg wurde auch noch die Schuldfrage aus § 218 des Strafgesetzbuchs (Tötung auf das unbrüchliche und ernstliche Verlangen der Getöteten hin) gestellt.

Die Verhandlung wurde hierauf abgebrochen und auf heute, Donnerstag, 9 1/2 Uhr, vertagt.

Wohnungs-Produktion und Wohnungskontum in Berlin.

Wohnungsproduktion und Wohnungskontum müssen zueinander im rechten Verhältnis stehen. Zu- und Abnahme der Bautätigkeit beeinflussen das Angebot auf dem Wohnungsmarkt. Und durch Zu- oder Abnahme der Nachfrage nach Wohnungen wird die Nachfrage gesteigert oder herabgedrückt.

Für Berlin das Maß der Bautätigkeit und die Lage des Wohnungsmarktes in ihrem organischen Zusammenhang darzustellen, hat jetzt das Statistische Amt der Stadt zum erstenmal versucht. Das Ergebnis liegt vor in einer Arbeit von Silbergleit, dem Direktor des Statistischen Amtes, die Aufschluß gibt über die Verhältnisse der letzten Jahre. (Dr. Heinrich Silbergleit, Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in Berlin 1906 bis 1908/1909. Heft 2 der Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Verlag von Puttlammer u. Rühlbrodt, Berlin 1909.) Dieser hatte es an einer derartigen Betrachtung der Bau- und Wohnungstatistik gefehlt, obwohl sie (wie Silbergleit in einer Vorbemerkung sagt über die Arbeit der Grundbesitzer, des Baugewerbes, des Kapitals hinaus eines allgemeinen Interesses gewiß sein kann.

Das Charakteristische an dem Zeitraum, der da behandelt wird, ist dies: die Nachfrage nach Wohnungen erlitt eine Aufschwüchung, die in der Hauptsache aus einer Verlangsamung der Bevölkerungsmehrung zu erklären ist, und für die Bautätigkeit ergab sich eine Einschränkung, die aber hinter der Verringerung des Wohnungsverbrauches zurückblieb, so daß die Zahl der unermieteten Wohnungen stieg. Es ist auch nicht gar so lange her, daß wir in Berlin die gegenteilige Erscheinung beobachten konnten und zu fühlen bekamen, zum Behagen der Hausbesitzer, die damals über die für sie so fetten Jahre sich eben so freuten, wie sie heute über die minder fetten sich in Klagen ergehen. Vor jetzt 10 Jahren wurde durch eine vorhergegangene Periode rascher Bevölkerungsmehrung, mit der die Zunahme der Bautätigkeit nicht Schritt hielt, ein so arges Mißverhältnis zwischen Wohnungsangebot und Wohnungsbedarf herbeigeführt, daß der bedenklichste Wohnungsmangel eintrat, der den Hausbesitzern die unterschämteste Wohnungsverwertung ermöglichte. In dem späteren Zeitraum, den die Silbergleitsche Arbeit behandelt, ist auch dies das Charakteristische, daß trotz der inzwischen eingetretenen Mehrung der unermieteten Wohnungen die Mietpreise im allgemeinen nicht nachgelassen haben.

Der wechselnde Umfang der Bautätigkeit läßt sich beurteilen aus der Statistik der Baugesuche, Baugesuche, Baugenehmigungen, der polizeilichen Abnahmen von Bauten im Rohbau und in Gebrauchsfertigkeit. Die Zusammenstellungen, die Silbergleit darüber gibt, zeigen etwa für das Jahr 1905 einen Höchststand der Bautätigkeit, dem dann in den nächsten Jahren eine sehr fühlbare Abschwächung folgte. Beispielsweise wurden in 1905 noch 1091 Neubauten, in 1906 aber nur noch 602 Neubauten im Rohbau abgenommen. Uns interessiert hier vor allem die Herstellung von Wohnhäusern, durch die die Zahl der Wohnungen vermehrt wird. Die Zahl der in Neubauten entstandenen Wohnungen war in den Jahren 1902—1903: 10 840, 14 357, 10 827, 20 162. Sie stieg in 1906 sogar noch auf 22 303, sank aber dann plötzlich in 1907 auf 14 110 und in 1908 auf 11 156. Unterscheidet man die in Neubauten entstandenen Wohnungen in kleine mit zwei oder weniger Zimmern, mittlere mit drei oder vier Zimmern, große mit fünf oder mehr Zimmern, so ergeben sich für die drei Jahre 1906—1908 die folgenden Reihen: 18 683, 12 050, 9347 kleine; 3067, 1828, 1503 mittlere; 373, 223, 306 große. Man sieht, daß besonders die Herstellung kleiner und auch mittlerer Wohnungen nachgelassen hat.

Für die Beurteilung der Lage des Wohnungsmarktes sind wir hauptsächlich auf die Statistik der unermieteten Wohnungen angewiesen. Die letzte Periode der Wohnungsnot, die wir in Berlin hatten, endete damit, daß schließlich im Jahre 1901 nur noch 2101 Wohnungen leer standen, darunter 1761 ohne besondere Gewerberäume. Von da an stieg die Zahl der unermieteten Wohnungen andauernd, bis auf 25 352 im Jahre 1908, woran die Wohnungen ohne besondere Gewerberäume mit 23 571 beteiligt waren. Silbergleit nimmt an, daß den Wohnungsuchenden die Möglichkeit genügender Auswahl gegeben sei, wenn 3 Proz. aller Wohnungen leer stehen. Dieser „Normalmaß“ war noch in 1906 und 1907 mit 2,03 Proz. und 2,40 Proz. nicht erreicht, wurde aber in 1908 und 1909 mit 3,15 Proz. und 4,43 Proz. bereits überschritten. Sondern man auch hier die Wohnungen in die drei Größenklassen, so ergibt sich für 1908, daß leer standen von den kleinen Wohnungen sogar 4,77 Proz., dagegen von den mittleren nur 2,30 Proz., aber von den großen 4,15 Proz. Die Bautätigkeit ist besonders in der Herstellung kleiner Wohnungen „dem Bedürfnis vorangeilt“, wie Silbergleit sagt. Richtiger ist es wohl zu sagen: besonders in der unbemittelten Bevölkerungsjahrgang hat das Wohnungsbedürfnis plöblich nachgelassen, so daß es hinter der noch auf die bisherige Bedarfzunahme zugeschnittenen Wohnungsproduktion zurückblieb. Nicht eigentlich aus einem Uebermaß des Bauwesens ist die Ueberproduktion an Wohnungen zu erklären — er hat ja, wie die oben mitgeteilten Zahlen lehren, sich sehr merklich gelöst —, sondern aus einem Nachlassen der bisherigen Steigerung des Wohnungskontums, das durch einen Umwandelung der Zugugs- und Wegzugsverhältnisse herbeigeführt wurde.

Silbergleit hat auch den interessanten Versuch gemacht, für die letzten Jahre die jährliche Steigerung des Wohnungskontums festzustellen. Dabei hat er gefunden, daß sie in sehr auffälliger Weise sich verlangsamte hat. Die Zahlen der am Jahresanfang unermieteten Wohnungen und der im Jahreslauf neu entstehenden geben zusammen die Zahl der Wohnungen, die man zum nächsten Jahresanfang auf dem Markt zu erwarten hätte, wenn nicht inzwischen noch Wohnungen vermietet würden. Aus dem tatsächlichen Angebot vom nächsten Jahresanfang kann dann (unter Berücksichtigung mancher Umstände, z. B. der Abbrüche) geschlossen werden, um wieviel der Wohnungskontum sich gesteigert hat. Silbergleit errechnet so eine Zunahme des Wohnungskontums um 18 867 Wohnungen für 1906, aber nur noch um 7897 für 1907 und gar nur noch um 1656 für 1908. In 1906 hat die Bevölkerung Berlins sich nicht vermehrt, sondern sich vermindert, hier hätte man mithin eine Verminderung auch des Wohnungsbedarfes erwarten können. Doch dessen ungeachtet noch eine wenn auch ganz geringe Steigerung des Wohnungskontums zustande gekommen ist, erklärt sich unter anderem daraus, daß Jahr für Jahr schon infolge der Eheheiraten eine erhebliche Zahl selbständiger Wohnungsinhaber hinzutreten muß. Die Heiratlust hat allerdings in der letzten Jahren nachgelassen, das dürfte auch an dem Wohnungsmarkt nicht spurlos vorübergegangen sein. Vor allem aber hat die Minderung der Zugugs nach Berlin und die Mehrung der Wegzüge von hier ihren hemmenden Einfluß auf die Zunahme des Wohnungsbedarfes ausgeübt.

Und so ist es im letzten Grunde die Wirtschaftskrisis, die den Wohnungsmarkt in Berlin zungunsten der Hausbesitzer beeinflusst hat. Sie hat zum Verschärfungsmangel in der Industrie geführt, hat den Zustrom von Arbeitern nach den Großstädten gemindert und hat damit auch die Mehrung der Bevölkerung Berlins aufgehalten. Auf diese Weise bekamen auch mal die Hausbesitzer die Wirkungen des Notstandes zu kosten, die sie so gern bestreiten, wenn Arbeiter klagen, daß sie unter ihm zu leiden haben. Indes, die Hausbesitzer wissen sich damit zu trösten, daß auch wieder bessere Zeiten kommen, wo sie doppelt einheimisch dürfen, was ihnen in den letzten Jahren entgangen ist. Zeigen uns die nächsten Jahre den erneuten neuen Aufschwung des Wirtschaftsliebens, so wird erneut ein Strom von Arbeitern nach Berlin fluten. Wir dürfen uns dann auf eine Wiederkehr der Wohnungsnot und der Wohnungsnotenerzeugung gefaßt machen, da die Wohnungsproduktion nach ihrer in den letzten Jahren ihr aufgewungenen Erschlaffung schwerlich so rasch die wünschenswerte Aufwärtsbewegung wird nehmen können, wie in Zeiten erneuten Aufschwunges der Wohnungskontum sich zu steigern pflegt.

Es wird sich Gelegenheit finden, noch mehrfach auf diese Silbergleitsche Arbeit zurückzukommen. Zu bedauern ist, daß wir keine derartige Statistik für Groß-Berlin haben. Gerade auf dem Gebiete der Wohnungsproduktion und des Wohnungskontums kann man Berlin nicht isolieren, sondern muß es zusammen mit seinen Vororten, mindestens mit den unmittelbar angrenzenden, als eine Einheit nehmen.

Vermischtes.

Ein geohrteigter Rechtsanwalt. Die „Magdeburger Volksstimme“ berichtet kürzlich über folgendes Vorkommnis: In einer Klagesache, die der Raurer August Eiserbed und Genossen aus Groß-Ottersleben gegen eine Gasanstalt wegen einer Rohstofflieferung angehängt hatten, war der Rechtsanwalt Viktorius als Vertreter der ersteren aufgetreten. Speziell der Raurer Eiserbed hatte nun mehrfach behauptet, daß Herr Viktorius von seiner Seite keine Vollmacht gehabt, mithin auch kein Recht gehabt hätte, ihn, Eiserbed, vor Gericht zu vertreten. Deswegen hatte Eiserbed den Rechtsanwalt auf Schadenersatz verklagt, und es kam am Donnerstagvormittag im Justizgebäude nach Schluß des Termins zu einer erregten Szene. Als nämlich Rechtsanwalt Viktorius im Begriff war, den Gerichtssaal zu verlassen, trat der Raurer Eiserbed auf ihn zu und verabschiedete ihn ein paar derbe Ohrfeigen, so daß der Betroffene zu Boden stürzte. Während Eiserbed den Gerichtssaal verließ, erhob sich Rechtsanwalt Viktorius und meinte zum Richtertisch gewandt: „Es sind eben Leute vom Lande!“

Rührberger Flugmaschinen.

Wie die „Köln. Tagepost“ berichtet, unternahm in Leichen-dorf in Mittelfranken der Werkmeister Rohauer mit einem Monoplan Flugversuche. Nach kurzem Start erreichte er eine Höhe von 15 Meter, stürzte dann aber infolge Bruches des Hindlabels nieder. Der Flugapparat wurde beschädigt, der Aviatiker blieb aber unverletzt. Weitere Flugproben werden mit zwei anderen Flugmaschinen, in denen eine ein vierfüßiger Motor eingebaut wird, in nächster Zeit stattfinden. Mit einem vierten Aeroplan, einem Eindecker, wird ein Rührberger Rennfahrer bald auf dem Plage erscheinen.

Unfall des Dampfers „Prinz Friedrich Wilhelm“.

Laut telegraphischer Nachricht aus New York hat der deutsche Dampfer „Prinz Friedrich Wilhelm“ auf der Fahrt nach New York bei schwerem Wetter die Haupttriebmaschine gebrochen. Der Dampfer feuert noch dröhnender Nachricht des Kapitäns mit der Hilffestenermaschine weiter. Er befand sich gestern mittag auf 47 Grad 50 Minuten nördlicher Breite und 42 Grad 2 Minuten westlicher Länge. In Nord ist alles wohl.

Schiffsuntergang.

Ein Telegramm aus San Jago de Cuba berichtet, daß der Dampfer „Maria Ferrer“ beim Verlassen von Portorico von einem Zyklon überrollt wurde und mit Mann und Maus untergegangen ist.

Ein tollwütiger Hund.

In Umanj wurden, einer Meldung aus Riwo zufolge, in der Volksschule 35 Kinder und die Lehrerin von einem tollen Hunde gebissen, so daß die Schule geschlossen werden mußte.

Eingegangene Druckschriften.

Schiffahrtsabgaben. II. Kritische Bemerkungen zum Entwurf eines Reichsgesetzes, die Erhebung von Schiffahrtsabgaben betreffend. Von Prof. Dr. Otto Mayer. Preis geb. 1,20 M. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

In Dacherer-Gärten. Von Leutnant a. D. Moeninghoff. 28 S. Selbstverlag, Dortmund, Johannisstr. 1.

Kolonial-Handels-Adressbuch 1910. 14. Jahrgang. Mit Karten der Kolonien in Ostindien sowie Ostafrika und Bergbaulanden von Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika. Preis 2,50 M. Herausgegeben vom Kolonial-Handels-Komitee, Berlin, Unter den Linden 43.

Kosmos, Handwörterbuch der Naturkunde. VII. Jahrgang Heft 1, 30 Pf. (des Jahrgangs 12 Hefte 2,50 M.; für Kosmosmitgliedern kostenlos). „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle: Franzische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Das Schulzimmer. Vierteljahrsheft, herausgegeben von D. Th. Rattig, Rener. 7. Jahrg. Jährlich 4 Hefte a 1 M. Verlag von P. Johannes Müller, Charlottenburg.

Die deutsche Dichtung der Gegenwart. Die Allen und die Jungen. Von Adolf Bartels. Achte verbesserte Auflage. 4 M., geb. 5 M., Liebhaberband 6 M. C. W. Neumann, Leipzig.

Die Jungsfrage und der Verband deutscher Junggenossenvereine. Von Paul A. L. Pirus. Preis 30 Pf. Verlag von Robert Kiehl, Dortmund.

Die neueste Curialistik des deutschen Gewerbe- und Arbeiter-Schutzrechts von Dr. Fritz Eiler-Somlo. Preis brosch. 2,50 M. Verlag H. C. Sedel, Rürnberg.

Das Arbeitsverhältnis im Rührberger Handwerk von R. Heid. (Rührberger Völkischwissenschaftliche Studien.) 2,50 M. Coltsche Buchhandlung, Stuttgart art-Berlin.

Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditoreibewegung. 2 Bände. 6 M. Herausgegeben von D. Kilmann. Verlag D. Kilmann, Hamburg, Rosenbladerhof 57. Kommissionsverlag „Vorwärts“, Berlin SW. 68.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 2, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr abends, 12 1/2 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Uhr abends bis 2 1/2 Uhr abends, 2 1/2 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr abends, 3 1/2 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr abends, 4 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr abends, 5 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr abends, 6 1/2 Uhr abends bis 7 1/2 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends bis 8 1/2 Uhr abends, 8 1/2 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr abends, 9 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr abends, 11 1/2 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr ab

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 13. Januar

Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus, Lantshaus.
Königl. Schauspielhaus, Doktor
Klaus.

Neues Königl. Oper-Theater.
Geistliches. Der Widerspenstigen
 Zähmung.
Kammerstücke. Das Heim.
(Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus, Faust.
1. Teil.

Anfang 8 Uhr.
Römische Oper, Tivoli.
Festel. Der Bismarck. (Anfang
8 1/2 Uhr.)

Neues. Don Juans letztes Aben-
teuer.

Wesken. Die geschiedene Frau.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Trianon. Durians Esel.
Vertliner. Hohe Politik.

Nelken. Der große Name.
Neibenz. Im Laubenschlag.
Thalia. Die Ihre Gora.

Yessing. Das Konzert.
Schiller O. (König-Theater.)
Die erste Geige.

Schiller. Charlottenburg. Ge-
spenster.

Friedrich. Wilhelmstadt. Im
bunten Hof.

Volkoper. Lucia von Lammer-
moor.

Luisen. Die Reise um die Erde in
80 Tagen.

Kete. Der Gigepapa.
Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.
Metropol. Gellöch!! - Die große
Kette.

Folies Caprice. Sicher ist sicher.
Bunter Teil. Der Mann meiner
Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Casino. Der Oberhammer.
Gede. Herrseld. So muß man's
machen. Ein Rettungsmittel.
Gastspiel. Der Polizeihund. (Anf.
8 1/2 Uhr.)

Moos. In russischer Leibeigenschaft.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Volks-Theater. Der Glöckner von
Notre-Dame.

Apollon. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Park. Spezialitäten.
Fuggenbagen. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Kalon. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Kranz. Lanbenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr: In den Dolo-
miten.

Hörtaal 8 Uhr: Dr. Wilh. Berndt:
Die Einordnung des Menschen
in das allgemeine System der
Organismen.

Metropol-Theater
Halle!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schults.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Olga Desmond,
die Berühmtheit der „Schönheits-
Abende“
sowie eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Macara Rossi
Schneider Duncker
Mlle. Farfalla
und das sensationelle
Januar-Programm.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

Walhalla-
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Das ganze Programm
Severus Schaeffer
und die übrigen Spezialitäten.
Tunnel. Regimentskapelle,
Theaterbesuchern freier Eintritt!

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/2 11 U.
Der Gigepapa.
Lustspiel in 3 Akten v. H. Richards.
Freitag, Sonnabend, Sonntag,
Donn.

Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Die erste Geige.

Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Die erste Geige.

Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Die erste Geige.

Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Die erste Geige.

Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Die erste Geige.

Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Die erste Geige.

Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Die erste Geige.

Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Die erste Geige.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Hörtaal 8 Uhr:
Dr. Wilh. Berndt: Die Ein-
ordnung des Menschen in das
allgemeine System d. Organismen.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Geist und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in
80 Tagen.
Großes Lustspiel in 14 Akten.
von E. Hummer u. Jules Verne.
Freitag: Die Reise um die Erde in
80 Tagen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Gold-
hähnchen Dinnerspektakel. 8 Uhr: Die
Reise um die Erde in 80 Tagen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Gid mich
heil. 8 Uhr: Die Reise um die Erde
in 80 Tagen.

Gastspiel-Theater.
Köpenicker Straße 67/68.
Täglich 8 1/2 Uhr abends:
Lady Florence
Der Polizeihund.
Kriminalroman.

Apollon Theater
Abends 8 Uhr:
Prinz Pinco, Burleske mit
Henry Bender.
9 Uhr 20:
Das Tagesgespräch von Berlin!
Lotto Barrow i. ihr Mimodrama
„Die Ehebrecherin“.
9 Uhr 45: 9 Uhr 45:
Schimpanse
Konsul James Great.
Bemerk: Mit Annie Miller, Rinde ufm.

Metropol-Theater
Halle!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schults.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Olga Desmond,
die Berühmtheit der „Schönheits-
Abende“
sowie eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Macara Rossi
Schneider Duncker
Mlle. Farfalla
und das sensationelle
Januar-Programm.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

**Walhalla-
Variete-Theater.**
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Das ganze Programm
Severus Schaeffer
und die übrigen Spezialitäten.
Tunnel. Regimentskapelle,
Theaterbesuchern freier Eintritt!

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Eber
und Jens Peterzen.
Freitag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Heineidbauer.
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Die Braut von Messina.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gespenster.
Ein Familiendrama in 3 Aufzügen
von Henrik Ibsen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn.
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114.
Täglich:
Gr. Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
Donnerstag, den 13. Januar 1910:
Prämierung der größten
Damengürtelsehnalle.
Barpreise 50 M., 30 M., 20 M.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Freie Volksbühne
Sonnabend, den 22. Januar,
abends 8 1/2 Uhr,
in den Konzertsälen der Brauerei Königstadt,
Schönhauser Allee 10/11:
20. Stiftungsfest
der Freien Volksbühne.
Konzert Gesangsvorträge Rezitation
Prolog Festvortrag
Die Zwanzigjährige
humoristisch-satirisches Festspiel
in Szene gesetzt von Fritz Witte-Wild.
Konzertleitung: Clemens Schmalstich.
Mitwirkende: Frau Berta Broonsgeest, Frau Frida
Richard, Frau Wanda Treumann, Fräulein Toni Wilkens,
Fräulein Margarete Müller; Herren: Fritz Junkermann,
Fritz Kleinke, Karl Wilhelm, Gustav Baurepaire u. a. m.
Baltmusik ausgeführt von zwei Kapellen.
Festmarken inklusive Programm a 60 Pf. in allen Zahlstellen.
Neues Schauspielhaus:
Traumulus.
Abendabteilungen:
Ihr letzter Brief.
Lessing-Theater:
Hanneles Himmelfahrt.
Residenz-Theater:
Musotte
Herrfeld-Theater:
Vater u. Sohn
Thalia-Theater:
Jugend
Ordner-Sitzung am Sonnabend, 15. Januar, 6 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
240/2 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. U. 4. 5053.
Durchschlagender Erfolg!
„So muß
man's machen“
Burleske mit Gesang in 2 Akten.
Musik von E. Thal, mit den Autoren
Anton und Donald Herrfeld in den
Hauptrollen. Stregu:
Ein Rettungsmittel
Komödie v. E. Guna.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 13. Januar 1910:
Schuldig.
Schauspiel in 3 Akten v. Rich. Vog.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Dunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2

Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
Der Nachwächter
von Terpenhülse.
Studentenbild
v. F. Mysel
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Karl Haverland
Anfang Theater präz. 9 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das glänzende erstklassige
Januar-Programm.
Schlager auf Schlager!

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Größte Sehenswürdigkeit Berlins!
Heute sowie täglich:
Großer Bock-Jubel und Trubel.
Der berühmteste Geizhitz
Schorch Ehrengruber
mit seiner Truppe (zirka 60 Mitwirkende).
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Morgen Freitag:
Gratis-Verlosung einer
modernen Kücheneinrichtung.

Sanssouci, Kottbuser
Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree
Tanz-
konzerte
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Großer Erfolg von
Der Rucassier im
Feuer.
Lustspiel in 1 Akt.
Die neuesten Schlager in Lied u. Wort.
Beginn Sonntags 5, wecheltags 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Duridans Esel.

Zirkus Schumann
Donnerstag, 13. Januar 1910,
abends 7 1/2 Uhr:
Auftreten des Kommissionsrat
Gustav Stensbeck
als Gast mit 1. neuen herpor-
ragenden Schülperden Ten Drugg,
Mad Dute und Hienberg.
Original-Bagonghi,
der kleinste russische Reiter
der Welt.
Sergeant Brennan,
der beste Diabolospieler.
Madm. Beville aus Paris mit
ihren Freizeitspieler.
Der Großmächtig de Marlow
unterwirft in seinen Produktionen.
Zum 80. Male:
Um 9 Uhr Ende 11 Uhr
Die drei Rivalen
Große Revue in 5 Akten.
Tanz der Weine.
Die Wildschweinjagd.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, den 13. Januar,
abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Herr James Fille, Schuttriller, auf
Winthrop, engl. Vollblut v. Halm
a. d. Maggie Gray.
Mons. Colons Affendressuren.
Herr E. Schumann, Nendress.
Reiterfamilie Proserpi.
Glorieclown Alfred Daniels usw.
9 1/2 Uhr Ende 11 Uhr
Die neue russische Pantomime
Marja.
Vorher das große Galaprogramm.

Volgt-Theater
Gastspiel im Arndshof, Moabit,
Friedberger Straße 26.
Donnerstag, den 13. Januar 1910:
Der Glöckner von Notre-Dame.
Schauspiel in 5 Bildern von Charl.
Rich. Pfeiffer.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Königsplatz 72.
Gänzlich neues Programm
mit Franz Sobanski, Hans
Reumann, Fritz Gröndel, Lisa Voltz,
Neubert und Res, Viktor Ritter,
Gosche Weiss, Alcabat, Fridolin
König, Salom-Rühel.
Fanny's Witwenschmerz
Schauspiel in 1 Akt von D. Richter.

Casino-Theater
Lützowstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Sensationeller Lagerfolg!
Der Obergauer.
Lustspiel in drei Akten von Mistl.
Berber: Das erstklassige heute
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Tudens Sommerreise.

Ruggenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
Alt-Germanisches
Bockbier-Kellerfest
Die Dekoration ist aus dem
Atelier „Hermann der Cherusker“
aus Teutoburg.
Im oberen Saale: Täglich:
Die glänzenden Spezialitäten.

DRPHEUM
S.O. BRÜCKENSTR. 2
an der Jannowbrücke.
Deutschlands grösste und
vornehmste Lichtbühne
650 Sitzplätze
Feinstes Auzerstattung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 2 „
Für den Inhalt der Anzeiger
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 16. Januar 1910, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:

19. Stiftungs-Fest

bestehend in **Konzert** (Historische Entwicklung der Kammermusik) und **Kulturhistorischer Gedenkrede**.

Mitwirkende: Holländisches Trio: Herron Jacques van Lier (Cello), M. van Gool (Klavier), Max Bonys (Geige). — Gesang: Herr kgl. württembg. Hofopernsänger Max Gießwein (Tenor).

Kassenöffnung 6 Uhr. Nachher: Festhall. Beginn 7 Uhr.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind zu haben im Schullokal Grenadierstraße 37: Lühr, Grenadierstr. 35; Gettr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; M. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch, Engelauer 15; Paul Elsner, Kastanienallee 85, Hof II; H. Königs, Hasenheide 56, Portal 3, II. An der Kasse 70 Pf. 6/4*

Sonntag, den 23. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

Bunter Abend

Leitung: **Margarete Walkotte** im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Mitwirkende: Amalie Birnbaum, Violinvirtuosin, Lucy Tömling-Behm, Sängerin, Ernst Schmidt, Tenor, Anton Hildach, Komiker, Bernhard Nitzsche, Kapellmeister, Margarete Walkotte.

Entree 50 Pf. 228b* Abendkasse 60 Pf. Vorverkauf bei Herrn Paul Horsch, Engelauer 15.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Freitag, den 14. Januar 1910, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1:

Bauvertrauensmänner - Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Arbeiterssekretär **G. Bauer** über: Invalidenversicherung.
2. Die Situation auf den Bauten.
3. Verschiedenes.

In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung und da Stellung genommen werden muß zu der Firma **Hanse** ist es nötig, daß alle Bauten vertreten sind. Weiter ist notwendig, daß alle Funktionäre der Filiale, die Lohnkommission und die Kollegen, welche in letzter Zeit bei der Firma **Nesener** gearbeitet haben, erscheinen, weil auch zu dieser Firma Stellung genommen werden muß. 192/2

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Kranken- u. Sterbekasse der Fuhrherren, Kutscher und verwandten Berufsgenossen „Eintracht“ (E. D. Nr. 80) zu Berlin.

Freitag, 29. Januar 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Schulz's Festsälen, Königsgraben 14a:

Ordentl. General-Versammlung für die Mitglieder.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht für das Verwaltungsjahr 1909.
2. Wahl des Vorstandes und der Kassencorrelatoren.
3. Anträge auf Veränderung der §§ 3, 6, 8, 9 und 14a des Statuts.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand. A. A.: Cuh. 220b

Krankenkasse der Gutmachergesellen zu Berlin. (E. D. 67.)

Dienstag, 18. Januar 1910, abends 9 Uhr, Große Hamburger Str. 18/19:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Statutenänderung. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl des Ausschusses und der Kontrollkommission. 5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht 281/9

Der Vorstand. O. Tschoppe.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog
in Kopie, viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Ungar, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/9

Neu! Vorortparzelle 350 H. an öffentlichem Weg. Brunnenhafer, Berlin, Nollendorfstr. 3.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 16. Januar, abends 6 Uhr, bei Bernhard Raabe, Kolberger Straße 23:

Oeffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen **Karl Leid**.

Zu schriftlichem Besuch ladet ein Der Einberufer: E. Ernst, Wöhlstr. 9.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 16. Januar, abends 6 Uhr, in den Union-Festsälen, Großfeldener Straße 221-223:

Jugend-Versammlung.

Vortrag der Frau Schlesinger-Eckstein aus Wien über: Die Zukunft der Jugendbewegung.

Nach dem Vortrage: Gefelliges Beisammensein.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen. 281/10*

Das arbeitende Volk und die Steuern.

I Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen von Dr. Karl Renner. Preis 50 Pf.

Die Brandschabung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland

von J. Karski. Preis 50 Pf.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Zweck Abstimmung über den Schiedspruch der Unparteiischen betreffend Lohn und Arbeitszeit finden am

Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, vier Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

- Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151-152
- Graumanns Festsäle, Naunynstraße 27
- Bockbrauerei, Tempelhofer Berg
- Puhlmann, Schönhauser Allee 148.

Werde Kollegen! Da diese Versammlungen darüber entscheiden sollen, ob der Schiedspruch angenommen wird, ob wir in eine tariflose Zeit hineinkommen, so ist es die höchste Pflicht eines jeden Kollegen, in den Versammlungen zu erscheinen. Jeder Kollege geht zu der Versammlung die ihm am günstigsten liegt! 128/2*

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. Die Ortsverwaltung.

W. WERTHEIM GM BH

POTSDAMERSTR. 10, 11 und 13  FRIEDRICHSTR. 110/112 Passage-Kaufhaus

Donnerstag, Freitag, Sonnabend Soweit Vorrat reicht

Extra-Preise in Lebensmitteln:

FRÜCHTE-KONSERVEN

- Apfelmus 1/2 Dose 55 Pf.
- Erdbeeren, naturell 1/2 Dose 85 Pf.
- Heidelbeeren 1/2 Dose 55 Pf.
- Saure Kirschen ohne Stein 1/2 Dose 80 Pf.
- Mirabellen 1/2 Dose 60 Pf.
- Preißelbeeren 1/2 Dose 60 Pf.
- Melange 1/2 Dose 85 Pf.
- Pfirsiche 1/2 Dose 1.10
- Reineclauden 1/2 Dose 75 Pf.

FRISCHE FRÜCHTE

- Mandarinen Pfd. 15 Pf.
- Apfelsinen Dtz. 30, 40, 50 Pf.
- Feigen Kistchen 33 Pf.
- Datteln Karton 34 Pf.
- Schalmandeln Pfd. 70 Pf.
- Traubenrosinen Pfd. 60 Pf.

BACKOBST

- Californische Birnen Pfd. 50 und 70 Pf.
- Californ. Pfirsiche . Pfd. 55 Pf.
- Californ. Aprikosen Pfd. 60 und 70 Pf.
- Französ. Pflaumen . Pfd. 45, 55, 70 Pf.
- Entsteinte Pflaumen Pfd. 35, 45 Pf.
- Ringäpfel Pfd. 55, 65 Pf.
- Italien. Prünellen . . Pfd. 65 Pf.
- Gemischt. Backobst Pfd. 30, 40, 55 Pf.

FISCHE

- Kabeljau . . Pfd. 20 Pf., im Ausschn. 25 Pf.
- Seelachs . . . Pfd. 20 Pf., im Ausschn. 25 Pf.
- Schellfisch Pfd. 25 u. 35 Pf.
- Prima Lachs Pfd. 75 Pf., im Ausschn. 80 Pf.
- Forellen Pfd. 2.75 u. 3.00

GEMÜSE-KONSERVEN

- Prima Stangenspargel I ca. 26/30 St. 2 Pfd.-Dose 1.45
- Prima Stangenspargel II ca. 30/36 St. 2 Pfd.-Dose 1.40
- Riesenbruchspargel . . . 2 Pfd.-Dose 1.25
- Kaiserschoten Ia 2 Pfd.-Dose 1.00
- Schoten II 2 Pfd.-Dose 50 Pf.
- Gemischtes Gemüse (Kaisermelange) 2 Pfd.-Dose 1.15
- Pfefferlinge 2 Pfd.-Dose 50 Pf.
- Rote Rüben 2 Pfd.-Dose 30 Pf.

- Ia Hasen gestreift Stück 3.30
- Schneehühner Stück 1.10
- Ia geräuch. Sprotten Kiste zu 2 Pfund 45 Pf.
- Fischfilet bratfertig Pfund 55 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heiterer Abend am Sonntag, den 16. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in Drägers Festsaal, Neue Friedrichstraße 33.

Steglich. Zu der am Sonntag im Vorkindergarten stattfindenden öffentlichen Versammlung findet Freitagabend eine Handzettelverteilung von allen Bezirkslokale aus statt.

Neuenhagen, Grederdorf, Petershagen, Bruchmühle, Eggersdorf. Am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr findet im Lokal „Zum alten Deffauer“, Petershagen die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Wahlkreis (Dahle). Am Sonntag, den 16. d. Mts., abends 6 1/2 Uhr, hält der Wahlverein seine Generalversammlung im Lokale des Herrn Werner („Waldschloßchen“), Grederdorfer Weg, ab.

Ferner findet am Sonntag, den 16. d. Mts. eine Flugblattverbreitung statt, an der sich alle Genossen und Genossinnen beteiligen müssen.

Friedrichshagen. Samstagabend, den 15. Januar, abends 8 Uhr findet von den Bezirkslokale aus eine Handzettelverteilung für die zum Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr bei Witwe Verhe, Hundteufel, einberufene Wahlrechtsversammlung statt.

Jossen. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr im Lokal des Genossen P. Kuzner eine öffentliche Wahlrechtsversammlung stattfindet.

Berliner Nachrichten.

Der Obsthandel auf der Spree.

Ein wichtiger und eigenartiger Gewerbebezirk wird in Berlin auf den Gewässern der Spree betrieben. Es ist dies der Handel mit Obst, der sich vom Herbst bis zum Frühjahr auf den Obstzweigen abwickelt.

Ein reger Verkehr von der Spree auf den Kahn und wieder zurück entwickelt sich hier. Früh, vor acht, wenn endlose Scharen arbeitender Menschen den Kontoren, Warenhäusern, Fabriken zuströmen, haben die Willenbesitzer vollauf zu tun, um alle Käufer rasch zu befriedigen.

An der Spitze des Obsthandels steht der Apfel. Je weiter die Jahreszeit vorrückt, um so mehr beherrscht er den Markt. Haselnüsse, Borsdorfer, Grubensteiner und Kannel, alles Namen von gutem Klang.

Die Willen werden in der Gegend von Leitzsch hergestellt und kosten ungefähr 4000, manchmal auch bis 5000 M. Es ist noch gar nicht so lange her, da sahen die Willen ihre Heimat kein zweites Mal wieder.

Unützig.

Am Montag gegen 1 Uhr bemerkten Passanten der Friedrichstraße, daß fortgesetzt Schußleute sich in das Haus Friedrichstr. 106a nach dem linken Seitenflügel begaben.

passiert, bis einige Neugierige feststellten, daß das Ziel der Schußleute ein zwei Treppen rechts belegener Habraum mit sieben Fenstern front war.

Von einer Dame wurde Kaffee heringereicht, damit die Herren sich etwas stärken könnten für ihre bevorstehende Arbeit. Die Zahl konnte nicht genau festgestellt werden.

Die Viehzählung von 1909 hat ergeben, daß in ganz Berlin auf nur noch 6710 Grundstücken und von nur noch 10 789 Haushaltungen größeres Vieh gehalten wurde. Die Zahl derjenigen Grundstücke bezw. Haushaltungen ist in den letzten Jahren beträchtlich zurückgegangen.

Aus der Verkehrsdeputation. In der gestrigen Sitzung der Verkehrsdeputation wurde die Besprechung des Verhältnisses zur Großen Berliner Straßenbahn fortgesetzt.

Aus Berlins Grundstücks- und Wohnungskatrolle

werden von der Steuerverwaltung der Stadt in ihrem Jahresbericht über das Steuerjahr 1908/09, den der Magistrat jetzt bekanntgegeben hat, wieder einige bemerkenswerte Hauptzahlen veröffentlicht.

Man sieht, welches gewaltige Kapital in dem Berliner Grundbesitz steckt und welchen ansehnlichen Profit es abwirft. Die Hausagrarer, denen nämlich in der Stadtverordnetenversammlung von dem Reichsfinanzminister bestätigt wurde, daß sie eine „nützliche Klasse von Mitbürgern“ seien, haben besonders in dem letzten Jahrzehnt den Ertrag und Wert ihrer Grundstücke durch immer wiederholte Mietsteigerungen zu erhöhen gewußt.

Schlafstellenwandler. Den Schlafstellenwandler im großen Betrieb ein 27 Jahre alter Kaufmann Bruno Preiß, der gestern festgenommen wurde. Preiß stellte sich den Vermietern als Monteur oder Mechaniker aus Bremen oder Hamburg vor und erzählte ihnen, daß er auf Arbeit nach Berlin geschickt worden sei.

allein. Andere Scheine hatte er bereits verkauft. Preiß hat nach seinem eigenen Geständnis in Berlin 66 Diebstahle dieser Art verübt, in Richtenbergl, Bisdorf, Schöneberg und Charlottenburg mindestens noch ebenso viele.

Schon wieder eine Liebestragödie.

Mit einem Mordversuch und Selbstmord endete in der vergangenen Nacht ein Liebesverhältnis, das ein 39 Jahre alter aus Peru gebürtiger Dr. jur. Alfredo Neubaus mit der 17 Jahre alten Mädelin Margarete Kuffel aus der Jakobstraße, 4/6, unterhielt.

Größere Verkehrsbehinderung am Schloßplatz. Ein Defekt an der erst kürzlich ausgebesserten Salzenbrücke in der Nähe des Schloßplatzes führte gestern zu einer halbständigen Verkehrsbehinderung im Straßenbahnverkehr.

Zwei schwere Automobilunfälle, bei denen drei Personen erheblich verletzt wurden, haben sich am Dienstag ereignet. Gegen 10 Uhr abends wollte die 22jährige Verkäuferin Vera Kensa, Kaiser-Friedrich-Straße 88 wohnhaft, in der Nähe der Tauentzienstraße den Kurfurstendamm überqueren.

Der zweite Automobilunfall trat sich in der Nacht gegen 12 Uhr am Lühow zu. Hier fuhr eine Kraftdroschke infolge Verlassens der Steuerung mit großer Gewalt gegen einen Baum.

Albert Waselew. Der Tod hält in den Reihen unserer älteren tätigen Genossen reiche Ernte. Aus Giebels in der Keimart kommt die Nachricht, daß der Genosse Albert Waselew gestorben ist.

Unserer verstorbenen Genosse gehörte zu seiner großen Zahl von denen, die ungenügend für unsere Sache arbeiten, obgleich sie wirtschaftlich nicht auf Rosen gebettet sind.

Obgleich seit 4 Jahren an einer unheilbaren Krankheit leidend, sehen wir unseren Waselew in den vorerwähnten Reihen als eifrigen und pflichttreuen Parteigenossen.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Invalide Martin Wäntzer aus der Eberstr. 42, der am Montag beim Ueberqueren des Bahndamms in der Eibinger Straße vor dem Hause Nr. 15 von einer Kraftdroschke überfahren wurde.

Wegen des Preises für Anglerkarten für das Jahr 1910 haben Vertreter von Anglervereinigungen mit den beiden Fischereikommissionen von Köpenick und Ragnsdorf verhandelt.

Wer ist der Tote? Ein unbekannter Mann wurde vorgestern abends um 10 Uhr an der Zentralmorgue an der Ecke der Kaiser-Wilhelm- und Draisstraße totengebunden aufgefunden.

Uhrneuteubund. Uda Negri, die allen Proletariern wohlbekannte sozialistische Dichterin, ist der nächste Unterhaltungsabend,

den der Deutsche Arbeiter-Abstinentenbund (Ortsgruppe Berlin) veranstaltet, gewidmet. Die Veranstaltung findet in der Neuen Pflanzung, Köpenicker Str. 97, am Sonntag, den 16. Januar, statt. — Den Vortrag hat der Genosse Ernst Krasowski, den registratorischen Teil Frau E. Kühne übernommen. Der Eintrittspreis beträgt nur 10 Pf. Einladungskarten sind nur bei den Mitgliedern B. Bieleke, Luisenstr. 18, E. Geisler, Auglerstr. 41, II, J. Michaele, Engelstr. 19, zu haben.

Feuerwehrrachrichten. Der 20. Zug wurde am Dienstagabend nach der Breitenstr. 4 alarmiert, wo in einem Kontor ein Schrank mit Papieren u. a., sowie die Einrichtung in Brand geraten war. Es gelang, die Flammen mit einer Schlauchleitung zu löschen. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde die Feuerwehr nach der Dresdenstr. 20 alarmiert. Möbel usw. brannten dort. Um die Flammen zu löschen, mußte tüchtig Wasser gegeben werden. Dem Kaufmann Erich Reinhardt mußten Notverbände angelegt werden. Er hatte Brandwunden zweiten Grades an den Händen und Kopf erlitten. Längere Zeit hatte der 3. Löszug in der Pappelallee 27 zu tun, wo im Vorderhaus in einer Wohnung Möbel usw. brannten, so daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte. Der 5. Zug wurde nach der Köpenicker Str. 108 alarmiert, wo ein Mann in einem Fahrstuhl eingeklemmt war. Es glückte, ihn unterleht herauszuholen. Wegen eines Ladenbrandes erfolgte ein Alarm nach der Alten Jakobstr. 44.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ueber die am 20. Januar er. stattfindenden Neuwahlen der Mitglieder zum hiesigen Gewerbegericht wurde in der am 8. d. Mts. abgehaltenen Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission abermals verhandelt und die Kommitierung der Kandidaten zu den Wahlen vollzogen. Das einleitende Referat über die Materie hielt der Genosse Flemming. Er bedauerte am Eingange seiner Ausführungen, daß in manchen Gewerkschaften noch rein gar nichts über die Wahlen gesprochen worden sei. Es sei notwendig, die noch kurze Spanne Zeit bis zu den Wahlen nützlich anzuwenden und für eine intensive Wahlbeteiligung zu sorgen. Die Wahlen selbst vollziehen sich in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 5 Uhr bis abends 8 Uhr. Der Magistrat hat sich wiederum nicht aufzwingen können, einen Sonntag, wie er von der Arbeiterchaft lebhaft gewünscht, als Wahltag zu bestimmen. Die jetzt festgesetzten Wahlstunden werden wieder das alte Bild zeichnen: In den Vormittagsstunden ist die Wahlbeteiligung eine äußerst flaute und in den wenigen Abendstunden drängt sich die Wählerchaft, namentlich in manchen Bezirken, sehr dicht zusammen. In Verbindung mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion müßte in Zukunft dahin gestrebt werden, daß die Wahlen an einem Sonntage stattfinden, wie solche schon seit längerem in Berlin und anderen namhaften Orten vor sich gehen. Ebenso sei in Erwägung zu ziehen, ob das Kammerstimm dem bisher geltenden allgemeinen System vorzuziehen sei. Ein dringender Wunsch der Arbeiterchaft Charlottenburgs würde damit erfüllt werden. — Ein Flugblatt zu den Wahlen wird am Sonntag, den 16. Januar er., verbreitet werden. Der hiesige Wahlverein, welcher die Verbreitung der Flugblätter übernommen hat, stellt aber an die einzelnen Gewerkschaften das Erfordernis, daß sich an der Verbreitung auch die nungsgewerkschaftlich Organisierten beteiligen sollten. Diesem Erfordernis des Wahlvereinsvorstandes soll Rechnung getragen werden; es sollen sich die Gewerkschaftler am Sonntag, den 16. Januar, morgens 8 Uhr, in folgenden Gruppenlokale einfinden: Gruppe I: bei Tiede, Rehringstr. 4; Gruppe II: bei Ehrhardt, Knobelsdorffstr. 60; Gruppe III: „Vollbau“ (Etschbierhalle), Rosinestr. 3 und Dinn, Reudnitzstr. 6; Gruppe IV: bei Merz, Krummstr. 43; Gruppe V: bei Schulz, Wallstr. 90; Gruppe VI: bei Auer, Seifenheimer Straße 11; Gruppe VII: bei Tannack, Wielandstr. 4 und Gruppe VIII: bei Weisheit, Reitelstr. 11.

Ferner sei es von Wichtigkeit, daß die Wähler sich schon einige Tage vor den Wahlen eine Legitimation besorgen. Wähler sind solche Arbeiter, welche das 25. Lebensjahr am Tage der Wahl vollendet und in Charlottenburg Wohnung oder Beschäftigung haben. Als Legitimation gilt ein Zeugnis des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter in Charlottenburg in Arbeit steht oder wohnt. Daher richtet zum Einschickung in die Gewerkschaftsvertreter den Appell, bis zum Tage der Wahlen fleißig für diese zu agitieren und am Tage der Wahlen selbst dem Ausschuss in der Wahlbereitschaft beizustehen.

In der nunmehr folgenden Diskussion, an der sich die Genossen Emil Lehmann, Dugol, Richter, Ahrens, Schäfer, Wilde und Tobias beteiligten, wurde in der Hauptsache die Kandidatenfrage besprochen. Das Resultat der Aufstellung der Kandidaten in den einzelnen Wahlbezirken war folgendes: 1. Wahlbezirk: Eward Hoffmann, Moler, und Paul Vindensblatt, Kunst- und Landschaftsgärtner; 2. Wahlbezirk: Wilhelm Rosenkrantz, Rosenbote, und Heinrich Wölske, Fuher; 3. Wahlbezirk: Albert Villian, Gärtler, Paul Ey, Schlosser, Franz Knobel, Zimmerer, und Emil Lehmann, Maurer; 4. Wahlbezirk: Johann David, Maurer, und Paul Drüschke, Lagerarbeiter; 5. Wahlbezirk: Wilhelm Dermiegel, Schlosser, Rudolf Müller, Tischler, und Wilh. Steller, Zimmerer; 6. Wahlbezirk: Karl Gräber, Bauhilfsarbeiter, und August Lulas, Kupfalarbeiter; 7. Wahlbezirk: August Hammel, Tischler, und Rudolf Hande, Bauhilfsarbeiter; 8. Wahlbezirk: Franz Dugol, Schneider.

Am Schluß wurde noch auf die am Sonntag, den 13. Februar, von nachmittags 3 Uhr ab im Volkshaus (H. Saal) vom hiesigen Konsumverein arrangierte Warenausstellung aufmerksam gemacht. Die Präsenzliste ergab die Nichtanwesenheit der Bäcker, Friseur und Transportarbeiter.

Ein Brand entstand gestern mittag 12 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Chemischen Fabrik Westend, Gutenbergstr. 3. Die Feuerwehr, die in zwei Zügen sofort zur Stelle war, hatte längere Zeit zu tun, um den Brand, der durch Ueberhocken von Chemikalien entstanden war, auf seinen Grund zu beschränken. Erst nach 1 $\frac{1}{2}$ stündiger Tätigkeit konnte die Wehr die Brandstelle verlassen, wo die Aufräumungsarbeiten noch längere Zeit fortbauerten.

Wilmersdorf.

Die gestrige Stadtverordnetenwahl endete im 7. Bezirk mit einem Siege des demokratischen Kandidaten, Oberleutnant a. D. Mall, auf den 165 Stimmen entfielen, während für unsere Genossen, Gewerkschaftsbeamten Riedel 53 Stimmen und für den Kandidaten der D. P. 60 Stimmen abgegeben wurden.

Im 8. Bezirk, wo bekanntlich unsere Genossen wegen Fehlens eines Hausbesitzerkandidaten an der Wahl nicht teilnahmen, siegte der Kandidat Wenzel.

Groß-Lichterfelde.

Witchler verbunden mit Neubausitzung. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist, während die Bauarbeiter eines Neubaus vergnügt und guter Dinge der Richter oblagen, ein Teil desselben eingestürzt. Der Neubau liegt in demjenigen Erdteil von Groß-Lichterfelde, in welchem Hochbau gestiftet ist und in welchem sich infolgedessen auch das sogenannte Baupekulantenrum besonders breit macht. Erleichtert wird diesem Vandalentum, so wird uns berichtet, ihr Fingehandwerk noch dadurch, daß eine sachkundige Baupolizei nicht zu bestehen scheint. Das bewies wenigstens eine am Montag, den 3. Januar, auf Veranstaltung des hiesigen Gewerkschaftskartells veranstaltete Bauteilkontrolle. Von 22 kontrollierten Bauten entsprachen nur drei einigermaßen den Anforderungen, welche in Bezug auf Arbeiterbeschäftigung gestellt werden. Die beiden die Kontrolle vornehmenden Genossen waren sich nach Beendigung

derselben einig darin, daß auf dem eingestürzten Neubau die polizeilichen Vorschriften am wenigsten befolgt waren. Schon gleich beim Eintritt konnte man sehen, daß hier eine wahnsinnige Arbeitsmethode herrschte. Letztere hat es auch nur verschuldet, daß dieser Bau, der, nebenbei bemerkt, von unorganisierten Mannern aufgeführt wurde, einstürzte. Neben diesem vom Maurermeister Köhler und Zimmermeister Dato aufgeführten Bau fand sich noch einer, für welchen Unfall-Versicherungsvorschriften auch nicht vorhanden zu sein schienen. Es ist dies ein Villenbau in der Ulmenstraße. Von den drei Balkenlagen war auch nicht ein Feld weder ausgeklast noch abgedeckt. Oben in schwindelnder Höhe balanzieren einige Maurer auf einzelnen Kistbrettern. Der Dachdecker verrichtet halobrockerische Arbeit ohne jegliche Schutzrüstung. Daß bei diesen Zuständen nicht schon ein größeres Unglück passiert ist, ist geradezu als ein Wunder zu bezeichnen. Eine Vorsehung wird aber nicht eher eintreten, als bis Kontrolleure aus Arbeiterkreisen derartigen Unternehmern gewissenhaft auf die Finger zeigen.

Lichtenberg.

Die sogenannte Verzugssteuer wurde in der am Dienstag stattgefundenen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung nach dreistündiger Verhandlung unter Dach und Fach gebracht. Selbstverständlich, wie nach den letzten beiden Sitzungen nicht anders zu erwarten war, mit allen die Magistratsvorlage beschlechtenden Abänderungsanträgen der Interessentengruppe Schachtel, Plong u. Co., und zwar stimmten die Bürgerlichen geschlossen für diese einer Verzugssteuer geradezu höhnsprechenden Mißgeburt.

Interessant war bei dieser Gelegenheit, daß, als der Magistratsvorsetz, der zweite Bürgermeister Dr. Unger, von der Magistratsvorlage noch zu retten suchte, was zu retten war, hierbei auch von unserem Redner Genossen D u e l l lebhaft unterstützt ward, er von den Herren Schachtel und Köhler so unflätig angegriffen wurde, daß der Erste Bürgermeister diese Angriffe als unanständige Redensarten zurückweisen mußte. Wie unangenehm diese Steuer gerade diesen Herren ist, konnte man überhaupt an der Schärfe ihrer Angriffe erleben, und speziell Herr Köhler war es, der das Vorgehen des Magistrats sowohl wie das der Regierung in Steuerfragen unter anderem mit folgenden Ausdrücken bezeichnete: „räuberisch, unmoralisch, freivol“. Das Beste an der ganzen Affäre war jedoch, daß unser so streng unparteiischer Stadtverordnetenvorsetz Plong, der bei Ausdrücken unserer Genossen geradezu jungfrauenhafte Empfindsamkeit an den Tag legt, seinen eigenen Freunden gegenüber ein Einschreiten nicht für nötig hielt. Erst als Herr Köhler die Ausführungen des Magistratsvertreters als Unsinns bezeichnete, hielt es Herr Plong für nötig, dies freundschaftlich zurückzuweisen und ihn, um weitere Entgleisungen zu verhindern, sofort als Stadtverordnetenvorsetzstellervertreter in Funktion zu treten. Nun mußte nothgedungen Herr Köhler seine Angriffe einstellen, da er als Leiter der Versammlung ja zum Hüter des guten Tones und der guten Sitte verpflichtet war. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der Magistrat trotz des Vorgehens der Majorität ihm gegenüber der in der vorigen Sitzung von der bürgerlichen Mehrheit beschlossenen Verschlechterung der Geschäftsordnung zugestimmt hat.

Zu der Berichtigung des Herrn Dr. Volzger, so schreibt unser Berichterstatter, ist zu bemerken, daß in dem betreffenden Zitat allerdings irrtümlich ein Zwischenstrich fortgelassen ist. Es mußte richtig heißen, daß, weil die Wahl durch unmoralische Mittel zustande gekommen, es eine Schande sei, unter solchen Umständen mit dem Gewählten in der Stadtverordnetenversammlung zusammen zu arbeiten. Herr Volzger gab dabei der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Herr Plath, dem durch die gerügte Wahlmogelei das in Frage kommende Mandat verschafft worden ist, von den Vorgängen nichts bekannt sei und er die Annahme des Mandats nach Kenntnisaufnahme des Protokolls ablehnen werde. Da der Herr Plath dieser Erwartung des Herrn Volzger nicht entsprochen hat, ergeben sich die Konsequenzen seiner damaligen Rede von selbst.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Vor einigen Wochen hat, wie wir berichtet, die Gemeindevertretung eine Vermehrung der Vertretung von 18 auf 24 Vertreter beschlossen. Schon damals gaben wir der Versammlung Ausdruck, daß man schon Mittel und Wege finden wird, den einigen tonangebenden Personen im Vorparlament unangenehmen Besuch wieder zu bereiten. Wie verlautet, ist nun auch gründlich hinter den Kulissen gearbeitet worden, so daß die Aufhebung schon perfekt ist. Aber man hat nicht den Mut, die Aufhebung des früheren Beschlusses in voller Öffentlichkeit zu bewirken, sondern zieht sich in die Finsternis der nichtöffentlichen Sitzungen zurück. Es ist dies nur einer lieb gewordenen Tradition entsprechend. Und diejenigen Gemeindeglieder, die erfahren dürfen, was in der nichtöffentlichen Sitzung vorgefallen ist, weil man von ihrer Seite keine absehbaren Kritik in der Öffentlichkeit befürchten braucht, wissen ja, wozu sie sich zu wenden haben. Wozu hat denn schließlich das Bürgerrestaurant Telefon? — Wie uns erst jetzt bekannt wird, hat am 7. d. Mts. eine nichtöffentliche Sitzung stattgefunden, in der beschlossen wurde, die Vermehrung nicht von 18 auf 24, sondern nur auf 21 vorzunehmen. Der Antragsteller war Herr Thornton. Sein Mannesmut hätte ihn veranlaßt, als die Frage im Dezember zur Verortung stand, die öffentliche Verhandlung durchzuführen. Charakteristischweise hat ihn dieser Mannesmut diesmal im Stich gelassen. Durch den neuen Beschluß kann man schon jetzt überblicken, wieviel Vertreter diesmal neu zu wählen sind. Es sind im ganzen elf Wahlen im März dieses Jahres zu vollziehen. Je zwei Erstwahlen in jeder Klasse, zwei Nachwahlen, eine in der zweiten und dritten Wählerklasse, und drei Neuwahlen. Es entfallen also auf die erste Klasse drei, auf die zweite und dritte Klasse je vier Vertreterwahlen.

Noch scheint es so, als wenn sich die sogenannten unpolitischen Vereine gar nicht um die ganze Angelegenheit kümmern. Dadurch darf sich die Arbeiterchaft aber nicht täuschen lassen. Wir erinnern daran, daß schon vor einigen Monaten in jenen Vereinen die Wahlkomitees bestimmt wurden. Daraus geht hervor, daß man stark bei der Arbeit ist. Augenscheinlich wird jetzt darum gehandelt, wer das Heiß des Wären erhalten soll. Die Herren betrachten es natürlich als selbstverständlich, daß ihnen die Vermehrung zugute kommt. Selbst dem „Zehlendorfer Anzeiger“ dümmert es jetzt schon auf, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit der Vermehrung nur darum handelte, die Interessentengruppe einiger kommunaler Vereine zu verstärken. Die Arbeiterchaft Zehlendorfs hat daher alle Ursache, sich jetzt schon zu rüsten. Es gilt für sie, das Erstlingsrecht, um das sie bisher betrogen worden ist, sich endlich zu erobern.

Mit dem neuen Jahre ist in hiesigen Dete eine wesentliche Veränderung eingetreten. Allerdings zunächst nur als Provisorium. Der bisherige Amtsvorsetz Milinowsky, der seinen Posten zwanzig Jahre verwaltete, ist in den Ruhestand getreten. Natürlich geschah dies mit dem üblichen Pomp, der bei solchen Gelegenheiten im Musterstaate Preußen entfaltete werden muß, wo das Publikum nur der diesen Beamten wegen da ist. Das Leib- und Roggenblatt aller Zehlendorfer Spießer hat pflichtschuldigst gemeldet, welche pflichttreuen und über die Massen verdienten Beamten Zehlendorf in Herrn Milinowsky verliert. Selbst der Landrat, Herr v. Achenbach, hat persönlich einen Orden überreicht. Die Arbeiterchaft Zehlendorfs meint Herrn Milinowsky keine Träne nach. Hat er es doch mit seiner Amtsführung vereinbaren können, in schärfster Weise gegen die Arbeiterchaft Partei zu nehmen. Wir erinnern nur an den Fürstenthofspott, wo infolge seiner Maßnahmen der berühmte Einhaltsbefehl gegen 16 Zehlendorfer Arbeiter erlassen wurde, die nur von ihrem Recht Gebrauch machten, die ankommenden Anstaltler darüber aufzuklären, daß der Saal des dicht am Bahnhof liegenden im Besitz der Gemeinde befindlichen Restaurants Fürstenthof der Arbeiterchaft nicht zur Verfügung steht. Die Amtsgeschäfte sind provisorisch dem Gemeindevorsetz übertragen worden. Von ihm wird sich die Arbeiterchaft in dieser Hinsicht auch nicht ver-

sprechen brauchen. Hält er doch die Hand über den Fürstenthofvertrag, worin steht, daß das Lokal der Sozialdemokratie verweigert werden muß. Ein Zeichen seines Verständnisses der Gleichberechtigung der Gemeindeglieder.

Eine öffentliche Jugendversammlung findet am Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant von Miel, Karlstr. 12, statt. Zahlreichen Besuch der erwachsenen Arbeiterchaft und der Jugendlichen erwartet.

Die Freie Jugendorganisation für Steglitz und Umgegend.

Köpenick.

Der Haushaltsetat der Stadt für 1910 ist bereits öffentlich angelegt worden. Die Steuerzahler dürften denselben mit gemäßigten Gefühlen entgegennehmen, denn die Zuschläge zur Einkommensteuer sollen von 170 auf 197 Prozent erhöht werden. Der Etat selbst balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1 694 344,70 M. gegen 1 696 457 M. im Vorjahre. Der Ueberfluß des Elektrizitätswerkes ist anstatt auf 100 000 M. auf 65 000 M. gestiegen worden. Ein im Vorjahre eingestellter Ueberfluß der Stadtkasse in Höhe von 57 718 M. fehlt diesmal; auch bei der Städtischen Straßenbahn ist in diesem Jahr eine Mehreinnahme nicht zu verzeichnen. Aus Vorstehendem erklärt sich die Zuschlagssteigerung zur Einkommensteuer. Bei der Gewerbesteuer, Klasse I und II, tritt eine Erhöhung des Zuschlages von 250 auf 280 Prozent ein, bei Klasse III und IV von 180 auf 200. Die am 1. April in Kraft tretende Wertwachsteuer ist mit 10 000 M. Ertrag eingestellt. Die Kreissteuer, welche 185 000 M. beträgt, ist bekanntlich in den Zuschlägen mit eingegriffen.

Voghen - Rummelsburg.

Am Montag, den 10. Januar, ist von Alt-Voghen 50, Lokal Blume, bis nach Rummelsburg Kanstr. 9, ein Portemonnaie verloren worden. In demselben waren enthalten 4,00 M. Bargeld, 20 Marken vom Frauenverein a 20 Pf., sowie 20 Marken a 30 Pf. vom Sozialdemokratischen Wahlverein Rummelsburg. Der Finder wird gebeten, das Gefundene in der Vorwärts-Expedition, Alt-Voghen 28, oder bei Pfühl, Rummelsburg-Voghen, Kanstr. 9, dort IV, abzugeben.

Neu-Zittau (Kreis Weesow).

Ueber Volksausplünderung durch neue Steuern referierte Genosse Zubeil in einer öffentlichen, sehr stark besuchten Versammlung. Ein Teil der Gäste mußte während des Referats stehen. In großer Spannung folgten die Zuhörer den Ausführungen des Redners. Zum erstenmal waren auch Gegner anwesend, aber der brausenbe Beifall nach Schluß des Referats nahm selbst dem Vorliegenden des Kriegervereins den Mut, sich zum Wort zu melden. In der Diskussion wies Genosse Fiedler auf die Bedrückungen hin, welche Gastwirte zu erleiden haben, sobald sie der Arbeiterchaft ihre Lokale zur Verfügung stellen. Auch hier scheint jetzt ein anderer Wind zu wehen, hatte doch der Amtsvorsetz das beiseitene Konzessionsrecht der Neu-Zittauer Genossen verboten. Genosse Schulz zeichnete mit kräftigen Strichen das Vermöhen der Arbeiterpresse um Volksaufklärung; Redner forderte deshalb zum Abonnement auf den „Vorwärts“ oder die „Märkische Volksstimme“ sowie zum Eintritt in den Wahlverein auf. Bei der begeisterten Stimmung, die auch die Ausführungen in der Diskussion auslösten, suchten die tapferen Krieger das Beste. Unsere Genossen waren so hochhaft, das Verbot des Amtsvorsetzes zu ignorieren. Bis nach der Geisterstunde schwenkten sie, wie wir hörten, das Langbein.

Zenzig. (Kreis Teltow.)

Eine öffentliche Versammlung hörte am Sonntag im Curischen Lokal einen Vortrag des Genossen Thurov-Rixdorf über „Die Veranschlagung des Volkes durch indirekte Steuern“. Der Vortrag, in welchem der Redner in großen Zügen ein Bild der sozialen Lage der niedrigen Volksschichten entwarf und zugleich die fortgesetzte starke Veranziehung derselben zu den Staatslasten betonte, wurde mit regem Interesse entgegengenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach einer Aufforderung an die Versammelten zum Beitritt in die gewerkschaftliche und politische Organisation hatte die von begeisterter Stimmung befeuerte Versammlung ihr Ende erreicht.

Pankow.

In der Gemeindevertreterwahl am 11. Januar erfolgte vor Eintritt in die Tagesordnung die Auslosung zu den nächsten Gemeindevertreterwahlen. Es sind zu wählen in der dritten Abteilung 2 Angesehene und 2 Nichtangesehene, in der zweiten Abteilung 2 Angesehene und 2 Nichtangesehene. Zum Bau einer Bedürfnisanstalt an der Ecke der Berliner und Wäldenstraße wurden 10 000 M. bewilligt. Der betreffende Platz wurde der Gemeinde von der Deutschen Wohnungsgesellschaft übereignet. Letztere hat das Terrain parzelliert und bestimmt, daß der Platz mit Schmutzanlagen versehen werde. Zweifellos steht dieser Bestimmung nicht die Erbauung einer Bedürfnisanstalt entgegen. In Pankow sind nur zwei Bedürfnisanstalten mitten in Orte errichtet, während für die Tausende von Fußgängern, die namentlich im Sommer an den Sonntagnachmittagen von der Schönhauser Allee nach Pankow und zurück wandern, auf der ziemlich weiten Strecke keine Bedürfnisanstalt vorhanden ist. Der Höhe der Baukosten entsprechend ist eine architektonische und zugleich nutzbringende Ausgestaltung der Anlage vorgesehen; es sollen nämlich Verkaufstände (für Zeitungen usw.) angebaut und vermietet werden. Da der Bitt des Kaufmanns mit dem Nachbetrogen zurücktreten will, wurde beschlossen, alsbald die Neuverpachtung in die Wege zu leiten. Die Baukosten um 16 000 M. überschritten; diese Ueberbeteiligung wurde nachträglich bewilligt. Ferner wurde der Gemeindevertretung von einer langerehnten Mitteilung des Berliner Magistrats, betreffend die Berliner Straße, Kenntnis gegeben. Von einem entbühligten Beschluß ist zwar noch nicht die Rede, doch soll „beunruhigt“ weitere Bescheid folgen. Der lägliche Zustand der Straße scheint nun zur Eile zu mahnen. Bisher sind offenbar selbst die notwendigen Ausbesserungen zurückgestellt worden, da die Ueberbeteiligung der Straße an Pankow immerfort nahe bevorstand. Nun nimmt die Frage der Gastpflicht für etwaige Unglücksfälle immer mehr eine ernste Bedeutung an; denn bei dem jetzigen Zustand der Straße muß die Zahl der Unglücksfälle zunehmen. Im Anschluß daran wurde lebhaft Klage über die Straßenbahnbetriebe, die Große Berliner sowie die Siemensbahn Pankow-Mittelstraße geführt. Der Beschwerde über die Siemensbahn lag der Tatbestand zugrunde, daß in den späteren Vormittagsstunden die Wagen bereits am Rathaus in Pankow besetzt waren; angeblich fahren dann nur Motorwagen ohne Anhängerwagen. Das ist gewiß ein spärlicher Betrieb, dem Verkehr ist damit aber nicht gedient. Das Publikum, das sich in Pankow niederläßt, braucht genügend Verkehrsmittel nach Berlin. Wird der Verkehr von der Bahn nicht bewilligt, so verliert sie die Fahrgäste und die Gemeinde die Steuerzahler — durch falsche Sparsamkeit. Von der Großen Berliner sollen Umsteigeplätze für die Linien von dem Schönhauser Tor nach Pankow gefordert werden, da es meist nicht möglich ist, von dort mit den direkt nach Pankow oder Niederschönhausen fahrenden Wagen mitzukommen. Das ist vielmehr erst in der Nähe der Berliner Weißbühlengrenze der Fall. Wenn die Große Berliner ein wenig entgegenkommender wäre, so würde sie die Benutzung der Wagen einer an der Weißbühlengrenze endenden Linie und die Weiterfahrt nach Pankow mittels Umsteigeplätzen freistellen. Wie die Dinge jetzt liegen, kann die Fahrt nur in der Weise beschleunigt werden, daß man für jede Linie den üblichen Fahrpreis zahlt. Der Vorschlag, in dieser Angelegenheit das Berliner Polizeipräsidium anzurufen, wurde verworfen, da letzteres z. B. die Verlegung der Unglücksfallstelle an der Ring Straße nun auch schon zum dritten Male abgelehnt hat. Ferner wurde hierbei bemerkt, daß zufolge von Zeitungsnachrichten bei der Uebernahme der Großen Berliner durch die Stadt Berlin voraussetzliche die Fahrpreise auf den Vorortlinien erhöht werden würden. Der Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung sollen rechtzeitig dagegen Stellung nehmen.

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten und Freunden zur Kenntnisnahme, daß mein Mann, unser guter Vater
Albert Wasewitz
nach kurzem Leiden heute am 11. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Vereins-Saale aus statt. 281/8
Um stillen Beileid bitten
Gästehaus, 11. Januar 1910
Die Hinterbliebenen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Frankfurter Viertel.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schrift-führer
Rudolf Proels
Große Frankfurter Straße 47
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nach kurzem Krankenlager verschied am 11. d. Mts.,
vormittags, unser lieber Kollege und Mitarbeiter
Rudolf Proels
im 49. Lebensjahre an der Lungenschwindsucht.
Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten
Berlin, den 12. Januar 1910. 27/2
Die Verwaltung
des Vereins der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 10. Januar, verstarb unser Mitglied, der
Schlosser
August Grimm
Quittenstr. 11.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/5
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
August Grimm
am 10. d. M. an Nervenerkrankung gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt. 110/7
Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Johannes Zeyer
am 8. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser alter Genosse
Albert Wasewitz
in Götterhufe gestorben ist.
Wesentlich wirkte ein Menschenalter am 4. Berliner Reichstagswahlkreise für die Partei.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Freitag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Götterhufe statt.
215/4
Der Vorstand.

Am Dienstag verstarb nach kurzem, schwerem Leiden der
Schriftführer
Rudolf Proels
im 49. Lebensjahre.
Um stillen Beileid bitten im Namen der kranken und Hinterbliebenen
Georg Proels als Sohn.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, auf dem südlichen Central-Friedhofe in Friedrichshagen statt.
806/2

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Hugo Bauer
am 10. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Um 10. Januar starb unser Kollege, der Tischler

Am Dienstagmorgen 14. Uhr verstarb plötzlich nach kurzem schweren Leiden an Lungenerkrankung unser langjähriger Spektierer, Genosse
Hermann Raschke.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Votensfrauen
der
Rosenthaler Vorstadt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
III. Berlin 12.
Am 10. Januar starb unser Mitglied, der Schlosser
August Grimm.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
2305
Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Becherklang“.
Mitglied d. V. S. S. B.
Am 10. Januar verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied
Rudolf Zühlke
im 35. Lebensjahre.
Durch sein aufopferndes, hebevolles Weilen hat er sich bei allen ein dauerndes Andenken erworben.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Friedhofes in Mariendorf aus statt.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Geschäftsführer
Karl Gummel
am Sonntag, den 9. d. M., im Alter von 45 Jahren an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weissenhof, aus statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten.
65/6
Die Verwaltung.

Typographia.
Den Mitgliedern die betrieblende Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege
Rudolf Proels
nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Sein allseitiges reges Interesse für unseren Verein sichert ihm ein ehrendes Andenken.
Beerdigung siehe vorstehend.
Zahlreiche Beteiligung namentlich seitens der aktiven Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Joseph Kuchler.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Gumboldstraße aus statt.
Am 10. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Hermann Magnus.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
77/10
Die Ortsverwaltung.

Am 11. Januar starb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftführer
Otto Bischof
im 35. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.
Berlin, 12. Januar 1910.
Die Kollegen des
„Berliner Tageblatt“.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 3 Uhr, auf dem Heilands-Kirchhof in Wilmersdorf aus statt. 2305

Verband der Maler,
Indierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler
B. Niemczyk
am 8. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Wilmersdorfer Kirchhof, Priesterweg, statt.
128/4
Die Ortsverwaltung.

Rauch-Klub „Osten“
(R. d. W. K. S.)
Am 10. d. M. verstarb infolge einer Verletzung durch Herabfallen von einem Gerüst unser treues Mitglied
Rudolf Zühlke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. M., nachmittags 3 Uhr, in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
226/6
Der Vorstand.

2. Ziehung 1. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 12. Januar 1910, vormittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
58 41 116 37 418 570 825 [100] 881 035 1250 336 009
328 678 2118 906 428 63 257 071 709 72 85 3128 806 810
44 027 3318 413 981 720 61 [100] 65 362 5104 61 81 [100]
02 827 491 627 723 28 98 239 6197 226 257 465 838 48
7074 92 123 50 221 359 085 546 632 8100 300 007 38 923
97 912 [100] 27 825 419 641 610 89 959
10284 321 [100] 690 870 859 11226 819 [100] 608
43 630 1321 44 [100] 747 944 13678 821 910 35 14026
235 551 62 864 926 15000 131 80 206 16209 27 71 340
638 828 62 [100] 17071 219 444 620 30 50 85 77 882
698 18309 68 19169 205 410 847 709 897
20118 96 [100] 815 819 21094 66 161 838 470 656
635 22163 260 812 78 616 930 23709 20 305 507 24018
226 270 706 321 25411 794 221 641 820 26184 90 449
277 2704 98 246 97 336 76 98 688 820 36 931 91
20 28245 236 451 95 043 94 678 610 227 29126 [100] 80
259 48 81 345 478 [100] 804 90
30898 85 [100] 970 31082 656 32088 154 258 463
[100] 848 33090 378 423 825 637 700 79 605 34559 657
72 62 72 72 87 [100] 908 35188 584 671 915 36165 543
603 80 728 000 37 424 87 800 947 [100] 38127 444 034
616 906 39022 56 123 511 638 756 851 095
40190 239 305 417 81 548 805 23 41148 324 493 518
791 290 68 42009 182 500 500 712 79 800 924 43212 404
51 373 98 44241 50 223 774 845 929 45073 137 278 444
178 804 73 518 46328 258 450 514 31 617 14 47039 207
281 410 48 718 [100] 48037 130 [100] 232 400 20 37 29 68
612 860 805 40 64 49199 206 300 418 [100] 27 812
510 600 200 233 41 504 688 723 540 51192 88 280 404
519 610 52895 68 305 32 607 12 840 45 53123 200 219
097 950 79 [100] 54091 132 255 74 304 018 872 910 [100]
35099 69 81 62 [100] 772 56068 121 54 [100] 432 774
414 20 37081 179 044 441 007 124 914 58245 286 411
382 81 [100] 679 80 583 59103 28 08 62 291 265 204
700 [100]
60065 131 428 84 570 61013 209 22 584 90 62285
518 21 71 603 702 945 59 63 63178 298 246 620 774
64022 404 539 413 804 63 612 65181 67 296 409 875
66294 62 581 725 67327 705 86004 244 412 27 29 90
721 28 810 14 67 812 69063 124 205 424 534 797 958
70120 819 821 71166 [100] 320 428 49 225 708 856
854 [100] 72114 245 606 [100] 748 [100] 73107 620 63
74216 81 45 581 56 733 828 84 78252 258 552 640 808
76062 438 318 [100] 627 800 99 77028 114 [100] 26 97
282 259 308 621 84 709 26 84 941 78082 107 287 679
814 79120 300 411 601 80 828
80022 27 553 90 498 505 627 [100] 55 783 830 334
81105 277 55 381 627 931 81 82355 698 705 15 83156
267 322 259 690 879 84189 94 231 485 504 833 20 [100]
85001 232 286 625 [100] 799 [100] 850 80146 36
238 44 219 427 553 26 [100] 811 24 15 [100] 804 854
87885 800 912 88133 72 419 48 60 509 819 89032 [100]
890 828 807
90473 [100] 390 418 502 770 815 65 919 65 88
91173 419 82 291 219 490 92112 257 409 603 921 93130
248 242 204 [100] 29 95 807 42 837 904 97 94168 38 207
91 465 352 72 95416 66 [100] 789 [100] 875 [100] 96093
203 454 901 29 97391 765 908 98641 448 73 99902 [100]
82 643 691
100381 477 602 53 637 643 101102 714 971 102005
708 474 221 672 781 103088 84 88 [100] 147 850 422 90
286 787 104063 108 276 270 443 927 [100] 105660
467 88 10628 [100] 43 766 67 267 427 968 107125
612 628 73 729 883 108260 86 94 420 579 109141 840
411 75 377 88 841 729
110178 28 229 458 54 658 821 111128 238 443 805
112015 [100] 24 70 210 25 42 [100] 422 520 613 14 711
63 856 113084 232 256 798 918 114017 501 60 714 24
115189 250 82 613 68 818 116019 101 243 801 828
[100] 117050 82 402 588 848 928 68 118505 204 20 274
568 97 643 732 921 50 119072 129 97 42 332 443 [100]
121001 19 234 71 87 405 603 700 801 948 92 [100]
121003 107 9 514 210 454 550 [100] 914 54 122311 436
658 69 72 900 123174 78 445 50 547 124209 586 38
808 808 125028 517 87 311 636 744 921 126008 58 78
604 818 78 985 127311 85 605 610 722 60 812 42 825 88
128017 133 210 [100] 486 600 640 129218 82 210 19
410 420 10 878 880
130063 156 242 278 436 509 602 88 774 131190 309
478 217 132254 704 44 850 133384 308 87 70 257
134184 270 204 310 302 51 876 83 145510 67 96
[100] 498 697 831 50 146230 80 89 860 702 147015 284
421 87 [100] 436 924 49 54 [100] 79 [100] 97 148189
217 38 624 780 149218 44 254 [100] 884 922 [100]
150221 79 256 473 80 948 964 713 922 [100] 151187

418 245 901 29 152727 21 153284 221 402 4 503 833
561 154007 94 39 314 426 583 717 45 82 818 67 155089
90 172 303 428 745 954 156226 375 425 54 157129
238 82 311 485 84 582 611 158239 543 821 22 742 159109
23 75 259 330 39 423 794 949 98
160148 [100] 63 228 427 678 161291 698 162102
243 69 419 [100] 521 784 856 916 90 163133 40 41 64
73 92 310 228 [100] 804 969 164128 308 409 638 [100]
61 82 743 87 815 [100] 165088 148 173 540 425 330 433
166218 608 906 167064 30 114 15 82 212 887 409 884
168233 51 83 546 74 604 20 723 [100] 613 97 811 21
169028 227 372
170122 63 235 58 640 15 85 700 810 986 171074 148
282 [100] 414 508 20 72 821 172278 294 56 641 74
173189 213 430 591 729 174007 110 12 58 728 616 [100]
175053 605 80 884 90 176004 [100] 210 78 177004
210 408 43 612 769 178022 271 202 201 88 481 915
723 809 447 179130 428 15 558 75 65 634 [100] 873 45
180198 238 829 [100] 158 816 932 34 61 181912
19 180 879 259 83 623 73 723 [100] 915 182183 293
087 [100] 949 [100] 183418 309 423 41 [100] 794 91 808
084 184082 81 234 497 719 185000 324 71 800 51
485 202 [100] 27 48 1600 186000 187058 59 199 282
[100] 482 719 [100] 188328 74 470 538 603 711 851
[100] 988 189290 210 507 810
190120 71 242 77 252 672 825 191154 232 50 57
98 240 409 849 727 72 251 402 192237 278 97 947 77
752 811 957 193008 78 889 77 266 570 929 194041 72
128 62 539 13 [100] 691 [100] 121 832 79 195270 229
174 86 198804 550 797 875 91 [100] 984 197920 129
198001 [100] 83 281 53 [100] 87 6 710 199 199113
61 11 202 29 259 89 600 [100] 784 926
200112 298 447 72 251 402 192237 278 97 947 77
448 25 819 914 202001 20 159 482 80 813 55 203449
296 404 71 24 674 695 204074 83 71 321 827 83 66
205108 218 42 422 205075 107 19 290 731 800 919
697 708 830 [100] 209183 63 266 202 424 223 37 253
989 209044 709 26 211 42
210085 53 126 250 [100] 76 477 938 211160 589
6 435 33 638 717 989 212069 252 517 610 78 73
842 938 213138 71 353 349 378 [100] 214144 61
[100] 244 72 219 487 80 691 56 738 800 605 6 14 215047
149 711 208 216023 99 144 321 610 817 217009 373
429 34 202 232 248 49 218120 [100] 85 324 436 93
300 320 219242 431 502 79 982 831
220099 519 613 877 83 221146 40 361 222222
332 55 744 65 223041 200 360 69 148 826 224219 482
116 [100] 937 884 85 225356 89 579 848 226187 289
718 919 227335 [100] 493 581 [100] 632 710 28 608
582 228110 284 447 723 855 90 229012 70 151 212
31 54 71 671 [100] 754
230003 60 231067 138 488 807 735 869 [100]
232460 202 50 887 917 233105 231 447 85 527 262 39
67 234206 41 465 621 709 63 235027 20 282 91 549
83 416 606 730 829 23600 488 [100] 584 771 918 24
237105 244 456 88 447 771 507 238016 [100] 129 34
232 62 268 239020 360 488 629 [100] 709 809 41 84 890
242148 243 637 67 82 241016 427 622 807 068
242129 250 247 [100] 712 243865 186 87 241 477
254 244209 661 245414 409 51 204 61 609 30 85 833
246061 163 298 507 467 247000 3 188 63 272 309
310 20 718 945 290 248123 88 302 516 680 756 249005
618 467 63 590 970 033
250086 366 719 888 251180 318 451 577 633 45
768 [100] 800 252023 24 150 56 218 258 253211 496
790 800 49 [100] 254547 747 981 255010 22 353 87
481 410 821 988 256038 [100] 257001 [100] 131 54
262 74 901 760 808 25 972 258128 410 27 [100] 039
812 55 780 620 282 259383 937
260005 94 515 860 785 70 832 [100] 930 20 261784
543 640 45 827 87 912 262079 104 249 458 801 003
263181 58 312 405 537 88 793 835 264280 201 34
70 508 80 783 255 43 90 265011 418 764 266118 30
608 881 804 78 207187 224 005 72 81 821 89 268068
890 [100] 32 450 747 80 815 20 269120 463 [100] 723
80 837
270096 119 245 310 80 570 806 271002 268 311
[100] 40 730 812 801 272084 261 442 549 727 976 97
273390 421 80 602 779 902 274258 70 [100] 215
493 606 821 78 815 275028 783 855 276081 504 313
87 820 830 800 277008 208 278120 574 279013 19
72 90 111 200 319 70 880 901 35 989
280120 324 427 [100] 350 610 878 281001 308 281
457 915 87 970 282020 163 94 786 326 450 730 371
833 715 283018 122 38 840 840 351 813 [100] 43
704 98 964 284101 18 50 200 674 285387 165 200
85 681 709 286007 115 247 71 610 581 287111 55 266
[100] 484 816 288027 63 688 289296 742 928
290027 145 234 318 000 291043 50 527 542 614
81 718 806 292074 81 221 568 77 837 925 293311
618 90 811 294127 258 387 825 714 978 295373 454
296118 205 [100] 50 543 674 700 802 801 297281
812 428 885 298013 25 489 784 953 299280 441 560 283
51 874 [100] 302318 478 679 724 807 27 27 303013
16 29 221 405 618 [100] 751 691 818

2. Ziehung 1. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 12. Januar 1910, nachmittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
132 860 3010 [100] 45 51 69 267 240 97 817 982 2900 325
558 41 210 204 94 614 923 4258 203 921 5730 716
[100] 41 57 806 6052 114 252 60 429 20 374 68 612 42
830 7118 280 390 836 8185 458 63 [100] 208 613 746 593
9021 122 28 27 406 38 54 60 530 624 80 809 78 201 91
10122 40 417 700 832 21 59 11049 319 619 84 80
790 914 54 82 12104 70 489 581 857 928 90 13384 245
33202 36 14989 109 11 80 210 613 730 42 907 48 15021
25 [100] 68 123 1620 484 122 210 17209 55 248 634
705 290 18010 30 623 724 82 110028 104 404 700
25 202
20025 207 21115 53 234 486 90 416 810 22220 608
11 288 23007 8 41 232 77

